

# Das Parlament

Berlin, Montag 30. März 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 14 - 15 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Wieder zurück in der Politik

Ronald Pofalla Kaum hat sich der frühere Kanzleramtsminister und CDU-Generalsekretär Ende 2013 überraschend von der Politik verabschiedet, kehrt er dorthin wieder zurück. Ein bisschen jedenfalls. Ronald Pofalla, seit Jahresbeginn Chef-Lobbyist der Deutschen Bahn, wird auf deutscher Seite neuer Vorsitzender des Petersburger Dialogs. Der 55-Jährige wird auf Wunsch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Nachfolger des bisherigen Leiters Lothar de Maizière. Der Petersburger Dialog wurde 2001 als Forum zwischen Deutschland und Russland gegründet und war zuletzt durch Streit zwischen Kritikern von Präsident Wladimir Putin und Vertretern einer moskau-freundlichen Linie blockiert. Ronald Pofalla hatte als CDU-Politiker jahrelang Kontakte zur weißrussischen Opposition gepflegt. Vergangene Woche wurde Pofalla Mitglied des exklusiven Forums, in einigen Wochen wird er zum Vorsitzenden gewählt.



picture-alliance/dpa

## ZAHL DER WOCHE

6

Länder haben mit der EU Verhandlungen mit einem Beitrittsziel aufgenommen: Albanien, Island, Montenegro, Mazedonien, Serbien und die Türkei. Island hat die Gespräche abgebrochen. In den neuen Assoziierungsverträgen mit der Ukraine, Georgien und Moldau ist bislang nur eine wirtschaftliche und rechtliche Annäherung an die EU verankert.

## ZITAT DER WOCHE

»EU-Politik ist gegen niemanden gerichtet.«

Frank-Walter Steinmeier (SPD), Bundesaußenminister, bei der Parlamentsdebatte zu den Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldau

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

Sport Bundestag debattiert über neue Vergabekriterien bei Veranstaltungen Seite 4

### EUROPA UND DIE WELT

Menschenrechte Deutsches Institut soll gesetzliche Grundlage erhalten Seite 7

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Pkw-Maut Parlament beschließt Abgabe auf deutschen Straßen Seite 10

### KEHRSEITE

Akademiker 120 Stipendiaten informieren sich über die Arbeit des Bundestags Seite 12

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

# Drei Nationen – eine Richtung

OSTPOLITIK Bundestag stellt sich hinter den EU-Kurs der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau

Weniger Zölle, mehr politische Kooperation und die Angleichung von Rechtsvorschriften: Der Bundestag hat sich in der vergangenen Woche klar hinter die Annäherung der Ukraine, Georgiens und Moldaus an die EU gestellt. Mit der Zustimmung der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu drei Gesetzentwürfen der Bundesregierung (18/3693neu, 18/3694, 18/3695) sind nunmehr die Voraussetzungen für die Ratifizierung der EU-Assoziierungsabkommen mit diesen drei Ländern von deutscher Seite geschaffen. Die entscheidende Punkte aber, um die die Debatte am vergangenen Donnerstag kreiste, waren nicht die technischen Details dieser tausende Seiten umfassenden Vertragswerke, es ging vielmehr um Grundsätzliches – um die Frage von Krieg und Frieden im Osten des Kontinents und um die Beziehungen zum Nachbarn Russland.

**Gemeinsames Haus** Für die Fraktion Die Linke war klar: Die Abkommen spalten Europa – zwischen Ost und West, angesichts der zu erwartenden „schweren sozialen Verwerfungen“ in diesen Ländern auch zwischen oben und unten, wie es der Abgeordnete Wolfgang Gehrecke ausdrückte. Mit dem von Gorbatschow einst anvisierten „gemeinsamen Haus Europa“ habe diese Politik nichts zu tun.

Manfred Grund (CDU) hingegen brachte auf den Punkt, was die anderen Fraktionen an dieser Argumentation nicht nachvollziehen können. Es sei Russlands Präsident Wladimir Putin, der die Wohnung in diesem gemeinsamen Haus kündige. Der Kreml fürchte sich vor dem Erfolgsmodell Polens, „ausgedehnt auf die Ukraine vor seiner Haustür“, sagte Grund und fuhr fort: „Wir bedauern die Selbstisolierung Russlands, werden aber gemeinsam mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau an diesem gemeinsamen Haus Europa weiterbauen.“ Ganz ähnlich argumentierte die Grünen-Abgeordnete Marieluise Beck: Wer in der Ukraine unterwegs sei, sehe mehr europäische Fahnen als in den Ländern der EU. „Warum? Weil die Menschen in ihr Unglück rennen wollen, vor dem Sie von der Linken sie bewahren wollen?“

Es ist eine vielstimmige Debatte, die die Botschafter der Ukraine, Georgiens und Moldaus und der ukrainische Parlamentspräsident Volodymyr Groysman (siehe Interview auf Seite 2) von der Besuchertribüne verfolgten, doch die Rollen sind klar verteilt: Auf der einen Seite Union, SPD und Grüne, die



Im Dezember 2013 begannen auf dem Maidan in Kiew die Demonstrationen für einen klaren EU-Kurs der Ukraine.

picture-alliance/dpa

immer wieder auf das Recht der Völker verweisen, selbst zu entscheiden, welchem Bündnis sie sich anschließen wollen. Auf der anderen Seite die Linke, die die Abkommen als räumlich ausgreifende Interessenpolitik der EU interpretiert, die blind dafür sei, dass man damit Russland auf die Palme bringe. Andrej Hunko (Die Linke) machte etwa in „Nato-Osterweiterung“ und „EU-Osterweiterung“ die tieferen Ursachen des Konfliktes in der Ostukraine aus. Das Jahr 2014 hätte gezeigt, dass das Abkommen mit der Ukraine „als Entweder-oder“ angelegt gewesen sei. Die Eskalation „sollte uns einmal innehalten und fragen lassen, ob wir nicht eine andere Ostpolitik anvisieren sollten“, die nicht auf Konfrontation mit Russland setze.

Franz Josef Jung (CDU) wies solche „Schuldwweisungen“ zurück: „Diese Abkommen sind ein deutliches Signal an die freiheitsliebenden und europäisch gesinnten Menschen in der Ukraine, in Moldau und in Georgien.“ Russland habe „alles getan, um diesen Prozess der Annäherung zu erschwe-

ren“. Die Abkommen würden sich aber „gerade nicht gegen Russland“ richten, sagte Jung. Es sei richtig, an der Vision eines „gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Russland von Lissabon bis Wladiwostok“ festzuhalten. „Aber dazu gehören immer zwei Seiten.“

Das sah Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) genauso: Nicht das Angebot der EU-Annäherung sei Ursache der Eskalation, sondern Russlands „völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Destabilisierung“ im Osten des Landes. „Die Aufgaben, die vor unseren Nachbarn liegen, lassen sich ohnehin nicht lösen, wenn sie vor die Wahl zwischen Ost und West gestellt werden.“ Ein bessere Zukunft liege nicht im Entweder-oder, sondern im Sowohl-als auch.

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) sagte: „Das ‚Entweder-oder-Spiel‘ ist vom Kreml aufgemacht worden.“ Die EU werde trotz „aller Unterstellungen vom Kreml“ an ihrem Konzept einer „Transformation durch Werte“ mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit

und freiem Markt festhalten. Als einer der wenigen Redner der Debatte sprach sich Sarrazin für eine klare EU-Perspektive aus. Ohne sie „werden wir eine erfolgreiche Transformation dieser Länder nicht bis zum letzten Schritt erreichen können“.

**Reformprogramme** Franz Thönnies (SPD) sagte, dass man nicht behaupten könne, in dem fünfjährigen Verhandlungsprozess „jeden Tag alles richtig und nichts falsch gemacht zu haben“. Dies zeige etwa die Tatsache, dass drei weitere Länder der Östlichen Partnerschaft, nämlich Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland, sich vorerst gegen eine EU-Assoziierung entschieden hätten. Klar sei aber auch, „wie stark die Europa-Begeisterung der Menschen in der Ukraine ist und wie stark ihr Wille ist, nach 20 Jahren Korruption und der Ausbeutung durch ein korruptes Staatswesen endlich einen guten Weg Richtung Europa zu gehen“. Bei den „Herkulesaufgaben“ der Reformen gehe es in der Ukraine nun darum, die Erwartungen nicht noch einmal zu enttäuschen – dazu gehöre der soziale Dialog und die Kontrolle der Finanzströme in die Regionen bei der anstehenden Dezentralisierung des Landes. Alexander Heinrich

## EDITORIAL

### Gerüst für Ostwand

VON JÖRG BIALLAS

Welche Rolle spielt die Ukraine, spielen Georgien oder Moldau als geografische Scharniere zwischen der Europäischen Union und Russland? Eine Frage, die bei diesen Staaten noch schwieriger als bei den vorhergehenden Annäherungen von Nationen aus dem ehemals sowjetischen Einflussbereich an die EU zu beantworten ist. Mehr denn je geht es um nicht weniger als eine neue, sehr grundlegenden Justierung der Machtbalance in Europa. Deshalb sind diplomatisches Geschick, Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der jeweils anderen Seite und politische Weitsicht das Gebot der Stunde.

Dieses Gebot war auch die Grundlage der Bundestagsdebatte zu diesem Thema in der vergangenen Woche. Jedenfalls ganz überwiegend.

Klar wurde einmal mehr: Die Ereignisse in der Ukraine und die arrogante Selbstverständlichkeit, mit der Russland dort das Völkerrecht verletzt, zeigen, wie angespannt die Nerven in Moskau sind. Machtpolitisch mag die Kreml-Politik erklärbar sein; hinnehmbar war, ist und bleibt sie nicht.

Klar ist außerdem: Niemand hat ein Interesse daran, die ohnehin schon mit Vokabular aus Zeiten des überwunden geglaubten Kalten Krieges gespickte Debatte über das Zusammenspiel von Ost und West weiter anzuhetzen. Verbale Abrüstung tut not und beugt militärischer Aufrüstung vor.

Und klar ist drittens: Der Wille der betroffenen Nationen sollte der europäischen Gemeinschaft als Leitfaden ihres Handelns dienen. Gibt es also die erkennbar demokratisch legitimierte und nachvollziehbare ehrliche Absicht, von der russischen Einflussphäre abzurücken und sich stärker der EU zuzuwenden zu wollen, verdient dies Unterstützung. Zumindest im Rahmen dessen, was die außenpolitische Feinmechanik zulässt.

Die Europäische Union ist kein Gebilde mit endgültiger Struktur. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat die Staatengemeinschaft einst als „größte und schönste Baustelle der Welt“ bezeichnet. Wer nicht will, dass dieser Bau an seiner Ostwand zu bröckeln beginnt, muss dort jetzt ein stabiles Gerüst einziehen.

Gewiss, das wird letztlich nur zusammen mit dem russischen Nachbarn gehen, der sich derzeit nicht besonders kooperativ verhält. Aber dieses Gerüst, das braucht auch er.

## An der Schwelle zum Binnenmarkt

ABKOMMEN Nach langen Verhandlungen verpflichten sich die Partner mit der EU-Assoziierung zu umfassenden Reformen

Ob er je daran gedacht hat, über dieses mehrere Tausend Seiten umfassende Konvolut zu stolpern? Als der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch auf dem EU-Gipfel in Vilnius im November 2013 die Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen – auch auf russischen Druck – verweigerte, trat er damit eine Entwicklung los, die er selbst nicht mehr steuern konnte. Die Aussicht auf eine Annäherung an die EU hatte Erwartungen in der ukrainischen Gesellschaft geweckt. Janukowitschs Schaukelpolitik, die die Annäherung an die EU nie ausschloss, aber immer auch die Rückversicherung in Moskau suchte, war an ihre Grenze gekommen. Unmittelbar nach Vilnius forderten die Demonstranten auf dem Maidan bereits den Rücktritt des Präsidenten. Zu diesem Zeitpunkt glaubte Janukowitsch offenbar noch daran, dem Geist des „Euromaidan“ mit Polizeigewalt begegnen zu können.

Klar ist aber auch, dass der Eindruck entstehen konnte, dass beide Seiten, Russland aber eben auch die EU, Kiew in ein Entweder-oder hineinmanövrierten: Eine Entscheidung, die ein Land wie die Ukraine zwangs-

läufig vor die Zerreißprobe stellen würde, so lautete die Kritik. „Ein Land kann nicht zugleich Mitglied einer Zollunion sein und in einer weitreichenden Freihandelszone mit der EU“, sagte der damaligen EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Im September 2014, rund ein halbes Jahr nach dem Sturz Janukowitschs, haben das ukrainische Parlament und das EU-Parlament zugleich die EU-Assoziierung auf den Weg gebracht. „Keine Nation hat jemals einen so



Der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch beim EU-Gipfel 2013 in Vilnius

picture-alliance/dpa

hohen Preis gezahlt, um europäisch zu werden“, sagte der neue Präsident Petro Poroschenko vor den Abgeordneten in Kiew. Die Herausforderungen, die das Abkommen für die Ukrainer – wie auch für die Georgier und Moldauer – bedeutet, bleiben gewaltig. Einen Eindruck davon vermitteln die anstehenden Reformen Kiews im Energiesektor im Zusammenhang mit einem IWF-Kredit: Die Deutsche Beratergruppe bei der ukrainischen Regierung hat zum Beispiel vorgerechnet, dass die bisher üppig subventionierten Gaspreise für Privathaushalte um bis zu 280 Prozent steigen könnten. Es gibt aber auch die Bereitschaft, sich auf solche Rosskuren einzulassen. „Das wird mühsam, keine Frage“, sagt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Aber die Hoffnungen, die die Menschen in diesen Prozess legen, würden auch Kräfte freisetzen.

Für die Ukraine, Georgien und Moldau geht es nun darum, rund 80 Prozent des „Acquis Communautaire“ einzuführen – also des Rechtsbestands der Europäischen Union. Das Abkommen mit der Ukraine etwa sieht einen nahezu vollständigen Verzicht beider Seiten auf Zölle für Handelswaren vor. Die Ansiedlung von Unternehmen soll erleich-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

FREIHANDEL MIT DER UKRAINE SCHNELL UMSETZEN?

Aber unverzüglich

PRO



Richard Herzinger  
»WeltN24«

Die Ratifizierung der EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, Georgien und Moldawien durch den Bundestag ist an sich positiv. Wird doch so bekräftigt, dass den einstigen Sowjetrepubliken der Weg ins demokratische Europa offen steht – ungeachtet der Versuche Moskaus, sie mit Gewalt und Erpressung in seiner „Einflussosphäre“ zu halten. Doch hat das Abkommen mit der Ukraine einen gravierenden Schönheitsfehler. Den darin vereinbarten Freihandel erst Ende 2015 wirksam werden zu lassen, nährt den Verdacht, die EU könnte ihn um der Beschleunigung von Putins Russlands willen doch noch bis zur Unkenntlichkeit durchlöchern. Zwar beteuern die EU-Verantwortlichen, die Aussetzung sei auf Wunsch der ukrainischen Führung erfolgt. Gewinne Ukraines Wirtschaft so doch Zeit, sich auf die neue Wettbewerbssituation im europäischen Markt vorzubereiten. Doch hat der Krimi mehr als 2.000 Änderungen des Abkommens formuliert, die er verlangt, um sich gegenüber der ukrainischen EU-Assoziierung gnädig zu zeigen. Bisher weisen die Europäer dieses Ansinnen zurück. Doch wenn Putin nach der Annexion der Krim und der militärischen Besetzung von Teilen der Ostukraine zu neuen Schlägen gegen die Integrität des ukrainischen Staats ausholt und ihn ins Taumeln bringen sollte, könnte die Entschlossenheit der EU bröckeln. Putin weiß das sehr genau. Nur ein unverzügliches Inkraftsetzen der Freihandelsvereinbarung würde ihm klar machen, dass Europas Bekenntnis zu einer freien, marktwirtschaftlichen Ukraine irreversibel ist. Zumal durch ähnliche Abkommen der Ukraine mit Russland keineswegs ausgeschlossen sind. Dazu bräuchte es freilich ein anderes, ein Russland guten Willens.

In Ruhe klären

CONTRA



Joachim Riecker  
Mediengruppe Madsack

Interher ist man immer schlauer. Aber die Ukraine-Krise wäre vielleicht zu verhindern gewesen, wenn die EU dem russischen Präsidenten Putin im Herbst 2013 ein attraktives Angebot gemacht hätte – zum Beispiel die Visa-freiheit für Russen im Schengen-Raum, die er schon seit vielen Jahren fordert. Wäre ein solches Zugeständnis von ernsthaften Gesprächen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der EU flankiert worden, würde im Osten der Ukraine – möglicherweise – noch immer Frieden herrschen. Die Annexion der Krim und die Entfesselung eines Bürgerkriegs im Donbass sind durch nichts zu rechtfertigen. Doch dies ändert nichts daran, dass die EU bei den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine Fehler gemacht hat. Auf die enge wirtschaftliche Verflechtung des Landes mit Russland wurde zu wenig Rücksicht genommen. Es entstand der Eindruck, Kiew müsse sich zwischen Moskau und Brüssel entscheiden. Nun sollte bis Ende des Jahres in Ruhe geklärt werden, welche Kritikpunkte Russlands an dem Assoziierungsabkommen berechtigt sind und welche nicht. Das betrifft etwa die Sorge, Waren aus der EU könnten über die Ukraine ungehindert den russischen Markt überschwemmen. Die Gespräche, bei denen die Regierung in Kiew natürlich gleichberechtigt mit am Tisch sitzen muss, könnten Putin zudem zeigen, dass das Angebot ernst gemeint ist, nach Beendigung der Krise eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok ins Auge zu fassen. Putin darf für seine aggressive Politik gegenüber der Ukraine nicht belohnt werden. Aber ohne einen Ausgleich mit Russland wird sich dieses Land kaum stabilisieren lassen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Groysman, der Bundestag hat für das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, Georgien und Moldau gestimmt. Was bedeutet das für ihr Land?

Zunächst möchte mich herzlich bei Bundestagspräsident Norbert Lammert für die Einladung an diesem besonderen Tag danken. Die Beschlussfassung zum Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ist ein historisches Datum. Es ist außerordentlich wichtig für die europäische Integration der Ukraine und die Zustimmung des Bundestags ist ein weiterer Erfolg auf dem Weg, für den die Menschen während unserer „Revolution der Würde“ gekämpft haben. Ich konnte die Debatte im Plenum verfolgen. Beindruckt hat mich die breite Unterstützung für die europäische Perspektive der Ukraine. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Anwesenheit während dieser Debatte unterstrichen, wie wichtig dies für die Europäische Union ist. Das ist in meinen Augen auch für anderen Staaten ein positives Signal, denen dieser Ratifizierungsprozess noch bevorsteht.

Eine brüchige Waffenruhe im Osten des Landes, ein Einbruch beim Wirtschaftswachstum von minus 7,5 Prozent im vergangenen Jahr: Welcher Gestaltungsspielraum bleibt der ukrainischen Politik?

Es gibt eine Aggression Russlands gegen unser Land, das ist ganz offensichtlich. Es ist der Versuch, die Ukraine zu destabilisieren und sie von ihrem Weg der europäischen Integration abzubringen. Wir stehen vor großen Herausforderungen. In den 24 Jahren seit der Unabhängigkeit ist es uns leider nicht gelungen, wirksame Reformen in Angriff zu nehmen, unser Land erfolgreich zu modernisieren. Wir sind entschlossen, diese Reformen jetzt anzugehen. Das neue demokratisch gewählte Parlament in Kiew hat diese Entschlossenheit schon unter Beweis gestellt.

Mit welchen konkreten Schritten?

Die Rada hat in den wenigen Monaten seit der Wahl im vergangenen Herbst Gesetze im Kampf gegen die Korruption angenommen und Beschlüsse zur Dezentralisierung und zu Fragen des Gerichtswesens und der nationalen Sicherheit gefasst. Wir sind uns bewusst, dass wir erst am Anfang stehen und dass es ein sehr steiniger Weg sein wird. Deshalb braucht die Ukraine Unterstützung von all ihren Partnern in der Welt. Ich bin mir sicher, dass unser Land aus dieser Krise gestärkt hervorgehen wird.

Das Assoziierungsabkommen verlangt den Ukrainern große Reformbereitschaft ab. Im Zusammenhang mit einem IWF-Kredit dürften zum Beispiel bald die Energiepreise für Privathaushalte drastisch steigen. Überfordert der Modernisierungsdruck womöglich die ukrainische Gesellschaft?

Ich glaube, dass die Ukrainer und Ukrainerrinnen Verständnis für die Notwendigkeit dieser Reformen aufbringen. Der Modernisierungstau ist das Ergebnis der Versäumnisse der vergangenen Jahre. Einige Reformen werden sehr schmerzhaft sein. Wir stehen zum Beispiel vor der Aufgabe, den Energiesektor zu modernisieren. Die Ukraine ist bei den Gaslieferungen abhängig von Russland. Es geht hier also nicht nur einfach um die Frage der Energieversorgung, sondern – mit Blick auf die Aggression Russlands – um elementare Fragen unserer nationalen Sicherheit.

Eines der wichtigen Ziele der Maidan-Revolution war der Kampf gegen die Korruption und die Entmachtung der Oligarchen. Wie weit ist Ihr Land auf diesem Weg gekommen?

»Der Weg wird steinig«

VOLODYMYR GROYSMAN Der ukrainische Parlamentspräsident hofft, dass sein Land bis 2020 die EU-Beitrittskriterien erfüllt



© picture-alliance/dpa

Gerade in den vergangenen Tagen ist auf diesem Feld viel geschehen. Präsident Petro Poroschenko hat sich für die Abberufung des umstrittenen Gouverneurs des Gebiets Dnjepropetrowsk entschieden. Das Parlament hat der Einrichtung eines Antikorruptionsbüros zugestimmt und außerdem Regelungen auf den Weg gebracht, die die Transparenz bei staatlichen Unternehmen garantieren sollen. Der Einfluss des Großkapitals auf die Wirtschaft und auf politische Entscheidungen muss begrenzt werden.

Wichtige Industrieregionen der Ukraine – Dnjepropetrowsk, Saparoschia und Charkiw – sind wirtschaftlich eng mit Russland verflochten. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass die Industrieproduktion mit der Öffnung zur EU Schaden nimmt?

Die Industrie in der Ukraine muss dringend modernisiert werden. Das hätte eigentlich schon vor zehn Jahren stattfinden müssen, heute ist diese Aufgabe erst recht unausweichlich. Ebenso dringlich ist es, dass sich unsere Unternehmen neue Abnehmer er-

schließen. Die traditionellen Märkte nach aus Zeiten der Sowjetunion, insbesondere der russische Markt, werden zukünftig nicht mehr tragen. Man darf nicht vergessen, dass wir es neben einer militärischen Aggression durch Russland ja auch mit einer wirtschaftlichen Aggression gegen unser Land zu tun haben.

Soll die Ukraine Mitglied der EU werden und womöglich auch der Nato? Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, alles dafür zu tun, damit wir bis zum Jahr 2020 die Beitrittskriterien erfüllen und dann einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union stellen können.

Welche Vorschläge gibt es für die neue Verfassung der Ukraine, welchen Status sollen die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk erhalten?

Wir sind mitten im Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung, sie wurde von Präsident Poroschenko einberufen. Man hat mich als Vorsitzenden vorgeschlagen. Der Präsident wird gemeinsam mit dem Parlament an den Reformen arbeiten. Vorrangige Aufgaben sind die Dezentralisierung und die Schaffung eines Systems einer tatsächlichen örtlichen Selbstverwaltung.

Welche Optionen bleiben, wenn der Konflikt in der Ostukraine erneut eskaliert?

Das Minsker Abkommen vom Februar dieses Jahres muss eingehalten werden. Man muss hinzufügen, dass es sich hierbei nicht um einen regional begrenzten Konflikt handelt, der nur zwei Regionen im Osten der Ukraine betrifft. Dem ist nicht so. Es ist ein globaler Konflikt, der ganz Europa angeht. Eine Eskalation, eine Verschärfung der Aggression gegen die Ukraine, würde früher oder später jedes europäische Land betreffen. Ich kann verstehen, dass es sehr schwer vorstellbar ist, dass diese Gefahr tatsächlich existiert, insbesondere in Ländern, die ein sehr hohes Lebensniveau erreicht haben. Aber diese Gefahr betrifft uns gemeinsam und sie ist real.

Sprechen die EU-Mitglieder aus Ihrer Sicht mit einer Sprache?

Man muss sich vor Augen führen, dass es in diesem Konflikt um Werte geht, die alle europäischen Länder einen, auch wenn sie verschiedenen Sprachen sprechen. Es sind die Werte der Freiheit, der Menschenrechte, der Demokratie und der territorialen Integrität jedes Landes. Es ist ein Fehler, anzunehmen, dass dieser Konflikt nicht die gesamte Europäische Union betrafte. Der deutsche Theologe Martin Niemöller hat gesagt: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Mir scheint, dass dieses Zitat die heutige Situation beschreibt.

Das Gespräch führten Jörg Biallas und Alexander Heinrich.

Volodymyr Groysman ist seit November 2014 Präsident der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, in das er über die Liste des „Blocks Petro Poroschenko“ gewählt wurde. Zuvor war er Minister für Regionalentwicklung in der Übergangsregierung von Premier Arsenij Jazenjuk.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Reformpolitiker: Stefan Liebich

Ist er der große Russland-Versteher im Auswärtigen Ausschuss? Stefan Liebich (42), der der Obmann der Fraktion Die Linke, schüttelt seinen Kopf. Er wolle Russland keineswegs „rosarot malen“. Es habe „in der Ukraine-Krise falsch und völkerrechtswidrig gehandelt“. Freilich spricht er durchaus von einer „speziellen Position“ der Linkspartei im Ukraine-Konflikt. Wie steht er zu Sanktionen? „Dass mit Bestrafungen wieder mehr Vernunft auf der russischen Seite kommen kann, haben wir von Anfang an für eine Illusion gehalten“. Bisher hätten die Sanktionen ja auch „politisch nichts gebracht und wirtschaftlich geschadet“. Was soll stattdessen getan werden? Liebich blickt auf 1982 zurück, als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte und in Polen das Kriegsrecht verhängt wurde: „Man war in der Lage, in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) miteinander über schwierige Themen zu sprechen.“ Heute sei aus der G-8 mit der Suspendierung Russlands G-7 gemacht worden. Und der Nato-Russland-Rat werde auf Eis gelegt, obwohl er „jetzt am dringendsten gebraucht“ werde. Liebich macht sich nichts vor: „Ich weiß, das klingt ein bisschen wie Träumerei.“ Aber es sei nun mal so: „Man muss miteinander reden und darf sich nicht einander bedrohen.“ Vergangene Woche wurde im Bundestag über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Ukraine diskutiert und abgestimmt. „Das lehnen wir ab“, bescheidet er im Vorfeld bündig. Es werde nur als Signal verstanden für den Versuch, die Ukraine mehr in die Gemeinschaft des Westens einzugliedern. Die Bundeskanzlerin habe „einen sehr sinnvollen Vorschlag“ gemacht: Dass es einen eurasi-



© DDF/Archim/Meide

»Bisher haben die Sanktionen gegen Russland politisch nichts gebracht und wirtschaftlich geschadet.«

geordnetenhaus. Aufgewachsen ist er in der DDR: „Als mich das Ministerium für Staatssicherheit fragte, ob ich bereit wäre, später dort hauptamtlich zu arbeiten, sagte ich nicht nein“, schreibt er auf seiner Homepage: „Gut, das alles anders kam.“ Anders: 1995 beendete er sein Studium. Der Diplom-Betriebswirt (FH) bekam einen Job bei IBM in Hannover. Doch den trat er nie an. Denn vorher wurde er für Berlins Bezirk Marzahn ins Abgeordnetenhaus gewählt. Seit

20 Jahren ist er nun Berufspolitiker. Im Landesparlament hatte er alle möglichen Politikfelder bearbeitet: Haushalt, Jugend, Wirtschaft, Finanzen. Auf Außenpolitik habe er dann im Bundestag sofort „Lust bekommen“. Zumal er damit an einer bedeutenden strategischen Schraube drehen kann. Liebich, der zum Reformflügel der Linkspartei zählt, arbeitet seit einigen Jahren mit Abgeordneten-Kollegen aus SPD und Linksfraktion, später auch den Grünen, daran, dass es irgendwann einmal zu einer rot-rot-grünen Koalition kommen kann. „RZG“ nennt sich inzwischen die Gruppe. Gerade erst haben sie sich zu einer Klausurtagung getroffen – mit Gästen aus Thüringen, um zu lernen, wie sich Rot-Rot-Grün schmieden lässt – „auch wenn im Moment keine Wechselstimmung“ herrsche. Die Außenpolitik sei bei RZG „eines der schwierigsten Felder, weil sie am umstrittensten ist“. Hauptknackpunkt: Raus aus der Nato. Oder? „Die Position haben wir ja gar nicht“, macht Liebich geltend. Die „Auflösung der Nato zugunsten einer reformierten OSZE“ (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) schwebt ihm vor. „Wir würden nie für einen Weg streiten, bei dem sich Deutschland wieder isoliert.“ Deutschland solle eingebunden sein in eine internationale Sicherheitsarchitektur – mit Russland: „Damit man gemeinsam Sicherheit auf diesem Kontinent schafft.“ Womit er zum Ausgangspunkt zurückkommt: „Ich verstehe die aktuelle Ukraine-Krise nicht als Weckruf für die Nato, sondern als Weckruf für die OSZE.“ Alles, was im Moment an ohnehin wenigen Erfolgen erreicht worden sei, etwa das Waffenstillstandsabkommen, sei nur über die OSZE gegangen: „Deshalb muss sie gestärkt werden.“ Franz-Ludwig Averdunk

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15  
Telefax (030) 227-365 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che), stell. CVD  
Alexander Heinrich (ahe), stell. CVD  
Michael Klein (mkl)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), CVD  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Annette Sach (as)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501-42 53  
Telefax (069) 7501-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501-43 75  
Telefax (069) 7501-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501-42 74  
Telefax (069) 7501-45 02  
E-Mail: [anzeigenverwaltung@fs-medien.de](mailto:anzeigenverwaltung@fs-medien.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unangelegte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenscheine „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Mai 2014 mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk (rechts), sowie seinen Amtskollegen aus Georgien, Irakli Garibashvili (2. von links), und Moldau, Iurie Leanca (links).

© picture-alliance/dpa/Maurizio Gambarini

# Abkehr vom großen Bruder

**EU-ASSOZIIERUNG** Georgien, Moldau und die Ukraine streben nach Europa. Doch sie sind zerrissen zwischen Ost und West

Das Jahr 2004 war ein Jahr der europäischen Träume: Zehn Staaten, davon die meisten in Osteuropa, traten im Mai der Europäischen Union bei. Wirtschaftlich und politisch war nicht nur Europa, sondern der gesamte Kontinent stabil wie nie. Und der Magnetismus des europäischen Modells schien auch auf ehemalige Sowjetrepubliken zu wirken: 2003 in Georgien und 2005 in der Ukraine kamen explizit proeuropäische Regierungen an die Macht. Die Frage einer Erweiterung um Staaten aus der ehemaligen Sowjetunion beantwortete die EU jedoch zunächst mit dem vagen Instrument der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“. Forciert wurde die Politik der Annäherung in den Folgejahren insbesondere von „neuen“ EU-Staaten wie Polen und Tschechien: Die im Mai 2009 auf Anregung des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski begründete „Östliche Partnerschaft“ bildete den neuen Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik. Sie sollte die postsowjetischen Länder näher an die EU binden. Mitglieder wurden die sechs ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine sowie Weißrussland.

**Viele Bürger in Moldau treten für eine Mitgliedschaft in Putins Wirtschaftsunion ein.**

Mit allen Ländern außer Weißrussland begann Brüssel Verhandlungen über Assoziierungsabkommen sowie ein „tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen“. Während die EU in den Assoziierungsabkommen explizit keinen automatischen ersten Schritt zu einer EU-Mitgliedschaft sah, wurde insbesondere in Georgien und der Ukraine damit geworben. Der georgische Präsident Saakaschwili etwa trat 2008 öffentlich vor europäischen und georgischen Flaggen vor die Kameras, als noch nicht einmal verhandelt wurde. In Georgien zeigte sich das Bestreben, Mitglied in der EU zu werden, am deutlichsten: Eine klare Mehrheit von 72 Prozent der Georgier befürwortete 2013 laut dem „Caucasus Barometer“, das seit mehreren Jahren Umfragen in den drei Kaukasusrepubliken durchführt, eine EU-Mitgliedschaft des Landes. 32 Prozent sprachen sich aber auch für die Mitgliedschaft in der von Russland geführten Zollunion aus.

Der 2003 an die Macht gekommene Michail Saakaschwili hatte die Abkehr von Russland zur Staatsräson gemacht. Als Antwort auf diesen Kurs stoppte Russland die Einfuhr georgischer Waren. Der (verlorene) Krieg mit Russland um die Provinz Südossetien verfestigte für die meisten

Georgier die Überzeugung, dass nur eine Verankerung in westlichen Strukturen Sicherheit vor dem großen Nachbarn bieten könne. Daran änderte auch die politische Niederlage Saakaschwilis 2012 und der Antritt der neuen, von dem Oligarchen Bidzina Iwanischwili angeführte Regierung nichts. Ihr Versprechen, eine pragmatischere Politik gegenüber Russland zu führen, hat bisher kaum Früchte getragen: Im März dieses Jahres unterzeichnete Russland ein Abkommen mit Südossetien, das die von Georgien abtrünnige Region noch stärker an Russland bindet.

**Russische Propaganda** In Moldau wird die politische Landschaft seit jeher von Oligarchen dominiert, die sich daran gewöhnt haben, nach gewonnenen Wahlen „ihre“ Leute im Staatsapparat einzusetzen, so auch geschehen nach der jüngsten Wahl im Herbst 2014. „Die EU unterstützte die proeuropäischen Slogans der neuen Regierungsparteien 2009 bis 2010 und drückte ein Auge zu bei den Verfehlungen der proeuropäischen Regierung, solange diese ihre geopolitische Orientierung beibehielt“, schrieb der moldawische Historiker Alexandr Woronowitsch in einer Analyse auf „Opendemocracy.net“.

So war auch die Einführung der Visafreiheit für Moldau im Herbst 2014 ein klares Signal der Unterstützung für jene „proeuropäischen“ Kräfte, denen aufgrund von Korruption und Machtmissbrauch eine Niederlage bei den anstehenden Parlamentswahlen drohte. Kurz vor den Wahlen schloss ein Gericht sogar eine prorussische Partei aus, der etwa zehn Prozent propheete wurden. Das offensichtlich undemokratische Gebaren kritisierte Brüssel pflichtbewusst, aber folgenlos. Mit seiner Politik gegenüber der politischen Elite droht es das Vertrauen der Moldauer zu verlieren: Waren die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft vor wenigen Jahren noch in der klaren Mehrheit, ist das Land heute zumindest gespalten. Mindestens so viele Bürger treten für eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland ein (siehe nebenstehenden Text). Die russische Propaganda zeigt zudem Wirkung in einem Land, in dem Hunderttausende als Gastarbeiter in Russland arbeiten und russische Fernsehsender zu den wichtigsten Informationsquellen gehören. In der traditionell prorussischen Provinz Gagausien setzte sich gerade im März die Kandidatin Moskaus klar durch. Das stellt das Assoziierungsabkommen nicht infrage, ist jedoch ein Signal, das Europa nicht ignorieren sollte.

**Gespaltene Ukraine** In der Ukraine erklärte der 2005 im Zuge der orangefarbenen Revolution an die Macht gekommene Präsident Viktor Jatschenko den Beitritt zu EU und NATO zu Staatsräson. Weil sich das proeuropäische Lager jedoch bald in Machtkämpfen gegenseitig zerrieb,

kam 2010 der für seinen prorussischen Kurs bekannte Viktor Janukowitsch wieder an die Macht. Die unter seinem Vorgänger begonnenen Assoziierungsverhandlungen stoppte er nicht, doch mit massivem wirtschaftlichem Druck und großzügigen Kreditangeboten brachte Russland Janukowitsch im Herbst 2013 schließlich dazu, die Unterschrift unter das EU-Assoziierungsabkommen zu verweigern. Die EU hatte ihren Teil zum Scheitern beigetragen, indem sie eine Unterschrift ihrerseits zu lange von einer Freilassung von Janukowitschs Gegnerin Julia Timoschenko abhängig gemacht hatte. Dann übernahmen sich die Ereignisse. Zwar war auch die Ukraine in der Frage Zollunion oder EU-Assoziation gespalten, aber der proeuropäische Teil der Bevölkerung jagte mit der am Ende blutigen Maidan-Revolution Janukowitsch aus dem Amt und die neue Regierung unterschrieb die EU-Assoziation. Russland versucht seitdem alles, um eine Stabilisierung des Landes zu verhindern: Es annektierte die Halbinsel Krim

und unterstützt die Separatisten im Osten der Ukraine, die dem Land einen Krieg aufdrängen, den es sich nicht leisten kann. Moskau sah in der Ausbreitung von EU und Nato von Anfang an eine Bedrohung. Mit der Bildung des „Nato-Russland-Rates“ im Jahr 2002 sollte Russland eingebunden werden, doch Moskau stellte die Rolle am „Katzenstisch“ der Organisation nie zufrieden. Nach dem Georgien-Krieg 2008 hatten die Treffen des Rates kaum noch eine Perspektive (siehe Seite 1). Statt einer einseitigen Ausweitung der Nato hatte der russische Präsident Wladimir Putin seit seinem Amtsantritt eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur gefordert. 2009 wiederholte der damalige Präsident Dmitrij Medwedjew den Vorschlag einer neuen Sicherheitsordnung „von Vancouver bis Wladiwostok“. Führende Experten, wie der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, forderten damals wie heute, den Vorschlag ernsthaft zu diskutieren. Dies blieb jedoch aus, weil niemand in Europa den Vorrang der Nato in Sicherheitsfragen infrage stel-

len wollte. Auch die Idee einer europäischen Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, die Putin zuletzt 2010 äußerte, wurde auf europäischer Ebene nie ernsthaft diskutiert. Stattdessen trieb die Europäische Union die Assoziierungsabkommen voran. Als Antwort intensivierte Russland seine Bemühungen für Formierung einer eigenen Wirtschaftsunion: 2010 gründete es eine Zollunion zusammen mit Weißrussland und Kasachstan. Die Ukraine erhielt bedeutende Handelserleichterungen, verhandelte jedoch weiter mit Brüssel über die Assoziation. Nach der Eskalation in der Ukraine-Krise brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im vergangenen Jahr die Idee eines gemeinsamen Handelsraumes wieder ins Gespräch. Doch nun reagierte Putin kühl. Die Zeichen zwischen Russland und Europa stehen spätestens seit 2015 auf Konfrontation.

Moritz Gathmann

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus der Ukraine.

## An Russlands Seite

**WIRTSCHAFTSUNION** Moskau baut an einem Gegenentwurf zur Europäischen Union

Die Eurasische Wirtschaftsunion, zunächst als Zollunion zwischen Russland, Weißrussland und Kasachstan gegründet, ist Moskaus Gegenentwurf zur Europäischen Union. Vor wenigen Tagen hat Präsident Wladimir Putin den nächsten Schritt in Richtung eurasischer Integration verkündet: Es sei an der Zeit, „über die Möglichkeit zu sprechen, künftig eine Wirtschaftsunion zu gründen“, sagte er. Reagieren will er damit „auf äußere Bedrohungen – finanzielle und wirtschaftliche“. Putins Vorhaben ist aus Moskauers Sicht aktueller denn je. Mit dem Krieg in der Ukraine, den Sanktionen des Westens und der Wirtschaftskrise in Russland wendet sich Russland weiter von seinen Partnern in Europa ab. Stattdessen will Putin mit der Wirtschaftsunion den russischen Einfluss in der Welt stärken. Dazu soll die eurasische Gemeinschaft weiter wachsen. Armenien ist das jüngste Mitglied der seit Jahresbeginn bestehenden Wirtschaftsunion. Der Grund dafür dürfte nicht allein beim Wunsch nach wirtschaftlicher Kooperation liegen. Ursprünglich steuerte die Kaukasusrepublik auf eine engere Bindung mit der EU zu, doch im Sommer 2013 verkündete Präsident Sersch Sargsjan überraschend, sich stärker nach Osten orientieren zu wollen. Schon die Zollunion war inkompatibel mit einem EU-Freihandelsabkommen. Russland ist für Armenien der größte Handelspartner und Investor, hinzu kommt, dass hunderttausende Arbeitsmigranten in Russland arbeiten. Neben der wirtschaftli-

chen Abhängigkeit ist Armenien militärisch auf Russland angewiesen: als Schutzmacht im Konflikt mit dem verfeindeten Nachbarn Aserbaidschan. Russland übte damals Druck aus, um Armeniens Kurs zu beeinflussen: Moskau drohte mit Waffenlieferungen an das Nachbarland. Neben sicherheitspolitischen Argumenten spielte die Energieversorgung eine entscheidende Rolle. Armenien ist auch hier von Russland abhängig. Kurz vor der Kehrtwende des armenischen Präsidenten hatte Gazprom den Lieferpreis deutlich erhöht, nach dem Beitrittsversprechen aber wieder gesenkt.

Politischer Druck vor wirtschaftlicher Kooperation – so ähnlich war es schon beim Beitritt Weißrusslands zur Zollunion 2010. Das Land stand damals vor dem Staatsbankrott. Minsk verkaufte den staatlichen Energieversorger Beltransgaz an Gazprom, Moskau gewährte im Gegenzug niedrige Gaspreise und Kredite. Das Land hängt seit Jahren am russischen Subventionstropf. Weißrussland profitiert von den Zollvergünstigungen der Eurasischen Wirtschaftsunion, während Brüssel die Östliche Partnerschaft stets an demokratische Fortschritte in Europas „letzter Diktatur“ knüpfte. Für den Nachbarn Aserbaidschan ist die fehlende Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WTO noch ein Hindernis auf dem Weg zu einem Freihandelsabkommen mit der EU. Sicherheitspolitisch orientiert sich das Land nach Westen, allerdings kritisiert die EU Menschenrechtsverstöße. Sie hat jedoch auch Interesse an den dortigen Öl- und Gasvorräten. Ein Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion Aserbaidschans, erklärte Außenminister Elmar Mamedjarow kürzlich, stehe „nicht auf der Agenda“.

Oliver Bilger

Der Autor ist freier Korrespondent in Moskau.



Die Präsidenten Putin (rechts), Nasarbajew (Mitte) und Lukaschenko bei einem Treffen der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## Trauer um Absturz-Opfer

**BUNDESTAG** Mit einer Schweigeminute hat der Bundestag vergangene Woche der 150 Todesopfer des Absturzes eines Germanwings-Airbusses A320 gedacht. „Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer und ihren Freunden. Und wir sprechen ihnen allen unser tiefes Mitgefühl aus“, sagte Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU). Man habe die Nachricht von dem „verheerenden Flugzeugabsturz“ in den französischen Alpen mit Entsetzen und tiefer Trauer erhalten. Es sei eine menschliche Tragödie, die Deutschland, Spanien und Frankreich „in Schock und Schmerz“ eine. Lammert erinnerte daran, dass unter den Opfern viele Menschen aus Deutschland und Spanien seien, „darunter auch viele junge Menschen – sehr junge Menschen. 16 Schüler und Schülerinnen und zwei Lehrerinnen eines Gymnasiums der Stadt Haltern sind unter den Toten. Jeder von uns hat eine Vorstellung, was eine solche Nachricht für die eigene Familie oder den eigenen Freundeskreis bedeuten würde.“ Der Bundestagspräsident würdigte die große Anteilnahme, die Deutschland aus vielen Ländern erfahren habe. „Heute sind wir alle Deutsche und Spanier“, habe ihm Portugals Parlamentspräsidentin geschrieben. „Für diese Zeichen des Mitgefühls in einer für uns alle besonders bitteren Stunde sind wir dankbar“, betonte Lammert. Er dankte zudem den mehr als 600 Einsatzkräften der Bergungsmannschaften, die „unter schwierigsten Umständen an der Unglücksstelle arbeiten und das ihnen Menschenmögliche tun“. Besonderen Dank und Respekt bekundete der Parlamentspräsident denen, die den Hinterbliebenen „in diesen Stunden voller Verzweiflung zur Seite stehen – in Barcelona wie in Düsseldorf, in Haltern am See und in Seyne-les-Alpes in den französischen Alpen.“ Die Angehörigen der Opfer durchlebten eine unbeschreiblich schwere Zeit. „Wir sind in unseren Gedanken bei ihnen und fühlen uns ihnen in einer ganz besonderen Weise verbunden. Und wir wünschen ihnen die Kraft und die Zuversicht, diese schwere Herausforderung zu bewältigen.“ *sto*



Der Moment, der alle Fußballfans erschreckt hat: Fifa-Präsident Blatter präsentiert Katar als Ausrichter der WM 2022. © picture-alliance/dpa

## Unmut über die Post AG

**AKTUELLE STUNDE** Die Befristung für 26.000 Arbeitsverträge bei der Deutschen Post AG soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke aufgehoben werden. Sabine Zimmermann (Linke) prangerte vergangene Woche im Bundestag in einer von ihrer Fraktion beantragten Aktuelle Stunde vor allem die Absicht der Post an, die bislang befristet beschäftigten Paketzusteller in 49 Regionalgesellschaften der neuen DHL Delivery GmbH einzugliedern. Eine „Unverschämtheit“ nannte dies Zimmermanns Fraktionskollegin Jutta Krellmann und sprach von einer „Lohndumpingfirma“. Der Bund müsse mit seinem Anteil von 21 Prozent Einfluss nehmen auf das „arbeitnehmerfeindliche Verhalten“ des Unternehmens, forderte sie. Er verstehe das „Bohai um die Post“ nicht, hielt Tobias Zech (CSU) dagegen. Die Mitarbeiter würden doch „in tariflichen Arbeitsverhältnissen bleiben“. Und bislang befristet beschäftigte Mitarbeiter wechselten in unbefristete Stellen. Einem Unternehmen wie der Post müsse man „ein Mindestmaß an Flexibilität und unternehmerischer Freiheit lassen“. Sein Fraktionskollege Albert Stegemann (CDU) nannte den Vorstoß der Abgeordneten Zimmermann einen „Fehlalarm“. Für Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) verhält sich die Post „unverständlich“. Die stehe gut da. Aber nun solle ein gesundes Unternehmen zulasten der Beschäftigten aufgeteilt werden. Durch den Wechsel vom Post-Tarif in den Logistik-Tarif drohen den Betroffenen Lohnnebenbußen von bis 30 Prozent: „Wertschätzung von Mitarbeitern sieht anders aus.“ Nach ihrer Darstellung geht mit der Aktion auch eine „Flucht aus der Mitbestimmung“ einher. 49 neue Betriebsräte seien zu bilden, deren Mitglieder ohne Freistellung geschult werden müssten. Bernd Rützel (SPD) zeigte zwar „Verständnis für DHL“. Das Unternehmen müsse sein Geschäft machen, die Margen in der Zusteller-Branche seien klein. Doch rechnete er vor, dass die aktuellen Jahresbezüge der Betroffenen (36.000 bis 43.000 Euro) auf 25.000 bis 30.000 Euro absinken würden. Gleichwohl würde Verdi, so sein Eindruck, noch Verständnis für die Maßnahmen zeigen – „wenn es denn der Post schlecht geht“. Doch davon könne keine Rede sein, wie schon das „exorbitante Gehalt“ des Postchefs zeige. Mithin sehe es so aus, als wolle die Post „49 GmbH gründen, um die Löhne zu drücken.“ *fla*

# Katar im Winter

**SPORT** Korruption und Intransparenz bei IOC und Fifa sollen ein Ende haben. Offen ist: Wer kann dafür sorgen?

**E**in Finale der Fußballweltmeisterschaft am vierten Advent? Noch vor ein paar Monaten hatte man das als wenig gelungenen Aprilscherz abgetan. Doch die Entscheidung des Weltfußballverbandes Fifa steht. Das Spiel findet am 18. Dezember 2022 in Katar statt. Widerspruch zwecklos. Zumal auch der Europäische Fußballverband (Uefa), dessen Präsident Michel Platini einst für Katar als Austragungsort stimmte, sich damit wohl abgefunden hat. Kritik an der Entscheidung, die WM 2022 in dem Emirat stattfinden zu lassen, eint auch den Bundestag. Gleichwohl ist es weniger die Fan-unfreundliche Terminierung, die auf Widerspruch stößt. Arbeits-sklaven auf den Stadionbaustellen, fehlender Arbeitsschutz mit der Folge von schon mehr als 400 Todesfällen und Menschenrechtverletzungen im ganzen Land sind einige der Gründe für die ablehnende Haltung der Abgeordneten. Einig waren sie sich auch in der Einschätzung, dass derartige Entscheidungen wie jene für Katar Folge der korrupten und intransparenten Strukturen der Fifa sind. Die Grünen fordern nun in einem Antrag (18/3556) die Bundesregierung auf, Anstrengungen zu unternehmen, um zu anderen Vergabekriterien für Sportgroßereignisse zu gelangen. Die Sportverbände, so heißt es in der Vorlage, sollten dazu angehalten werden, die verbindliche Einhaltung menschen- und bürgerrechtlicher sowie ökologischer Standards bei der Vorbereitung und Durchführung von Sportgroßereignissen verpflichtend zur Voraussetzung von Vergabeentscheidungen zu machen und ihre Umsetzung „sanktionsbewehrt sicherstellen“.

Sports ernst, könnten nicht die Politik, sondern nur die Verbände selbst sich neue Regeln verschreiben, um Korruption, Gigantismus, Vetternwirtschaft und Intransparenz zu bekämpfen, sagte Eberhard Gienger (CDU). Und auch Michaela Engelmeier (SPD) bemängelte, dass die Grünen mit dem Antrag „den internationalen organisierten Sport offensichtlich politisieren wollen“. An die Selbstheilungskräfte der internationalen Sportverbände wie der Fifa oder dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) glaubt die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, aber nicht. Die Fifa habe sich quasi selbst untersucht und sei zu der Erkenntnis gelangt, die Entscheidung für Katar habe nichts mit Korruption zu tun. Aber auch die Agenda 2020, mit der das IOC Reformen anzugehen angekündigt habe, ändere nichts an der Grundstruktur des IOC, weshalb von einer echten Reform nicht die Rede sein könne, urteilte sie. André Hahn (Die Linke) unterstützte die Forderung der Grünen nach Festlegung von Regeln für den internationalen Sport und Kriterien für die Vergabe von Sportgroßveranstaltungen. „Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben“, betonte er. Ziel müsse es sei, die „uneingeschränkte Macht von IOC und Fifa zu brechen“. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit regte Hahn an, darüber nachzudenken, „ob wirklich alle vier Jahre neue Sportanlagen aus dem Boden gestampft werden müssen“. Oder ob nicht – wie im Weltcup üblich – reihum die existierenden Anlagen ehemaliger Olympiastandorte genutzt werden könnten. Hahn betonte, ein Anhänger der Olympischen Idee zu sein. Diese Idee sei aber „pervertiert“ worden und stehe immer weiter hinter den Interessen der Großkonzerne zurück. Anders als die Opposition bewertete Eberhard Gienger die IOC-Agenda 2020 durchaus optimistisch. „Ein Anfang zumindest ist gemacht“, sagte er. Mit Blick auf die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Sommerspiele 2024 und den viel kritisiert

ten Gigantismus bei vorherigen Spielen forderte der CDU-Abgeordnete: „Wir müssen zeigen, dass es auch anders geht.“ Das will auch Michaela Engelmeier, die Hamburg dafür als hervorragend geeignet betrachtet. „Wenn das IOC seine Agenda ernst nimmt, ist Hamburg ein guter Kandidat für 2024“, zeigte sich die SPD-Abgeordnete überzeugt. Richtig findet sie auch, dass die Bürger an der Frage „Bewerbung Ja oder Nein“ beteiligt werden sollen. „Die geplante Volksabstimmung ist ein guter Mechanismus“, sagte sie. Der CDU-Parlamentarier Reinhard Grindel hat da seine Zweifel. Hätte man in München 2013 auf das Votum der von den Bürgern gewählten Gremien vertraut und auf einen Bürgerentscheid verzichtet, „hätten wir sehr gute Chancen für eine Winterolympiade“ 2022 in München. Und zwar mit Bedingungen, die Grindels Ansicht nach den Anforderungen der Grünen mehr entsprochen hätten als jene, die die übrig gebliebenen Bewerber Almaty und Peking böten. *Götz Hausding*

**STICHWORT**

**Die Herrscher des Sports**

> **Fifa:** Der Weltfußballverband hat seinen Sitz in Zürich. Die Fifa ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Als Präsident amtiert seit 1998 Sepp Blatter (Schweiz). Entscheidungen, wie jene über die WM-Vergaben, fasst das 25-köpfige Exekutivkomitee. Dem Weltverband gehören 209 Nationalverbände an. Die Fifa muss sich seit Jahren mit Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen.

> **IOC:** Das Internationale Olympische Komitee hat seinen Sitz in der Schweiz. Ihm gehören 107 stimmberechtigte Mitglieder an. Präsident ist seit 2013 der Deutsche Thomas Bach. Mit seiner Präsidentschaft verbunden sind die aktuellen Reformbemühungen des IOC, die in der Olympic Agenda 2020 zusammengefasst sind. Als Ziele werden mehr Nachhaltigkeit und Kostenreduzierungen für die Bewerberstädte an erster Stelle genannt.

**Falsche Adressaten** Während die Linksfraktion das Ansinnen unterstützt, meinten Union und SPD während der Debatte vergangenen Donnerstag einen falschen Adressaten der Forderung festgestellt zu haben. Nehme man die Autonomie des

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Veraltete Versorgungsdaten gerügt

**GESUNDHEIT** Gesundheits- und Sozialexperten bescheinigen dem Versorgungsstärkungsgesetz der Bundesregierung (18/4095) gute Ansätze, sehen aber Nachbesserungsbedarf an diversen Stellen. Insbesondere Vertreter der Ärzteverbände beklagten bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses in der vergangenen Woche und in ihren schriftlichen Stellungnahmen, dass die geplante Neuverteilung von Arztsitzen tendenziell zulasten der niedergelassenen Mediziner gehe. Insbesondere die Psychotherapeuten warnten davor, Arztsitze in scheinbar übertersorgten Gebieten zu reduzieren, da die Patienten schon jetzt bundesweit im Durchschnitt länger als drei Monate auf ein Erstgespräch bei einem Psychotherapeuten warten müssten. Der Sozialverband Deutschland und der Sozialverband VdK lob-

ten konkrete Verbesserungen für Patienten, etwa mit Hilfe der Terminservicestellen oder der ausgeweiteten Krankenhausambulanz, kritisierten aber, dass es keine einheitliche Gebührenerordnung gebe und so Fehlanreize gesetzt würden zugunsten der Privatpatienten. Zudem seien viele Arztpraxen nach wie vor nicht barrierefrei. Nach Ansicht der Sozialverbände sollte vor einer Schließung von Arztsitzen auch konkret die regionale Versorgungslage überprüft werden. Die derzeit genutzten Kennziffern seien veraltet. Sinnvoll wäre eine Raumplanung, bei der anhand von Alter, Geschlecht und Morbidität der Bevölkerung der tatsächliche Versorgungsumfang ermittelt werde. Mit dem Gesetz sollen unter anderem medizinische Versorgungslücken in strukturschwachen Gebieten geschlossen werden. *pk*

### Terror-Strafrecht: Lob und Tadel

**RECHT** Die geplante Verschärfung des Terrorismus-Strafrechts ist vergangene Woche bei einer Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz auf ein geteiltes Echo der Sachverständigen gestoßen. Der Gesetzentwurf der Regierungskoalition (18/4087) sieht unter anderem vor, schon die Reise in ein Land unter Strafe zu stellen, wenn der Reisende dort plant, entweder terroristisch tätig zu werden oder sich in sogenannten Terror-Camps ausbilden zu lassen. Mit einer solchen Regelung wäre eine „neue Qualität der Vorfeldstrafbarkeit“ erreicht, kritisierte Nikolaos Gazeas, Rechtswissenschaftler von der Universität Köln. Das Ziel sei legitim, aber in Hinblick auf Verhältnismäßigkeit, Übermaßverbot und Bestimmtheitsgrundsatz bestünden aus seiner Sicht erhebliche verfas-

sungsrechtliche Bedenken. Anders äußerte sich hingegen Rolf Raum, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Er könne die Bedenken hinsichtlich der Vorfeldstrafbarkeit nicht teilen, denn durch die geplante Regelung könnten wichtige Rechtsgüter geschützt werden. Aus Praxisicht begrüßte Sven Kurenbach vom Bundeskriminalamt die vorgeschlagenen Änderungen. Joachim Krause, Politikwissenschaftler von der Christian-Albrechts-Universität Kiel, schlug vor, über eine „grundgesetzkonforme“ Vorratsdatenspeicherung nachzudenken, um terroristische Netzwerke aufklären zu können. Auch die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden müssten besser ausgestattet werden. Zudem sei es notwendig, gegen salafitische Propaganda und Prediger vorzugehen. *scr*

### Kontroverse um Ausweisungsrecht

**INNERES** Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des Bleibe- und des Ausweisungsrechts (18/4097) ist unter Experten umstritten. Dies zeigte sich vergangene Woche bei einer Anhörung des Innenausschusses. Die Vorlage soll die Rechtsstellung von Ausländern stärken, die auch ohne einen rechtmäßigen Aufenthalt „anerkanntswerte Integrationsleistungen erbracht haben“ oder Schutzbedürftig sind. Zum anderen zielt der Entwurf darauf ab, „verstärkt den Aufenthalt von Personen, denen unter keinem Gesichtspunkt ein Aufenthaltsrecht“ in Deutschland zusteht, zu beenden und ihre Ausreisepflicht gegebenenfalls zwangsweise durchzusetzen. Vorgesehen ist etwa die Neuregelung eines „Ausreisegewahrsams“ von wenigen Tagen. Nele Allenberg vom Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

(EKD) forderte, einen Passus zu streichen, wonach ein Anhaltspunkt für Fluchtgefahr bestehe, wenn der Ausländer erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser aufgewandt hat. Dies berge die Gefahr, dass eine Vielzahl von Personen „potenziell inhaftiert werden könnte“. Heiko Habbe vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland warnte, bei einer Umsetzung des Entwurfs würde sich die Zahl der Gefangenen etwa vervielfachen. Der Rechtswissenschaftler Daniel Thym hielt indes die Warnung vor einer „massenhaften Inhaftierung“ infolge des Entwurfs für „vermutlich realitätsfern“. Die Richter handelten bei der Abschiebehaft gewissenhaft, sagte er. Der Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Engelhard Mazanke, sagte, die Reform des Ausweisungsrechts werde zu mehr Ausweisungen, aber auch zu einer höheren Verfahrensgerechtigkeit führen. *sto*

## Branche mit Potenzial

**SOZIALBERUFE** Linke macht Vorschläge zur Aufwertung

Es ist ein vielzitiertes Vergleich in diesen Wochen, in denen die Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen in der Sozial- und Erziehungsbranche kämpfen: Es könne nicht sein, dass Menschen, die Autos bauen, mehr Anerkennung bekommen als Menschen, die mit Kindern arbeiten, betonte Jutta Krellmann (Die Linke) am vergangenen Donnerstag im Bundestag. Debattiert wurde ein Antrag (18/4418) ihrer Fraktion für eine Aufwertung der Berufe dieser Branche. Aus Sicht der Linken gehören dazu unter anderem die Gleichstellung von Leiharbeitern, die Eindämmung unfreiwilliger Teilzeitarbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und bessere Betreuungs- und Falloberzahlungen. Krellmann verwies auf die hohe Zahl von befristeten Arbeitsverträgen in dieser Branche. 85 Prozent der unter 25-Jährigen waren dort 2013 befristet beschäftigt. Da müsse man die Frage stellen: „Kommen jüngere nach und unter welchen Bedingungen?“ Die steigenden Erwartungen der Gesellschaft an Erzieher, Lehrer und Pflegepersonal stünden in keinem Verhältnis zum Verdienst und den belastenden Arbeitsbedingungen, kritisierte sie. Deshalb

sei unter anderem eine Anti-Stress-Verordnung zwingend, sagte Krellmann. Christel Voßbeck-Kayser (CDU) betonte, es läge zuerst in der Hand der Tarifpartner, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten auszuhandeln. Dennoch tue auch die Bundesregierung viel, um Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Branche zu verbessern, sagte sie und nutzte ihre Rede vor allem dazu, einige Beispiele zu nennen. So laufe bereits seit 2008 das Aktionsprogramm Kindertagespflege, im selben Jahr sei das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft getreten und Ende 2014 das Pflegestärkungsgesetz verabschiedet worden. „All das zeigt: Wir kümmern uns.“

**Leiharbeit kein Problem** Nicht nur Die Linke, auch Bündnis 90/Die Grünen halten das allerdings für völlig unzureichend. So warf Beate Müller-Gemmeke (Grüne) der Bundesregierung vor, sich bei der Qualität der KITAS „einen schlanken Fuß“ zu machen, und forderte einen besseren Betreuungsschlüssel für KITAS. Auch die Linken-Forderung nach Abschaffung der sachgrundlosen Befristung unterstützte sie. Bei Befristungen seien die Löhne um 18 Prozent niedriger und es fehlten Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, ganz zu schweigen von einer Perspektive für die Lebensplanung, begründete Müller-Gemmeke ihre Position. Gabriele Hiller-Ohm (SPD) bescheinigte der Linken zwar, die Ungerechtigkeiten treffend zu beschreiben. Gleichzeitig nannte sie den Antrag einen „Show-Antrag“. Von den 1,2 Millionen Beschäftigten der Branche arbeiteten gerade einmal 0,3 Prozent in Leiharbeit. „Die Forderung nutzt den Beschäftigten also überhaupt nichts“, kritisierte Hiller-Ohm. Sie mahnte dennoch, dass nur über eine gerechte Bezahlung diese Berufe aufgewertet und auch für Männer attraktiv würden. Allerdings läge das nicht in der Hand des Bundestages, sondern von Ländern und Kommunen, die vom Bund übrigens mit Milliardenbeträgen entlastet würden, so Hiller-Ohm. *Claudia Heine*



Erzieherinnen streikten Ende März für höhere Löhne. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bei der Rekonstruktion des Falls Edathy müssen sich auch Ex-BKA-Chef Ziercke (links) und SPD-Fraktionschef Oppermann (rechts) kritische Fragen gefallen lassen.

© picture-alliance/dpa/Wavebreak Media LTD

## Bekämpfung der Korruption

**RECHT I** Die Bekämpfung der Korruption ist Zweck eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung (18/4350), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet. Konkret geht es dabei um die Umsetzung internationaler Vorgaben. Umgesetzt werden sollen das Strafrechtsübereinkommen des Europarates über Korruption, ein dazugehöriges Zusatzprotokoll sowie der EU-Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor.

Vorgesehen ist unter anderem die Ausdehnung des Geltungsbereiches des deutschen Strafrechts. So sollen auch Taten im Ausland bestraft werden können, wenn dort einem Amtsträger ein Vorteil gewährt wird. Vorschriften zum Thema Bestechung, die bisher im sogenannten Nebenstrafrecht aufgeführt sind, sollen ferner in das Strafgesetzbuch überführt werden. Geplant ist zudem, dass künftig einzelne Korruptions- und Bestechlichkeitsdelikte auch als Vortat der Geldwäsche zählen sollen.

Vorschriften zum Thema Bestechung, die bisher im sogenannten Nebenstrafrecht aufgeführt sind, sollen ferner in das Strafgesetzbuch überführt werden. Geplant ist zudem, dass künftig einzelne Korruptions- und Bestechlichkeitsdelikte auch als Vortat der Geldwäsche zählen sollen. Abseits der Korruptionsbekämpfung sieht der Gesetzentwurf unter anderem eine Änderung im Bereich des IT-Strafrechts vor. So soll das Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten künftig härter bestraft werden können. Bisher war eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr möglich, künftig sollen es maximal zwei Jahre sein. Damit soll der EU-Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme Rechnung getragen werden. Im Umweltstrafrecht sind kleinere Änderungen vorgesehen. Der Entwurf wurde zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz überwiesen. **scr II**

# Kein Anschluss beim BKA

**EDATHY-AFFÄRE** Es gab offenbar kein zweites Telefonat zwischen Ziercke und Oppermann

**A**usgeschlossen ist in diesem an kleinen und größeren Überraschungen reichen 2. Untersuchungsausschuss nichts. Ursprünglich war für die Befragung des früheren BKA-Präsidenten Jörg Ziercke nur ein einziger Termin Ende Februar angesetzt, um das Kapitel Bundeskriminalamt (BKA) abzuschließen. Dann wurde Ziercke schon am 15. Januar gehört, weil der unter Kinderporno-Verdacht stehende ehemalige SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy erklärt hatte, sein Fraktionskollege Michael Hartmann habe ihn zwischen November 2013 und Februar 2014 über die Ermittlungen auf dem Laufenden gehalten und als seine Quelle Ziercke genannt.

Mit der zweiten Vernehmung Zierckes vergangene Woche sollte nun wirklich der Schlusspunkt gesetzt werden. Die Abgeordneten wollen sich nach Ostern den Ermittlungen der niedersächsischen Landesbehörden gegen Edathy zuwenden und dann, in den letzten Wochen vor der Sommerpause, der bundespolitischen Ebene. Doch nach der mehr als vierstündigen Aussage Zierckes blieben etliche Fragen offen. Und so ist nicht auszuschließen, dass doch noch einmal Mitarbeiter des BKA als Zeugen vor dem Ausschuss aussagen müssen. So wie nun auch noch schnell ein neuer Zeuge vor Ziercke eingeschoben wurde. Es war Kriminaldirektor Hans-Joachim Leon

von Leitungsstab im BKA. Von ihm wollte der Ausschuss vor allem Klarheit über die Frage, ob es neben dem bekannten Telefonat am 17. Oktober 2013 ein zweites Gespräch Zierckes mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann am 13. Februar 2014 gegeben hat.

**Kein Kontakt** Im Entwurf einer Vorlage für Ziercke aus dem BKA ist ein solches vermerkt, versehen mit dem Hinweis „Pr (Präsident) bitte prüfen“. Zu seiner vorletzten Sitzung am 19. März erreichte den Ausschuss dazu eine schriftliche Erklärung Leons, der zufolge das Büro des damaligen parlamentarischen Fraktionsgeschäftsführers Oppermann am Abend des 12. Februar 2014 vergeblich versucht hat, Ziercke zu erreichen. Ferner schilderte Leon den Ablauf der Ereignisse am folgenden Tag, an dem eine Presseerklärung Oppermanns zum Fall Edathy für Aufregung sorgte. Leons am 19. März vernommener Vorgesetzter Heiko Braß stellte diesen Tagesablauf allerdings etwas anders dar. Nun korrigierte Leon vor dem Ausschuss seine schriftlichen Angaben und legte eine nochmals andere Abfolge vor. Im wesentlichen

Punkt aber stimmten Leon und Braß überein, nämlich dass es nach ihrer Kenntnis kein zweites Telefongespräch zwischen Ziercke und Oppermann gegeben hat. Ziercke bekräftigte, er habe nach dem 17. Oktober 2013 keinen Kontakt zu Oppermann gehabt, weder telefonisch noch in anderer Weise. Am fraglichen 13. Februar 2014 habe er zunächst einen Termin beim Bundesinnenminister gehabt und sei gegen 12.40 Uhr zur Bundesdruckerei gefahren, wo eine Abteilungsleiterbesprechung des BKA anstand. Während dieser Fahrt sei er von der Presseerklärung Oppermanns in Kenntnis gesetzt worden, in der es hieß, Ziercke habe ihm am 17. Oktober telefonisch die Vorwürfe gegen Edathy bestätigt. Er habe daraufhin seine Pressestelle angewiesen, eine Erklärung zu entwerfen, die dies zurückweist. Er sei dann kurz vor 13 Uhr bei der Bundesdruckerei eingetroffen und habe die Besprechung eröffnet. Wenig später sei der Entwurf der Gegenerklärung hereingereicht worden, und er habe die Sitzung unterbrochen, um im kleinen Kreis darüber zu beraten. Sowohl Leon als auch Braß hatten angegeben, dass diese Beratung schon vor Eröffnung der Abteilungsleiterbesprechung

**Die Verfolgung von Sexualstraftaten im Internet ist sehr schwierig.**

stattgefunden habe. Auch in einigen weiteren Details ergaben sich Unstimmigkeiten. Die Abgeordneten fragten Ziercke, ob er nicht doch schon früher von Oppermanns Presseerklärung Kenntnis hatte. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kannte den Entwurf nach eigenen Angaben bereits am Abend des 12. Februar, und so stellte sich die Frage, warum sie am nächsten Vormittag beim Gespräch mit Ziercke kein Thema gewesen sein soll. Er könne sich nicht erinnern, dass darüber gesprochen worden sei, sagte Ziercke, wolle es aber auch nicht ausschließen. Im Gegensatz zu der etwas früheren Aussage, im Auto erstmals von der Presseerklärung erfahren zu haben, war er sich nun nicht mehr sicher.

**Rekonstruktionen** Wichtiger ist aber, ob Edathy Informationen aus dem BKA erhalten haben könnte. Besonders schwer wiegt hier in den Augen der Ausschussmitglieder die Aussage des Rechtsanwalts von Edathy, Christian Noll, er habe Mitte Dezember 2013 von Edathy erfahren, dass ein hoher Beamter des BKA auf der gleichen Verdächtigenliste wie sein Mandant gewesen sei. Der Fall des sogenannten Beamten X war zu dieser Zeit abgeschlossen, aber noch nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Vorausgesetzt, Noll hat die Wahrheit gesagt, stellt sich damit die Frage, wer außerhalb des BKA beide Fälle gekannt und zudem ge-

wusst haben kann, dass beide zum selben Großverfahren gehörten. Ziercke lieferte dazu die Erklärung, Edathy selbst könne vom Fall des Beamten X erfahren haben, beispielsweise durch Kontakte in Rheinland-Pfalz, wo gegen diesen ermittelt und das Strafverfahren eingeleitet worden war. Zu den Merkwürdigkeiten, mit denen Ziercke konfrontiert wurde, gehörte auch eine dem Ausschuss vorliegende SMS Nolls an Edathy vom 22. Januar 2014 mit dem Wortlaut: „Gab es gestern Abend was Neues?“ An diesem Abend war Ziercke, wie er bestätigte, mit Hartmann in dessen Wahlkreis essen. Zu der SMS sagte Ziercke, er habe dafür keine Erklärung.

Vieles blieb also unaufgeklärt. Dennoch ist die Vernehmung von 24 Zeugen alleine aus dem BKA nicht ohne Ergebnisse geblieben. Einige sind schon in die Gesetzgebung eingeflossen, in eine präzisere Bestimmung des Straftatbestandes des Besitzes und der Verbreitung von Kinderpornografie. Deutlich ist auch geworden, dass in diesem Deliktbereich, der im Internet-Zeitalter massiv gewachsen ist, die Strafverfolgung hoffnungslos hinterher hinkt. Unisono war von allen Zeugen des BKA die Klage zu hören, dass man selbst Hinweisen auf massiven Kindesmissbrauch häufig nicht nachgehen könne, weil die Spuren im Netz gelöscht sind. In der Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung wird dies noch eine Rolle spielen. **Peter Stützel II**

## Datschenrecht unverändert

**RECHT II** Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben eine Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes in zweiter Lesung abgelehnt. Nur die Fraktion Die Linke stimmte in der vergangenen Woche für den vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf (18/2231). Die Grünen enthielten sich.

Gegenstand des Schuldrechtsanpassungsgesetzes sind Miet- und Pachtverträge aus DDR-Zeiten. Meist geht es dabei um sogenannte Datschengrundstücke. Das Gesetz regelt die Überleitung dieser Alt-Verträge in das Miet- und Pachtrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches. Alt-Nutzer haben demnach einen besonderen Kündigungsschutz, der am 3. Oktober 2015 ausläuft. Die nun abgelehnte Änderung hätte diesen Schutz um weitere drei Jahre verlängert. Zudem sollte die Regelung hinsichtlich der möglichen Abbruchkosten zu Gunsten der Pächter geändert werden.

Vertreter der Koalitionsfraktionen argumentierten, dass die bisherige gesetzliche Regelung keiner Änderung bedürfe. Dietrich Monstadt (CDU) verwies zudem auf verfassungsrechtliche Bedenken ob einer weiteren Fristverlängerung in Hinblick auf das Eigentumsrecht. Katarina Barley (SPD) vermutete, dass es sich bei dem Vorstoß ohnehin nur um einen „Wahlkampfstrategen“ der Linken in Brandenburg gehandelt habe. Roland Claus (Die Linke) warf der Regierungskoalition vor, ihr seien die Ostdeutschen egal. Das Vorgehen sei ein „Armutzeugnis“. Annalena Baerbock (Grüne) kritisierte, der Gesetzentwurf lasse viele Fragen unbeantwortet, auch wenn er ein „hehres“ Anliegen verfolgte. **scr II**

## Im Labyrinth geheimer Datenspionage

**NSA-AUSSCHUSS** Internet-Manager rügt Unklarheiten in der staatlichen Überwachungspraxis

Der zur Durchleuchtung des NSA-Spähskandals eingesetzte Untersuchungsausschuss versucht weiter, die abgeschottete Sphäre der Geheimdienste zu durchdringen und eine eventuelle Verwicklung des Bundesnachrichtendienstes (BND) in diese Affäre aufzuklären. Bislang saßen vor allem BND-Vertreter auf dem Zeugenstuhl, die ausgedruckte Erklärungen oder handschriftliche Notizen mitbrachten. Vergangene Woche erschien mit Klaus Landefeld dann ein ganz anderer Typus im Gremium. Ein Manager der Internetwirtschaft mit langem Pferdeschwanz, der flugs einen Tablet Rechner auspackte, auf dem er immer wieder herumnavigierte. Wenn Landefeld sprach, schwirrten Begriffe wie „Switch-Infrastruktur“, „Office-Netz“, „Data-Center“, „Traffic autonomer Systeme“, „Logik des Switchs“ und andere mysteriöse Wörter durch den Europasaal des Bundestags.

Gleichwohl redete Landefeld Klartext und kritisierte die staatliche Überwachungspraxis. Der 46-Jährige ist beim Internetverband eco für dessen Frankfurter Internetknoten DE-CIX zuständig. Laut Landefeld greift der BND seit 2009 beim DE-CIX legal mit einer Genehmigung der G-10-Kommission des Bundestags auf Daten zu. Der Zeuge beklagte, dass Internetfirmen zwar zur Unterstützung des BND

bei der Umsetzung von G-10-Anordnungen verpflichtet seien, es aber an „klaren Standards“ für diese Praxis mangle. Deshalb könnten Provider die Rechtmäßigkeit solcher Aktionen nicht überprüfen. Für die Internetwirtschaft sei es schwierig, beim Thema Überwachung auf staatlicher Seite Ansprechpartner zu finden: „Wie sollen Anbieter dann mit Behörden kooperieren?“ Als man seitens des DE-CIX Kontakte mit der G-10-Kommission gesucht habe, sei Druck aufgebaut worden, sogar eine Vorladung ins Kanzleramt habe es gegeben, das sei doch „sehr ungewöhnlich“.

**Limitierte Abhörmasse** Die Unklarheiten in der Überwachungspraxis können laut Landefeld dazu führen, dass die vom BND tatsächlich angezapften Datenströme größer sind als die zur Auswertung freigegebene „Abhörmasse“. Der BND darf keine Daten über Deutsche ausspähen, aber 20 Prozent des internationalen Fernmeldeverkehrs. Indes bezieht sich dieses Limit nicht auf die durch ein Internetkabel fließende Datenmenge, sondern auf die Kapazität dieser Leitung. Da diese Kapazität stets nur zum Teil genutzt werde, rechnete der Zeuge vor, könne der BND im Prinzip weit mehr als 20 Prozent der effektiv durch ei-

ne Leitung geschickten Datenströme erfassen: „Das ist wohl nicht das, was man sich unter einer Beschränkung der Fernmeldeaufklärung vorstellt“, sagte er. Ein Auspionieren des DE-CIX durch ausländische Geheimdienste ist für Landefeld nicht vorstellbar, auch wenn dies nicht zu 100 Prozent garantiert werden könne. Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU)



Die Rolle des BND wird hinterfragt.

wollte wissen, ob im Internetknoten bemerkbar „irgendwo ein Dingelchen“ eingebaut werden könnte, also ein Abhörgerät. Landefeld sagte, eine solche Installation würde ebenso auffallen wie das Anbringen eines Kabels zur Ableitung der Datenströme. Beim DE-CIX lagerten die Daten in „hochsicheren Rechenzentren“ mit mehrstufigen Zugangskontrollen.

Kritik am BND kam auch von Hans de With, Ex-Vorsitzender der G-10-Kommission. Der BND habe das Gremium über die Operation „Eikonol“, in deren Rahmen er in Frankfurt auf Daten Zugriff und sie teils an den US-Geheimdienst NSA übermittelte, nicht umfassend informiert. Zunächst hatte der BND einen Vertrag mit der Telekom geschlossen und erst später eine G-10-Genehmigung eingeholt. Die Opposition moniert seit langem, dass die Bundestagskommission vom BND über die Abschöpfung auch internationaler Telekommunikation bei „Eikonol“ im Unklaren gelassen worden sei. **Karl-Otto Sattler II**

Anzeige

## Wohin des Wegs, Europa? Das europäische Projekt neu gedacht



**Wohin des Wegs, Europa?**  
Beiträge zu einer überfälligen Debatte  
Von Peter Graf Kielmansegg  
2015, 163 S., brosch., 29,- €  
ISBN 978-3-8487-1966-2  
www.nomos-shop.de/24087

Darf man über das historische Projekt der Einigung Europas streiten? Aus dem Beinahe-Scheitern der Währungsunion kann man lernen, dass Dissense in Sachen Europa legitim sein können. Die Beiträge in diesem Band sollen einer neuen Kultur der Offenheit des Nachdenkens über Europa mit auf den Weg helfen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# In kleinen Schritten

**EUROPA** Abgeordnete sprechen sich für Reform der EU-Finanzierung aus



Bisher ist der Haushalt der EU in großem Maße abhängig von den Beiträgen der Mitgliedstaaten. Kommission und Europäisches Parlament wollen das ändern und fordern unter anderem die Einführung einer eigenen EU-Steuer.

Deutschland ist und bleibt der größte Nettozahler in der Europäischen Union. Rund 234 Milliarden Euro wird es in der Zeit von 2014 bis 2020 an den EU-Haushalt überweisen müssen, jährlich zwischen 31 und 35 Milliarden Euro. Insgesamt darf die EU in diesen sieben Jahren 960 Milliarden Euro ausgeben. So sieht es der Beschluss des Europäischen Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union vom 26. Mai 2014 vor, dem der Bundestag in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen grünes Licht gab. Voraussetzung für die Ratifizierung war ein Vertragsgesetz der Bundesregierung (18/4047). Die Fraktion Die Linke lehnte das Gesetz ab, die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Als Eigenmittel werden die Einnahmen der EU bezeichnet (siehe „Stichwort“). Dabei, so betonte der SPD-Abgeordnete Joachim Poß (SPD) in der Debatte, führe das Wort Eigenmittel „in die Irre“. Es suggeriere, dass die EU tatsächlich eigene Mittel besitzt. „Tatsächlich aber kommen 85 Prozent der EU-Einnahmen von den Mitgliedstaaten.“ In einer öffentlichen Anhörung des Europaausschusses am 18. März hatten Experten dieses Ungleichgewicht heftig kritisiert. Die Europäische Union verfüge über zu wenig echte Eigenmittel und damit über zu wenig Einnahmeautonomie, urteilten die drei geladenen Sachverständigen („das Parlament“ berichtete). Dass sich die Mitgliedstaaten das Letztentscheidungsrecht über die Einnahmeseite des Haushalts vorbehalten hätten, widerspreche dem Eigen-

mittel-Beschluss von 1970 und der Governance-Struktur der EU. Zudem sei das System wenig transparent. Dieser Kritik schloss sich Poß an. „Eigentlich müssten wir eine hälftige Aufteilung haben: eine echte steuerliche EU-Quelle für die eine Hälfte und für die andere Hälfte Beiträge der Mitgliedstaaten“, urteilte der SPD-Politiker. Er verwies auf die Krisen und geopolitischen Veränderungen in Europa. Die EU müsse sich in Anbetracht dessen entscheiden, ob sie eine weitere Renationalisierung oder eine verstärkte europäische Integration anstrebe. Die Erkenntnis, dass in einer Renationalisierung „keine gute Zukunft für die europäische, westlich orientierte Wertegemeinschaft“ liege, müsse praktische Konsequenzen haben, „auch bei den Eigenmitteln“, betonte Poß. Uwe Feiler (CDU) verteidigte hingegen das Eigenmittelsystem. Zwar habe der Grundsatz der Einstimmigkeit eine Vielzahl von Kompromissen in Form von Ausgleichsmechanismen und Rabatten zur Folge. „Auf der anderen Seite steht aber eine von allen 28 Mitgliedstaaten getragene Lösung.“ Das System habe sich deswegen auch in Zeiten der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt, urteilte Feiler. Dennoch sprach auch er sich für Veränderungen aus, jedoch unter einer Bedingung: Vor einer Reform der Einnahmeseite mit einem Mehr an Finanzautonomie und einer genuinen EU-Steuer müsse eine Reform der Ausgabenseite stehen. Die Ausgaben der EU, stellte Feiler klar, müssten einen europäischen Mehrwert schaffen und gesamteuropäische Interessen wahren. Als Beispiele für solche Politikfelder nannte der CDU-Politiker eine gemeinsame Flüchtlings- und Asylpolitik, eine noch

stärkere gemeinsame Sicherheitspolitik oder die Aufstellung einer europäischen Armee. „Das ganze System ist aber nicht von heute auf morgen zu verändern“, fügte Feiler hinzu. „Eine Veränderung kann wegen des Einstimmigkeitsprinzips nur in kleinen Schritten vorangetrieben werden.“ Er würde die zunächst eine Reform des Mehrwertsteuereigenmittelsystems ins Auge fassen, bevor man über eine „wünschenswerte“ einheitliche EU-Unternehmenssteuer diskutiere. Ob nun eine Reform der Mehrwertsteuer-Eigenmittel, die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer oder einer Unternehmenssteuer – nach Ansicht der Grünen sind all das „wirklich gute Ideen“, wie Manuel Sarrazin erklärte. Seine Fraktion

## > STICHWORT

### Finanzen der Europäischen Union

> **Eigenmittel** Die EU finanziert sich durch Zölle und Agrarabgaben sowie Teile der nationalen Mehrwertsteuereinnahmen. Fast 85 Prozent der Mittel überweisen aber die Mitgliedstaaten abhängig von ihrem Bruttonationaleinkommen.

> **Deutscher Beitrag** Die Bundesrepublik soll 2015 32,30 Milliarden Euro an die EU abführen. 2020 soll der Beitrag auf 35,77 Milliarden Euro steigen.

> **Finanzrahmen 2014-2020** Laut Beschluss des Rates darf die EU bis 2020 maximal 960 Milliarden Euro ausgeben.

halte eine Reform des Eigenmittelsystems für „wirklich notwendig“, schließlich gehe es jetzt darum, die europäische Integration entschlossen voranzutreiben. Sarrazin hält den EU-Haushalt für ein entscheidendes Instrument: Er ermögliche es ärmeren Regionen, zu mehr Wohlstand zu kommen. „Das ist gelebte Solidarität, die wir über den EU-Haushalt organisieren.“

Die Bundesregierung forderte Sarrazin auf, Schluss zu machen mit dem „Juste-retour-Denken“. Es könne nicht sein, dass jeder Mitgliedstaat per Computer ausrechnen lasse, mit welchen Rückflüssen aus dem EU-Haushalt er gemäß seiner abgeführten Beiträge rechnen könne. Auch die Linksfraktion kritisierte: Bei der auch von der Bundesregierung forcierten Nettosaldo-logik gehe es allein um die Frage: „Was hole ich kurzfristig mehr aus der EU heraus, als ich hineingeben muss?“, befand Dieter Dehm. Dabei gehe es in Wahrheit um europäische Solidarität.

Mehr Mittel Dehm begründete das Nein seiner Fraktion zum Gesetzentwurf damit, dass der für den Zeitraum 2014 bis 2020 beschlossene Finanzrahmen die EU nicht mit den nötigen Mitteln versorge, erst recht nicht mit Blick auf die Bewältigung der Krise. „Wir brauchen mehr Mittel für Europa, wenn wir prosperierende europäische Wirtschaftsräume schaffen wollen“, urteilte der Linken-Abgeordnete. Eine EU-Steuer hält er im Moment nicht für umsetzbar. „Eigene Steuereinnahmen der EU scheitern so lange, wie im EU-Konstrukt und seinen Verträgen eine demokratisch-parlamentarische Kontrolle von Steuererhebung und Mittelverwendung nicht vorgesehen ist“, urteilte Dehm. *Johanna Metz*

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Sorge über Lage im Südsudan

**MENSCHENRECHTE** Die Bundesregierung hat sich besorgt über die Lage der Menschenrechte im Südsudan geäußert. „Die Lage hat sich nicht verbessert, sondern gegenüber 2013 und 2014 verschlechtert“, sagte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA) vergangene Woche vor dem Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe. So seien etwa 50.000 bis 60.000 tote Zivilisten zu beklagen. Außerdem müsse man momentan von rund 1,5 Millionen Binnenvertriebenen ausgehen. Noch vor sechs Monaten habe diese Zahl bei einer Million gelegen. Auch wenn für den Südsudan noch kein offizieller Menschenrechtsbericht vorliege, gebe es in dem Land weiterhin „schreckliche Menschenrechtsverletzungen“. Zudem hätten die Kämpfe im Land auch 2015 weiter zugenommen. Beide Konfliktparteien stünden sich weiter unversöhnlich gegenüber. Der AA-Vertreter verwies darauf, dass der UN-Sicherheitsrat am 3. März 2015 eine Resolution (S/RES/2206(2015)) verabschiedet habe, die besagt, dass gegen diejenigen, die den Frieden im Südsudan behindern, Sanktionen verhängt werden sollen. In der Aussprache erkundigte sich Bündnis 90/Die Grünen nach der Zahl der dort stationierten Soldaten und

Polizisten im Rahmen der UN-Friedensmission (UNMIS). Nach Angaben des Vertreters der Bundesregierung sind derzeit 16 Soldaten und vier Polizisten in Stabsfunktionen vor Ort. Der Vertreter des AA betonte, dass die Mission 2014 vielen Menschen das Leben gerettet habe, weil sie sich als Zivilisten in die Flüchtlingslager retten konnten. Die SPD erklärte, es sei ein Fortschritt, dass die UN-Resolution angenommen worden sei und fragte, wer momentan die Ölreserven verwalte. Die Ölquellen im Norden seien ein strategischer Trumpf, erklärte der Vertreter des AA, würden aber derzeit von keiner der Konfliktparteien kontrolliert. Die CDU erkundigte sich nach den Projekten, die dort derzeit von Deutschland unterstützt würden. Der Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) erläuterte dazu, dass der Südsudan schon früher ein „schwieriger Ort“ gewesen sei. Man habe dort in der Vergangenheit vertrauensbildende Maßnahmen wie Friedensdörfer unterstützt, sehe aber dafür im Moment „keine Anknüpfungspunkte“. Die Linke erklärte, es sei schwierig, sich in dem Konflikt auf eine Seite zu stellen und betonte, dass man dort zu Verhandlungslösungen kommen müsse. *as*

### Neue Entwicklungsziele ab 2015

**ENTWICKLUNG** Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD machen sich in einem Antrag (18/4088) für eine Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 stark. Die Inhalte und Ziele einer solchen Post-2015-Agenda wollen die Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen (UN) im September beschließen. Die Koalition schreibt, die Agenda solle „die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung“ berücksichtigen und UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) mit universeller Geltung für alle Länder etablieren. Die Initiative wurde in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angenommen. Die Linksfraktion votierte mit Nein, die Grünen enthielten sich. Keine Mehrheit fanden die Anträge der Opposition (18/4091, 18/3156). Die Linksfraktion fordert unter anderem, die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit weltweit in den Mittelpunkt der nachhaltigen Entwicklungsziele zu stellen. Es gehe um eine „globale Umverteilung“, betonte ein Vertreter im Ausschuss. Das Problem einer sich immer weiter öffnenden sozialen Schere stelle sich nicht

nur global zwischen Nord und Süd, sondern auch in den reichen Industrieländern. Die Grünen verlangen in ihrem Antrag „ambitionierte Ziele und konkrete Zusagen“ in der internationalen Entwicklungs- und Klimapolitik. Eine Vertreterin der Fraktion kritisierte im Ausschuss, dass der Koalitionsantrag lediglich eine Fortsetzung der Millennium Development Goals (MDG) beschreibe, obwohl die neue Agenda konkrete Ansprüche an die deutsche Politik stelle, etwa im Hinblick auf Weichenstellungen in der Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Handels- und Energiepolitik. Union und SPD wiesen den Vorwurf zurück. Im Koalitionsantrag werde unter anderem das Zwei-Grad-Ziel zur Bekämpfung des Klimawandels bekräftigt, hieß es von Seiten der Sozialdemokraten. Außerdem wolle die Bundesregierung die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in EU-Handelsabkommen verankern. Ein Vertreter der Unionsfraktion betonte, der Antrag lege sich bewusst nicht auf Zahlen und Daten fest. Es gehe nicht darum, heute ein „Maximum an Forderungen“ zu formulieren, sondern darum zu fragen, welche Prioritäten man mit dem deutschen Beitrag zur Umsetzung der zur Diskussion stehenden SDG-Ziele setzen wolle. *aha*

### Die Ukraine strebt nach Europa

**EU** Die Ukraine hat sich von ihrer postsowjetischen Vergangenheit gelöst und Kurs in Richtung einer europäischen Integration genommen. Diese Ansicht vertrat Yuriy Yakymenko vom Razumkov-Zentrum in Kiew, einem regierungsunabhängigen Think-Tank, in der vergangenen Woche im Europausschuss. Die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine durch den Bundestag (siehe auch Seiten 1 bis 3) markiere einen wichtigen Schritt seines Landes auf dem Weg in die europäische Familie, betonte der Politikexperte. Er versicherte den Abgeordneten, es gebe in der Ukraine heute den politischen Willen, notwendige Reformen zu realisieren. Die neue Regierung habe wichtige Veränderungen auch schon in Gang gesetzt. Als Beispiele nannte Yakymenko Reformen bei Polizei und Gerichten sowie eine Dezentralisierung des Landes. Um die ukrainische Wirtschaft bei ihrer Neuorientierung in Richtung eines europäischen Marktes zu unterstützen, ergriffe die Koalition zudem Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas. Auch eine Deregulierung sei eingeleitet worden. Die Regierungskoalition, die im Parlament über 300 Abgeordnete verfügt, sei stabil, ur-

teilte der Politikexperte. Eine Zweidrittel-Mehrheit für die geplante Verfassungsreform sei daher so gut wie sicher. Die Hälfte der Abgeordneten im Parlament in Kiew seien neue, junge Kräfte, die keine Verbindung zum alten System hätten, erklärte Yakymenko weiter. Dementsprechend habe sich der Einfluss der Oligarchen auf die politischen Prozesse im Land verringert. Viele Beamte, die das politische System bisher als Gewinnquelle betrachtet hätten, würden zudem aus dem Staatsdienst entlassen. Jedoch warnte der Gast aus der Ukraine auch vor übertriebenen Erwartungen. Verbesserungen könnten nicht auf einen Schlag umgesetzt werden, da die Ukraine sich politisch, wirtschaftlich und sozial in einer äußerst schwierigen Lage befände. Der Konflikt in der Ostukraine fordere nicht nur Menschenleben, sondern schade auch der Wirtschaft und koste den Staat viel Geld. So sei das Bruttoinlandsprodukt um 27 Prozent gesunken. Die Inflationsrate liege bei 25 Prozent, im Osten sogar bei 30 bis 40 Prozent. Alle Hoffnungen der Regierung lägen daher auf einer vollständigen Umsetzung des zweiten Minsker Abkommens und einem baldigen Ende des Krieges. *joh*

## Brisante Gedankenspiele an der Grenze zu Russland

**FINNLAND** Der Regierung droht nach den Wahlen das Ende. Regierungschef Alexander Stubb bringt im Wahlkampf einen Nato-Beitritt seines Landes ins Spiel

Mit Spannung wird in Finnland das Ergebnis der Reichstagswahlen am 19. April erwartet. Bei den letzten Wahlen im Frühjahr 2011 hatte der Wahlsieger der euroskeptischen Protestpartei „Wahre Finnen“ in Europa für Aufsehen gesorgt. Hatte sie bis dahin die kleinste Fraktion im Parlament in Helsinki gestellt, gewann sie plötzlich 19,1 Prozent der Stimmen und damit 39 von 200 Sitzen. Alle anderen Parteien verloren an Stimmen. Die „Wahren Finnen“, deren Parteichef Timo Soini die Sorgen vieler Wähler während der Euro-Krise aufgriff und gegen Finanzhilfen für Griechen-

land, Irland und Portugal wettete, waren damit die einzigen Gewinner der Wahl. In die Regierung kamen die Populisten dennoch nicht. Die Konservativen, mit 20,6 Prozent knapp stärkste Kraft nach der Wahl, bildeten zusammen mit fünf anderen Parteien eine Regierung, die sich auf eine Mehrheit von 126 Abgeordneten stützen konnte. In der Opposition verblieb, neben den „Wahren Finnen“, nur die liberale Zentrumsparterie, die bei der Abstimmung deutlich Federn lassen musste. Die „Wahren Finnen“ fordern im aktuellen Wahlkampf unter anderem einen Ausstieg Griechenlands aus der Euro-Zone und spekulieren darauf, dass ihnen diesmal eine Regierungsbeteiligung gelingt. Wahlsieger dürfte jedoch eine andere Partei werden, und zwar ausgerechnet die 2011 so tief gestürzte Zentrumsparterie. Ak-



Das finnische Parlament in Helsinki

© picture-alliance/dpa

tuellen Prognosen zufolge können die Liberalen mit 24,9 Prozent der Stimmen rechnen. Sozialdemokraten und Konservative kommen momentan nur auf etwas

mehr als 16 Prozent. Finnlands Premierminister Alexander Stubb, der seinem wirtschaftlich angeschlagenem Land eine strikte Sparpolitik verordnet hat, über-

stand gerade das dritte Misstrauensvotum in nur einem Jahr. In Helsinki geht man daher davon aus, dass der 53-jährige Zentrumsminister Juha Sipilä sein Nachfolger wird. Ihm fiel es leicht, als einer der wenigen nicht der Regierung anzugehören: Der Ingenieur und erfolgreiche Unternehmer profitierte in den vergangenen vier Jahren von der Passivität als taktischem Mittel.

**Heikler Nachbar** In der Endphase des Wahlkampfes hat Premier Stubb eine offene Debatte über eine Nato-Mitgliedschaft Finnlands angeregt. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist bisher dagegen, auch Politiker anderer Parteien halten sich angesichts der geopolitischen Lage Finnlands mit einer knapp 1.300 Kilometer langen Grenze zu Russland bedeckt. Sipilä sprach zurückhaltend lediglich von einer „Option“.

Das Thema ist heikel, politisch wie wirtschaftlich. Schließlich ist Russland nach Deutschland und Schweden drittgrößter Handelspartner für Finnland. Zudem machen viele Russen hier Urlaub oder kaufen Immobilien an den idyllischen Wäldern oder Seen. Bisher. Denn als Folge der EU-Sanktionen gegen Russland bleiben die Gäste und Käufer immer öfter weg – mit spürbaren Folgen für die finnische Wirtschaft. Es ist zu erwarten, dass diese Probleme Thema sein werden, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am heutigen Montag nach Helsinki reist. Merkel und ihr Amtskollege Stubb wollen dann unter anderem über die Situation in der Ukraine, Russland und die Wirtschaft des Euro-raums sprechen. *Siegfried Löffler*

Der Autor berichtet als freier Journalist aus Finnland.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## Streit über Nuklearwaffen

**AUSWÄRTIGES** Die Oppositionsfraktionen sind mit ihren Forderungen nach einer Zustimmung Deutschlands zur Uranwaffen-Resolution der Vereinten Nationen und nach einem Ausstieg Deutschlands aus der nuklearen Teilhabe der Nato sowie einem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland gescheitert. Der Bundestag lehnte die entsprechenden Anträge der beiden Oppositionsfraktionen (18/3407, 18/3409, 18/3410) gemäß der Beschlussempfehlungen des Auswärtigen Ausschusses (18/4217, 18/4218) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD ab. Union und Sozialdemokraten hielten Linke und Grünen in der Debatte entgegen, dass die Bundeswehr bereits seit 40 Jahren keine Munition mit abgereichertem Uran mehr besitze. Deutschland werde sich in der Abstimmung der UN-Generalversammlung über die Schaffung einer atomwaffenfreien Welt zu verabschieden. Es sei absurd, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen nicht abgezogen, sondern modernisiert werden. Der Bereitstellung von Flugzeugen der Bundeswehr für diese Waffen müsse beendet werden. **aw |**



Das Deutsche Institut für Menschenrechte bewertet die Lage von Flüchtlingen und ist Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention.



© picture-alliance/Peter Kneffel/dpa

# Schwere Geburt

**MENSCHENRECHTE** Koalition bringt gesetzliche Grundlage für deutsches Institut auf den Weg

## Lernen aus der Geschichte

**AUSWÄRTIGES** Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) spielt im Ukraine-Konflikt eine besondere Rolle: Sie kontrolliert den in Minsk vereinbarten Friedensplan im Krisengebiet. Die parlamentarische Versammlung der OSZE versuchte am vergangenen Wochenende auf ganz andere Weise zur Lösung des Konflikts beizutragen. Sie lud auf Initiative der Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Bundestagsabgeordneten Doris Barnett (SPD), deutsche, französische, ukrainische und russische Abgeordnete nach Leinsweiler (Rheinland-Pfalz) ein, um am Beispiel der deutsch-französischen Aussöhnung über Möglichkeiten zur Überwindung des aktuellen Konflikts zu beraten. Neben den historischen Beispielen kriegerischer Auseinandersetzungen in der Pfalz und in Elsass-Lothringen wurde mit Experten aus der Friedens- und Konfliktforschung über konkrete Schritte zur Zusammenarbeit in Krisengebieten gesprochen. Um Geschichte erlebbar zu machen, stand unter anderem eine gemeinsame Exkursion der Delegierten in das deutsch-französische Grenzgebiet vor Maginot-Linie und zum Westwall auf dem Programm. **as |**



© picture-alliance/dpa

darin, „die Anforderungen, die die Menschenrechte an staatliches Handeln stellen, in den politischen Prozess einzubringen“. Was theoretisch klingt, hat direkte Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen: Das DIMR kümmert sich um Menschenrechte älterer Menschen ebenso wie um die Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention oder den Zugang zu Rechtsschutz bei Menschenrechtsverletzungen. Dabei geht es aber in der Regel nicht um Einzelfälle, sondern das DIMR gibt Empfehlungen an die Politik, organisiert Konferenzen oder tritt bei menschenrechtsrelevanten Themen vor Gericht auf. Welche Aufgaben das DIMR noch hat, steht in einem Gesetzentwurf (18/4421), der in der vergangenen Woche nach langen Kontroversen in erster Lesung im Plenum beraten wurde. Damit reagierte die Bundesregierung auf eine Forderung des International Coordinating Committee for Human Rights Institutions (ICC). Dieses Gremium entscheidet darüber, ob ein Menschenrechtsinstitut einen A-, B- oder C-Status erhält. Der Status sagt allerdings nichts über die jeweilige Lage der Menschenrechte in dem Land aus, sondern über die Rechtsstellung eines Instituts in dem jeweiligen Land – eine Art Gütesiegel, wie gut in einem Land über die Menschen-

rechte berichtet werden kann. „Der A-Status gibt uns Mitwirkungs- und Rederecht im UN-Menschenrechtsrat“, erklärt Rudolf. Wichtige Voraussetzung, um diesen Status zu erhalten, ist nach den Pariser Prinzipien, die im Jahr 1993 von den Vereinten Nationen festgelegt worden waren, ein klar festgelegtes Mandat der Menschenrechtsinstitutionen mit Verfassungs- oder Gesetzesrang. Das Deutsche Institut hatte seit seiner Gründung im Jahr 2001 zwar einen A-Status, aber keine gesetzlich verankerte Grundlage. Basis seiner Arbeit war ein einstimmiger Beschluss des Bundestages aus dem Jahr 2000 (14/4801). Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage war seit 2008 vom ICC mehrmals ange-mahnt worden, zuletzt im Jahr 2013. Die Koalitionsfraktionen verständigten sich in ihrem Koalitionsvertrag daher darauf, hier Abhilfe zu schaffen. Nicht erst seit Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD) im September 2014 einen Gesetzentwurf angekündigt hatte, war das DIMR ein Zankapfel der Politik. Hinter den Kulissen des Parlaments suchte die Koalition monatelang nach einer Einigung. Strittige Punkte waren die Aufgaben und die Rechtsstellung der Einrichtung. Gleichzeitig drängte die Zeit, denn das ICC hatte den 16. März als Stichtag für eine Ent-

scheidung über den A-Status des Instituts angekündigt. Zwei Tage später brachte das Kabinett dann einen Gesetzentwurf auf den Weg. Danach bleibt der bisherige Vereinsstatus des DIMR erhalten. Vorher hatte es Überlegungen gegeben, das Institut dem Auswärtigen Amt zu unterstellen. Neu ist, dass das Institut fortan auch eine vergleichende Perspektive zu Menschenrechtsverletzungen im Ausland einnehmen kann. Außerdem wird es in Zukunft nicht mehr aus den Töpfen vier verschiedener Bundesministerien, sondern aus dem Haushalt des Bundestages finanziert. Durch Vorgaben im Gesetz soll auch die Pluralität der Mitglieder im Kuratorium und in der Mitgliederversammlung gewährleistet werden. In der Debatte am vergangenen Freitag war Erleichterung zu spüren, dass der Gesetzentwurf auf dem parlamentarischen Weg ist. Erika Steinbach (CDU/CSU) wies daraufhin, dass der A-Status nicht Deutschland, sondern dem Institut verliehen werde. Sie begrüßte, dass das Gesetz „in allen Punkten so gestaltet ist, dass der A-Status erhalten bleibt“. Gleichzeitig lobte sie, dass mit dem neuen Gesetz „alle Garantien für eine pluralistische Vertretung“ gegeben seien. „Das war für uns ein zentrales Anliegen“, erklärte sie. Die Tatsache, dass das DIMR jetzt nur noch aus ei-

nem einzelnen Etat, dem Haushalt des Bundestages, finanziert werde, sei eine Aufwertung des Instituts. Für die Fraktion Die Linke erklärte Inge Höfer, dass Deutschland die „Pein“ eines Status-Verlustes erspart geblieben sei, verwies aber auch auf die „wochenlangen Diskussionen“ bevor das Gesetz eingebracht werden konnte. Sie warnte, dass die in dem Gesetz vorgelegte Aufgabenbeschreibung nicht zu einer „Beschränkung des Instituts führen dürfe. „Das Institut darf kein Verein der Bundesregierung werden“, sagte sie. Annette Groth (Die Linke) forderte in der Debatte die Befugnisse des DIMR auszuweiten und dem Institut beispielsweise ein Auskunftsrecht bei Behörden zu erteilen. Tom Koenigs (Bündnis90/Die Grünen) nahm wie auch andere Abgeordnete nochmals die Befugnisse des DIMR auf und dem Institut herauszustellen. Für die Grünen, die vor kurzem einen eigenen Gesetzentwurf (18/4089) eingebracht hatten, kritisierte er, dass es im Vorfeld keine „sachliche Kontroverse“ gegeben habe. „Jetzt haben alle Kreide gefressen“. Gleichzeitig äußerte er den Wunsch nach einem gemeinsamen Gesetzentwurf, der von allen Fraktionen verabschiedet werden sollte. Ob dieser Wunsch in Erfüllung geht, ist noch ungewiss. Sicher ist, dass die gesetzliche Grundlage für das DIMR kommt. Und wie ein stolzer Vater sagt Frank Schwabe (SPD) am Ende der Debatte: „Es war eine schwere Geburt, aber das Kind ist gesund und munter.“ **Annette Sach |**

„Das Institut darf kein Verein der Bundesregierung werden.“

„Menschenrechte müssen immer national verwirklicht werden.“

Prof. Beate Rudolf

„Das Institut darf kein Verein der Bundesregierung werden.“

Inge Höfer (Die Linke)

## Sparsame Selbstversorger

**ENTWICKLUNG** Antrag zur Stärkung von Kleinbauern gescheitert

Die Fraktion Die Linke ist mit ihrer Forderung gescheitert, die Ernährungssouveränität zum Leitbild der deutschen Entwicklungs- und Agrarpolitik zu machen. Einen entsprechenden Antrag (18/1482) lehnten die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD am vergangenen Donnerstag ab. Die Grünen stimmten für die Initiative. Die Linksfraktion hatte unter anderem dafür plädiert, „die Selbstversorgung in den Partnerländern und nicht ihre Integration in internationale Wertschöpfungsketten als oberstes Ziel anzusehen“. Weiterhin solle die Bundesregierung den Weltagrabericht unterzeichnen, sich an seiner Fortschreibung finanziell beteiligen und dessen Empfehlungen zu einer Neuorientierung der Agrarpolitik umsetzen. Weitere Forderungen zielten unter anderem auf die Stärkung der Rechte von Kleinbauern, die Verhinderung von „Landgrabbing“-Praktiken und die Abschaffung von Exportförderungsmaßnahmen insbesondere für Ausfuhrer in Entwicklungsländern. Georg Kippels (CDU) kritisierte, dass der Antrag offenbar unter dem Motto stehe, „lieber ökologisch und fair verhungern“ als „mit moderner Landwirtschaft gesund und ausreichend ernährt“. Die Linke vertiefte die Wirtschaft, den internationalen Handel und die Forschung für Saatgüter, Düngemittel und Schädlingsbekämpfung. **ah |**

Sascha Raabe (SPD) machte „viele richtige Punkte“ im Antrag der Linksfraktion aus, der allerdings verkenne, dass ländliche Entwicklung mehr sei, als die Förderung von Kleinbauern und Selbstversorgern: Zu Fragen von Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherung und Infrastruktur werde „kaum etwas bis gar nichts gesagt“. **Exportinteressen** Niema Movassat (Die Linke) kritisierte, dass die Bundesregierung vor allem auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft nach europäischem Vorbild setze. Dabei sei die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft „weder Selbstzweck noch hat sie mit einem falschen Romantizismus zu tun“. Sie würde weltweit 70 Prozent der Lebensmittel – in Entwicklungsländern sogar 80 Prozent – produzieren, dabei aber nur 30 Prozent der in der Landwirtschaft eingesetzten Energie verbrauchen. Auch Uwe Kerkeritz (Grüne) warf der Bundesregierung vor, aus Exportinteressen vor allem auf „Produktionssteigerung, mehr Technik und zertifiziertes Saatgut“ zu setzen. Es brauche aber eine „an die lokalen Gegebenheiten angepasste, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft“, sagte Kerkeritz. „Für die Weltenernährung wäre das wichtiger als Hybrid-Mais und die Exportzahlen deutscher Kartoffelermaschinen.“ **ah |**

## Bundeswehr bleibt Ausbilder

**SOMALIA** Die Koalition sieht Fortschritte. Linke und Grüne warnen vor neuem Terror

Die Bundeswehr wird sich auch weiterhin an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Somalia beteiligen. Das ist das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über einen dahingehenden Antrag der Bundesregierung (18/4203, 18/4447) am vergangenen Donnerstag. Für die Vorlage stimmten die Koalitionsfraktionen. Somalia benötige weiterhin internationale Unterstützung, sagte Dagmar Freitag (SPD). Von einem „fatalen Signal“ sprach Roderich Kiesewetter (CDU), würde man anderthalb Jahre vor den geplanten Wahlen aus der Mission aussteigen. Linke und Grüne lehnten die Mission hingegen ab. Damit werde ein autoritäres, islamistisch geprägtes System unterstützt, kritisierte Alexander S. Neu (Die Linke). Frithjof Schmidt (Grüne) warnte, dieses Konzept berge die Gefahr in sich, dass die ausgebildeten Clan-Einheiten sich später in bewaffnete Konflikte untereinander begehen würden. **Eigenständige Staatlichkeit** Die Sicherheitslage in Somalia habe sich verbessert, sei aber immer noch fragil und bedrohe die Stabilität in der gesamten Region, sagte Dagmar Freitag. Die Mission solle dafür sorgen, eine eigenständige Staatlichkeit zu schaffen. „Nur wenn das Land durch eigen-

ne Streitkräfte gesichert werden kann, können sich rechtsstaatliche Strukturen ausbilden“, sagte Freitag. Aus Sicht von Alexander S. Neu ist das Staatsaufbaukonzept des Westens zum Scheitern verurteilt, da man lediglich Symptome bekämpfe. Zudem würden so neue Ursachen für Terrorismus geschaffen. Somalia, so der Linken-Abgeordnete, sei beispielweise sehr stark vom „US-Drohnenkrieg“ betroffen. Getötet würden je-

doch „ohne juristische Grundlage“, nicht nur Terroristen sondern zumeist Zivilisten. Die Bundeswehr leiste in Somalia „Hilfe zur Selbsthilfe“, sagte Roderich Kiesewetter. Es sei im europäischen Kerninteresse, dass die Flüchtlingsursachen, aber auch der raumgreifende Terrorismus bekämpft werden. Der Unions-Abgeordnete verwies auf Erfolge des Engagements der Ausbildungsmission. So sei es inzwischen gelungen, die Al-Shabaab-Milizen immer weiter zurückzudrängen. Das Konzept der Mission berge die Gefahr späterer Auseinandersetzungen zwischen den Europäern ausgebildeten Kräften, die auf eigene Rechnung agieren und Gebiete beherrschen könnten, warnte Frithjof Schmidt. Dazu komme noch, dass etwa die USA private Unternehmen mit der Ausbildung beauftragt hätten. „Mit solchen dubiosen Partnern sollte man eigentlich nichts zu tun haben“, sagte Schmidt. **Götz Hausding |**



Die Ausbildung der Ausbildungsmission erfolgt in Mogadischu.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.  
Telefon 069-75014233  
parlament@ds-medien.de  
www.das-parlament.de



Dieses Jahr wird in Deutschland kein Super-Gedenkjahr wie 2014 – mit 100 Jahre Erster, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg und 25 Jahre Mauerfall. Aber immerhin: Otto von Bismarck (1815-1898), der „Eiserne Kanzler“ und Schmied des Deutschen Reichs von 1871, hat am 1. April 200. Geburtstag. Es gibt Konferenzen, Ausstellungen, Vorträge und natürlich eine Sonderbriefmarke samt Gedenkmünze. Höhepunkt wird ein von der Otto-von-Bismarck-Stiftung veranstalteter Festakt im Deutschen Historischen Museum in Berlin mit Reden von Bundespräsident Joachim Gauck und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sein. *Tempi passati:* Zum 150. Geburtstag Bismarcks 1965 hatte es noch eine Feierstunde im Bundestag gegeben, mit einer Ansprache von Kanzler Ludwig Erhard (CDU) über den Reichsgründer als „großen Mann“ der Geschichte. Ein halbes Jahrhundert später ist Deutschland, wenn auch territorial erheblich geschrumpft im Vergleich zu 1871, wieder vereint und die frühere Ahnung eines endgültigen Scheiterns des von Bismarck gegründeten Nationalstaats durch die Umwälzungen von 1989/90 verschwunden. Auch wenn es heutzutage in der Bundesrepublik keine parteipolitischen Erben des hochkonservativen adligen Monarchisten gibt und Bismarck nicht in eine schwarz-rot-goldene Tradition passt: Genügt da eine moderate Erinnerung an einen Mann, den Henry Kissinger einmal den „größten deutschen Staatsmann“ des 19. Jahrhunderts nannte, und dessen Wirken bis in unsere Tage ins wiedervereinigte Deutschland von seiner unitarisch-föderalen Struktur bis zur Sozialgesetzgebung reicht? „Ich finde die bisherige Resonanz auf Bismarcks 200. Geburtstag durchaus erfreulich“, sagt Ulrich Lappenküper, Leiter der Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh. Er wolle abwarten, was das Jahr noch so alles bringe. Medial jedenfalls ist zu Bismarck schon einiges in Gang gebracht, so ein beeindruckendes Dokumentarfilm beim Sender Arte. Auch der Büchermarkt beschäftigt sich schon kräftig mit dem gebürtigen Altmärker und preußischen Landjunker, wenn auch ohne Hype: Neben Neuauflagen früherer Werke (so Ernst Engelberg/Achim Engelberg: Bismarck, Sturm über Europa. Biographie, Siedler, 864 S., 39,99 Euro; Eberhard Kolb: Otto von Bismarck: Eine Biographie, Beck, 208 S., 14,95 Euro) sind bislang drei neue Biografien auf dem Markt bzw. angekündigt: Ende April erscheint das Buch „Bismarck: Ein Leben im Widerspruch“ (Böhlau, 350 S., 29,90 Euro) des Stuttgarter Historikers Carsten Kretschmann. Zu kaufen sind bereits „Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert“ vom Düsseldorfer Geschichtswissenschaftler Christoph Nonn und „Bismarck. Größe-Grenzen-Leistungen“ vom Passauer Historiker Hans-Christof Kraus (siehe unten).

**Überhöhung** In beiden Werken wird gut herausgearbeitet, warum die Historie über Bismarck selbst Geschichte geschrieben hat. Durch die Katastrophen und tiefen Umbrüche der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts könne Bismarck bei den Deutschen nicht zu den unangreifbaren Nationalhelden gehören wie in den USA etwa die Gründungsväter der Nation oder in England ein Churchill: Und es ist die kontaminierende Wirkung der von den Nationalsozialisten propagierten Ahnenreihe von Friedrich dem Großen über Bismarck zu Hitler. Nach der Ära mythischer Überhöhung und eines Kults mit Bismarck-Türmen und -Denkmälern nach dem Tod des Reichskanzlers erfolgte dann ein Sturz nach 1945 und eine teilweise Verteufelung und Dämonisierung. Der Demokratengegner wurde zum Ahnherm preußischer und deutscher Kriegs- und Gewaltpolitik samt autoritärer Staatsform gemacht, was als „deutscher Sonderweg“ letztlich zur Katastrophe unter Hitler geführt habe. Spätestens seit Lothar Galls Biografie „Bismarck – der weiße Revolutionär“ (1980) hat in Deutschland aber eine Normalisierung im Sin-



Bismarck-Kult: Nach seiner Entlassung als Kanzler und verstärkt nach seinem Tod entstanden überall im Deutschen Reich Denkmäler zu seinen Ehren.

# Mit Augenmaß

**OTTO VON BISMARCK** Zur Erinnerung an den Reichsgründer, der vor 200 Jahren geboren wurde, sind neue Biografien erschienen

ne einer Historisierung eingesetzt. Diese Linie wird auch von Christoph Nonn und Hans-Christof Kraus fortgeführt. Nonn sieht in Bismarck weder ein „Genie“ noch ein „Monster“, sondern einen „begabten Diplomaten und leidlich erfolgreichen Innenpolitiker“. Außenpolitisch sei er „stets eine Hebamme historischer Ereignisse, nicht ihr Schöpfer“ gewesen. Mit der Reichseinigung 1871 habe er keinen Sonderweg beschritten, sondern den damaligen europäischen Standard von Nationalstaatsgründungen exekutiert. Eingebettet in die Kurzkapitel „einige Fragen“ und „einige Antworten“ spult der Autor eine konventionelle Biografie des zeitlessly dem Lande verhafteten Edelmanns herunter. Am befruchtendsten für den Leser wirken da Nons ständige kontrafaktische Spekulationen „Was wäre wenn?“. So eine bürgerlich-liberale Alternative statt der Festschreibung konservativer Innenpolitik nach Bismarcks Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten 1862, eine mögliche Weiterentwicklung des Deutschen

Bundes nach 1866 unter österreichischer Führung statt preußisch-kleindeutschem Nationalstaat 1871 oder eine autoritäre Alternative durch Gelingen der Staatsstreiche 1890 statt Entlassung des Kanzlers durch Kaiser Wilhelm II. Gegen manche Historikermeinung sieht Nonn als größten innenpolitischen Erfolg Bismarcks die Mobilisierung der agrarischen Interessenpolitik, so durch hohe Zölle, zugunsten

**Christoph Nonn:**  
**BISMARCK**  
Ein Preuße und sein Jahrhundert  
C.H. Beck, München 2015; 416 S., 24,95 €

konservativer Interessen. Da habe Bismarck eine in Europa übliche Politik betrieben, denn schließlich habe trotz Industrialisierung die Mehrheit der deutschen Bevölkerung während dessen gesamter Reichskanzlerzeit bis 1890 von der Landwirtschaft gelebt. Am Schluss lobt Nonn die demonstrative „Saturiertheit“ von Bismarcks Staat nach 1871 so wie die des wiedervereinigten Deutschland nach

**Hans-Christof Kraus:**  
**BISMARCK**  
Größe-Grenzen-Leistungen  
Klett-Cotta, Stuttgart 2015; 330 S., 19,95 €

1990. Irritierend wirken aber einige gewagte Verknüpfungen, so der Vergleich der „national-egoistischen Zollpolitik“ des Reichskanzlers mit der heutigen „nationalegoistischen Wirtschaftspolitik“ einer bundesdeutschen Exportförderung in der EU. Während die Einordnung Bismarcks bei Nonn schwankt und der Autor vor allem die zeitgeschichtlichen Antriebskräfte und Umgebungen betont, bei denen Bismarck bloße „Hebammen dienste“ leistete, sieht Kraus den Reichsgründer deutlich positiv und stellt auf seine markanten Eigenleistungen ab. Der Autor ermöglicht den Zugang zum Phänomen Bismarck anhand bestimmter Begrifflichkeiten. Diese Strukturierung bietet dem Leser angesichts des jahrzehntelangen wendungsreichen politischen Wirkens Bismarcks gute Hilfen, den unstrittenen Reichsgründer einzuordnen.

**Fehler und Leistungen** Heute, schreibt Kraus, lägen Bismarcks Fehler „so unbestritten und klar zu Tage“ wie seine „historische Größe“. Die negativen Seiten, abseits persönlicher defizitärer Eigenschaften wie Rachsucht oder Hass gegen politische Gegner? Es seien die drei „innenpolitischen Einigungskriege“ (so der Historiker Dieter Langewiesche) gegen sogenannte „Reichsfeinde“ gewesen, die der erste Kanzler des zweiten deutschen Kaiserreichs entfesselt und verloren hat: Der „Kulturkampf“ gegen die katholisch-römische Kirche, der weite Bevölkerungskreise im Rheinland und in Süddeutschland in Distanz zum neuen Reich brachte. Dann seine Repressionen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung („Sozialistengesetze“), wo er radikale Revolutionäre und gemäßigte Reformisten in einen Topf warf. Schließlich seine „Polenpolitik“ mit der Unterdrückung der polnischen Sprache und Kultur in Westpreußen und Oberschlesien, deren Pflege Bismarck automatisch mit Separatismus und Nationalismus verband. Bismarcks außenpolitisch größte Fehlleistung sieht Kraus im harten Frieden mit Frankreich nach dem Sieg von 1871, mit hohen Reparationszahlungen und vor allem der Wegnahme Elsass-Lothringens. Dies habe die Feindschaft mit Frankreich festgeschrieben. Kraus sinniert allerdings selbst darüber, ob die Pariser Politikkonstante seit dem 30-jährigen Krieg, sich gegen Machtzusammenballungen an seiner Ostgrenze zu stellen, dies nicht in jedem Fall bewirkt hätte.

Gleichwohl überstrahlen bei Kraus die Leistungen Bismarcks Defizite. Für den Autor ist die „wichtigste bleibende Leistung“ nach wie vor die deutsche Einheit. Unter ihm sei nach den drei Einigungskriegen von 1864, 1866 und 1870/71 aus Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg und anderen die (kleindeutsche) Staatsnation entstanden, die alle Umbrüche nach 1918 und 1945 sowie Jahrzehnte der Teilung überstanden und 1990 die friedliche Wiedervereinigung ermöglicht habe. Bismarcks zweite große Leistung sei seine außenpolitische Staatskunst, eine „Politik mit Augenmaß“ unter Einbeziehung von Alternativen verfolgt zu haben. Er wollte nach 1871 das Erreichte bewahren, ohne weitere Ambitionen in Europa. Um Gefahren für den beargwöhnten neuen Machtblock in Europas Mitte abzuwehren, entspann er ein kunstvolles Bündnisssystem mit den Angelpunkten Österreich-Ungarn und Russland. Als bis in unsere Tage reichende große Leistung stehe schließlich die „Grundlegung des deutschen Sozialstaats“ mit der von Bismarck in Gang gesetzten Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung. All dies macht Bismarck für Hans-Christof Kraus „bis heute zu einer der herausragendsten, wirkmächtigsten Persönlichkeiten der deutschen und europäischen Geschichte“. Auch dieser Autor zieht dann etwas kühn Linien bis in die Gegenwart und fragt, ob nicht die heutigen Deutschen die eigentlichen „Erben Bismarcks“ seien. Die „saturierte“ Bundesrepublik als „ehrlicher Makler“ von der Euro-Krise bis zum Ukraine-Konflikt. Das freilich muss jetzt nur noch in Athen, Paris, Moskau und anderswo so gesehen werden. *Hans Krump*

**KURZ REZENSiert**  
**SPRACHLOSE ELITE?**  
Franz Walter, Stine Marg (Hg.): Sprachlose Elite?  
Rowohlt Verlag, Reinbek 2015; 352 S., 16,95 €

In einer modernen Industriegesellschaft wie Deutschland stellt der Unternehmer eine „Schlüsselfigur“ dar. Doch wer sind die deutschen Firmenlenker? Wie beurteilen sie Politik und Gesellschaft? Was halten sie von den politischen Entscheidungen, vom Bildungs- und Ausbildungssystem oder von Europa und der Welt? Wie denken sie über die Gewerkschaften und die soziale Marktwirtschaft? Mit Blick auf die biographischen Erfahrungen von Unternehmern und ihr Selbstbild suchten Wissenschaftler des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung von Franz Walter Antworten auf diese Fragen. Wer wissen will, wie Unternehmer und Manager ticken, sollte zu diesem hochinteressanten Sammelband greifen. Die Wirtschaftskrise, aber auch Missmanagement und Wirtschaftskriminalität, blieben nicht ohne Folgen für das Image der Unternehmer. Ihr Ansehen sei „so schlecht wie seit 1968 nicht mehr“, betonen die Herausgeber. Zugleich demütigen sie verführte Grabesänge auf die „Deutschland AG“ und Nachrufe auf den „Rheinischen Kapitalismus“, den angeblich das „angelsächsische“ oder das „neo-liberale Wirtschaftsmodell“ abgelöst hätten. Weder die Gewerkschaften noch die SPD oder die Linke werden von den Wirtschaftseliten als „Hauptfeinde“ identifiziert. Über die Medien hingegen äußern sie sich oft nur „mit tiefer Verachtung und größter Abscheu“, schreiben die Wissenschaftler. Bedenklich stimmt auch ihre „kulturkritische Philippika“ über den moralischen Zustand der Gesellschaft; vor allem beklagen sie den „Werteverfall“ und die „Neidkomplexe“, wenn es um Boni und Millionengehälter geht. Umgekehrt zeigen Unternehmer jedoch wenig Interesse daran, ihre Anliegen in Parteien und Parlamenten öffentlich zu vertreten. Tatsächlich meiden sie die Mühen der Politik – angeblich weil politische Initiativen doch nur erstickt oder ausgebremst würden. *manu*

**Hans Magnus Enzensberger**  
Versuche über den Unfrieden  
Suhrkamp Verlag Berlin 2015 183 S. 12 €

Die mitunter verstörende Welt zu verstehen, ist ein schwieriges Unterfangen. Insofern ist die jüngst erschienene Essay-Sammlung „Versuche über den Unfrieden“ von Hans Magnus Enzensberger klug betitelt. Versuche, das klingt angesichts der Komplexität dieser Welt angemessen bescheiden. Was die vier Beiträge eint, das lässt der inzwischen 85 Jahre alte Schriftsteller in seinem knappen Vorwort anklingen. Es ist eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der allzu optimistischen Hoffnung auf ein Ende der Geschichte oder eine Friedensdividende, die nach Ende des Kalten Krieges aufkam. Das wird besonders in dem 1993 erschienen Aufsatz „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ deutlich. Für Enzensberger ist klar: Bürgerkriege finden wir nicht nur im ehemaligen Jugoslawien oder irgendwo in Afrika. Der „molekulare Bürgerkrieg“ ist in unseren (westlichen) Städten längst angekommen, ob nun in Form von Gang-Gewalt in den USA oder Hetzjagden auf Ausländer in Ostdeutschland. Fast mit Sehnsucht nach früheren Tagen resümiert Enzensberger, dass diese Gewalt ideologisch eigentlich gar nicht mehr begründet sei, die vermeintliche Ideologie pure Fassade. Die Täter hätten vielmehr einen „autistischen Charakter“. Diesen Gedanken entwickelt er auch in dem 2006 erschienenen „Schreckens Männer. Versuche über den radikalen Verlierer“ weiter. Ob nun der Amokläufer in der Schule oder, kollektiver gedacht, radikale Islamisten, was sie treibt, ist die Erkenntnis, dass sie eben Verlierer sind – mit der Mission, einen Schuldigen zu finden und zu zerstören. Enzensbergers Erklärungsversuch ist zwar eingängig, vermag aber nicht restlos zu überzeugen. Die Geringschätzung von Ideen und Ideologien erscheint zumindest fragwürdig. So mag man den dumpfen Nazi-Schläger noch mit der Verlierer-Theorie erklären können. Die Mordserie der Terrorgruppe „nationalsozialistischer Untergrund“ hat aber gezeigt, wie fatal es ist, wenn die Wirkmächtigkeit rassistischen Gedankengutes unterschätzt wird. *scr*

## Die große Verwirr-Maschine

**MEDIEN** Journalisten und Wissenschaftler warnen vor Desinformation und Propaganda

96 Journalisten, Medienassistenten, Online-Aktivistinnen und sogenannte Bürgerjournalisten wurden im vergangenen Jahr nach Angaben von Reporter ohne Grenzen getötet, 366 saßen in Haft. Entsprechend besorgt zeigten sich Medienvertreter und Wissenschaftler in der vergangenen Woche vor dem Kulturausschuss über die weltweite Entwicklung der Medien- und Meinungsfreiheit. Im Zentrum des öffentlichen Expertengesprächs standen vor allem die Arbeitsbedingungen von Journalisten in und aus autoritären Staaten, aber auch die Auswirkungen der digitalen Medienwelt.

**Misstrauen** Die Medienwissenschaftlerin Barbara Thomaß von der Ruhruniversität Bochum wies darauf hin, dass das Misstrauen gegenüber den Medien während der Ukraine-Krise stark gestiegen sein. Relevante Teile des Publikums hätten sich innerlich von den Leitmedien entfernt, da deren Berichterstattung als einseitig prowestlich empfunden worden sei. Verstärkt werde dieser Trend durch die massenhafte Ver-

breitung von Halbwahrheiten und manipulierten Informationen über das Internet. Diese Einschätzung teilte auch Guido Baumann, Direktor für Distribution und Technik bei der Deutschen Welle. So glaubten laut einer aktuellen Umfrage 47 Prozent der Deutschen, dass sie durch die Medien einseitig informiert werden. Die plakativen „Lügenpressen“-Parolen während der Pegida-Demonstrationen seien Ausdruck dieser Überzeugung. Die Informationsflut des digitalen Zeitalters biete einen „wunderbaren Nährboden“ für Desinformationen. Die RTL-Fernsehsjournalistin Antonia Rados verdeutlichte das Problem am Beispiel der arabischen Welt. Die arabischen Länder litten noch immer unter einer sehr hohen Analphabetenrate. Gleichzeitig sei die Bedeutung der digitalen Medien regelrecht explodiert. Die Wahrnehmung der Menschen werde deshalb vor allem durch emotionalisierte Bilder geprägt. Das gedruckte Wort könne nicht mithalten. Es sei kein Wunder, dass beispielsweise die Terrormiliz „Islamischer Staat“ vor allem auf die „Macht der Bilder“ setze, um ihre Botschaften zu verbreiten. Das Internet wirke vielfach wie eine „große Verwirr-Maschine“. Kritisch bewerteten die Journalisten und Wissenschaftler auch die Rolle staatlich finanzierter Sender in Ländern wie Russland, China oder dem Iran. Der Kreml be-

treibe eine gezielte Medienkampagne, um das Meinungsklima in Westeuropa zu beeinflussen, führte die Journalistin Susanne Spahn an. Russlands Präsident Wladimir Putin habe dies zur „Chefsache“ erklärt. So wolle der russische Sender Russia Today jetzt auch ein deutschsprachiges Programm starten. Spahn erhob zudem schwere Vorwürfe gegen die „Fürsprecher Putins“ in den deutschen Medien und nannte namentlich die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz. Diese würde bewusst russische Propaganda verbreiten.

**Auslandssender** Guido Baumann verwies darauf, dass Sendern wie Russia Today oder dem iranischen Sender PressTV und dem chinesischen Sender CCTV ein vielfaches an Geld zur Verfügung stehe als etwa der Deutschen Welle. Michael Klehm vom Deutschen Journalisten-Verband forderte denn auch eine deutliche Erhöhung der Haushaltsmittel für den Auslandssender durch den Bundestag. Christian Mihr, Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Deutsche Welle für ihre seriöse und ausgewogene Berichterstattung während der Ukraine-Krise. Zugleich äußerte er aber auch sein Unverständnis über deren Kooperation mit dem chinesischen Sender CCTV. *Alexander Weinlein*

## Abgehängter Weltmeister

**BILDUNG** Schüler haben Defizite bei digitalen Medien

Das deutsche Schul- und Bildungswesen soll verstärkt Kompetenzen im Umgang mit der digitalen Medienwelt vermitteln. Dies war der einhellige Tenor während der Debatte am vergangenen Donnerstag über einen entsprechenden Antrag, den die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eingebracht hatten. Union und SPD fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Bundesländern einerseits die notwendige technische Infrastruktur – etwa durch den Ausbau des Breitbandnetzes – zu schaffen. Zudem müssten bundeseinheitliche Mindeststandards zur Informations- und Medienkompetenz in den Lehrplänen verankert und das Lehrpersonal entsprechend ausgebildet werden. Die Oppositionsfaktionen begrüßten zwar prinzipiell die Zielsetzung des Antrags, bezeichnete ihn jedoch als zu wenig konkret und unzureichend. Der CDU-Bildungspolitiker Sven Volmering verwies auf die Ergebnisse der im November 2014 veröffentlichten ILCILS-Studie zum Wissen und Umgang von Schülern mit digitalen Medien, bei der Deutschland im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld gelandet sei. Nur 30 Prozent aller Kinder hätten in deutschen Schulen regelmäßig Kontakt mit Computern, der internationale Mittelwert liege bei 52 Prozent. Der Fußballweltmeister des Jahres

2014 hinke den Weltmeistern beim Umgang mit digitalen Medien hinterher. Seine SPD-Kollegin Esken warnte vor der „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft, die entlang der sozioökonomischen Verhältnisse und dem Bildungsstand der Menschen verlaufe. Neben dem Ausbau der Infrastruktur müssten deshalb vor allem die medienpädagogische Ausbildung der Lehrkräfte verbessert und entsprechende Mindeststandards in den Lehrplänen verankert werden.

**Kooperationsverbot** Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Rosemarie Hein, und der Grünen-Abgeordnete Özcan Mutlu kritisierten den Antrag der Koalition als unzureichend. Er sei zwar „gut gemeint“, aber nicht geeignet, um „der Misere ein Ende zu setzen“, sagte Mutlu. Die Koalition beschränke sich weitgehend auf Appelle, lade das Problem aber letztlich bei den Ländern ab, sagte Hein. Die Digitalisierung in der Bildung bleibe so wie das gesamte Bildungssystem ein Flickenteppich. Den Schulen helfe der Breitbandausbau nicht, wenn sie nicht über ausreichende Computer verfügten. Der Bund müsse den Ländern stärker unter die Arme greifen. Auch Mutlu forderte ein größeres Engagement des Bundes. Das Thema digitale Bildung schreie „nach der Abschaffung des Kooperationsverbotes“. *aw*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Vertrauen geschaffen: Das gute Verhältnis, das Bundeskanzler Helmut Kohl (3. von rechts) zum sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (2. von links) – hier beim Staatsbesuch in Bonn 1989 – aufgebaut hat, war ein Schlüssel für die deutsche Wiedervereinigung.

© picture-alliance/dpa

# Die Zeichen der Zeit erkannt

**HELMUT KOHL** Der langjährige politische Weggefährte Rudolf Seiters würdigt den »Kanzler der Einheit« zum 85. Geburtstag

Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 3. April 85 Jahre alt. Zu seinem 75. Geburtstag hat seine Amtsnachfolgerin Angela Merkel im April 2005 in Berlin gesagt: „Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, Vertiefung der Einheit Europas, Wiederherstellung der Deutschen Einheit: das sind Leuchttürme Kohlscher Politik. Und ihre Bausteine waren Freundschaft mit Frankreich, loyale Partnerschaft in der transatlantischen Allianz, Versöhnung mit Polen und geduldige und verständnisvolle und vertrauensvolle Beziehung zu Russland.“ Helmut Kohl wird zu Recht „Kanzler der Einheit“ genannt. Natürlich wäre die Einheit Deutschlands nicht zustande gekommen – jedenfalls nicht zum damaligen Zeitpunkt und nicht zu den damaligen Bedingungen – ohne die Reformbewegungen in Ungarn und Polen, ohne Gorbatschow und Bush, ohne den polnischen Papst, ohne die Massendemonstrationen und Massenfluchten in der DDR, aber auch nicht ohne einen Bundeskanzler, der zum richtigen Zeitpunkt konsequent und operativ auf die schnelle Einheit Deutschlands zusteuerte, und dies behutsam und mit Augenmaß. Dabei schaffte er es, in den dramatischen Monaten der Jahre 1989/90 ein ganz persönliches Vertrauensverhältnis aufzubauen zu den Staatsmännern der Welt, zu Präsident George H.W. Bush, zu Michail Gorbatschow, zu François Mitterrand. Er war verlässlich – auch gegenüber unseren osteuropäischen Nachbarn, denen Deutschland geholfen hat auf ihrem schwierigen Weg zur europäischen Union und zur Transformation der eigenen Gesellschaft.

**Der Hoffnungsträger** Meine politische Entwicklung verlief – was das Verhältnis zu Helmut Kohl anbetraf – nicht ganz gradlinig. In den 1960er Jahren war der Mainzer Ministerpräsident für uns in der Jungen Union (JU) Hoffnungsträger, er verstand die Anliegen der jungen Generation und galt als Parteireformer. Er war Hauptredner auf einer JU-Landesversammlung in Osnabrück 1965. Anfang der 1970er Jahre – nach der für die CDU verlorenen Bundestagswahl – ging es um die Nachfolge von Kurt Georg Kiesinger als Parteivorsitzender. Es gab zwei Kandidaten, den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und den Ministerpräsidenten Helmut Kohl. Ich war nach zwei Jahren Parlamentszugehörigkeit von Rainer Barzel zum Parlamentarischen Geschäftsführer berufen worden, war aber unabhängig davon seit langem der Überzeugung, dass in der damals für die Union so schwierigen Zeit beide Ämter, die des Fraktionsvorsitzenden und des Parteivorsitzenden, in eine Hand gehören sollten. Daher stimmte ich auf dem Bundesparteitag nicht für Helmut Kohl, sondern für Rainer Barzel. Als 1976 dann Helmut Kohl von Mainz nach Bonn ging und die Fraktionsführung im Bundestag übernahm, berief er mich nicht wieder in das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers, das ich unter Karl Carstens behalten hatte. Ich gehörte

damals eben nicht zu seinen engsten Vertrauten. Aber das Blatt wendete sich, als Ernst Albrecht überraschenderweise zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt wurde. Er bat mich, für die im Jahre 1977 anstehende Landtagswahl die Wahlkampfleitung zu übernehmen. Das tat ich. Wir errangen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die absolute Mehrheit, anschließend stand ich dann wieder in Helmut Kohls Notizbuch, wurde 1982 wieder Parlamentarischer Geschäftsführer und später Kanzleramts- und Innenminister.

»System Kohl« Die Regierungsarbeit von Bundeskanzler Helmut Kohl, seine Machtinstrumente, sein Informations- und Entscheidungsmanagement ist oftmals mit dem Begriff „System Kohl“ gekennzeichnet worden – vielfach auch abfällig, weil Kohl sich mit Vertrauen umgab, weil für ihn Loyalität eine große Rolle spielte, weil er sich über hierarchische Strukturen im Haus besonderen Zugang verschaffte zu einer Vielfalt von Informationen, über Strömungen in der eigenen Partei, in der Koalition, in der Regierung, über Gefahrenpotentiale und anderes. Dieses habe ich überwiegend als äußerst effektiv erlebt. Das galt besonders für die Jahre des Umbruchs in Europa, wo von Sommer 1989 an eine Fülle von fast täglichen Entscheidungen getroffen werden musste, um den Prozess der deutschen Wiedervereinigung mit Augenmaß zu steuern, Irritationen zu vermeiden und Vertrauen im nationalen

wie internationalen Bereich aufzubauen. Und alle, die am „System Kohl“ beteiligt waren, hatten einen Kompass und hatten ein Koordinatensystem, an dem sich aktuelle und tägliche Entscheidungen ausrichteten. Helmut Kohl hat in seinen Erinnerungen über seine Zeit in Mainz einmal geschrieben: „Gleichgesinnte um sich zu versammeln, Freunde in Ämter wählen, Vertraute fördern, das ist von vielen Publizisten immer wieder als kritikwürdig angeprangert worden. Für mich war es stets eine notwendige Selbstverständlichkeit. Politische Macht ausüben kann nur, wer für seine Ideen Verbündete findet und mit ihrem Zuspruch zu Mehrheiten gelangt. Es ist absolut legitim und im demokratischen System so angelegt. Zu diesem einzigartigen Erfolgsmodell bekenne ich mich gerne.“ Ich habe Helmut Kohl erlebt als einen Bundeskanzler, der seinen Mitarbeitern Kompetenz verlangte und Loyalität, der im Vorfeld von Entscheidungen Diskussionen herausforderte, auch Widersprüche und Einwände duldete, wenn sie gut begründet waren. Waren sie oberflächlich, reagierte er harsch. Seinen Vertrauten ließ er einen breiten, persönlichen Freiraum in der Gestaltung der Arbeit, weil er wusste, dass diese in seinem Sinne handelten. An einige historische Daten will ich in besonderer Weise erinnern. Es war sehr mutig, im Jahre 1983 gegen viele Widerstände in Politik und Öffentlichkeit den Nato-Dop-



Rudolf Seiters

© picture-alliance/dpa

pelbeschluss durchzusetzen, dessen Bedeutung für die Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nicht zu überschätzen ist. Dass die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, ihre Gegenmaßnahmen gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 durchzusetzen, hat, wie wir von Gorbatschow selbst und anderen wissen, wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung dieses Beschlusses die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Sieben Jahre später war sie eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik. Ich vergesse auch nicht die Weichenstellung für den von Horst Telschick vorgeschlagenen Zehn-Punkte-Plan, der im kleinsten Kreise im Bungalow des Kanzleramtes vorbereitet und vom Bundeskanzler persönlich getextet wurde, wie ich überhaupt die abendlichen Sitzungen im Bungalow in eher entspannter und ruhiger Atmosphäre für den Gedankenaustausch mit seinen Mitarbeitern stets als besonders wichtig empfunden habe.

**Kohls Rede vor der Dresdner Frauenkirche 1989 gehört zu seinen wichtigsten Ansprachen.**

**Schnelle freie Wahlen** In starker Erinnerung verbleibt mir besonders der Flug der Bonner Delegation am 19. Dezember 1989 nach Dresden, wo uns auf dem Flughafen viele tausend Menschen und ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen erwartete, als der Bundeskanzler sich auf der Gangway zu mir umdrehte und sagte: „Rudi Seiters, die Sache ist gelaufen.“ Die Rede später vor der Ruine der Frauenkirche, die nicht im Reiseplan stand und spontan organisiert wurde, gehört vielleicht zu den wichtigsten Reden, die Helmut Kohl jemals gehalten hat, weil sie die Menschen nicht aufputschte, sondern sehr sensibel war, sehr menschlich und mit einer an die ganze Welt gerichteten Botschaft. Nur sehr wenige Stichworte, von einem kleinen Zettel. Der Bundeskanzler sprach von dem gemeinsamen Weg in die deutsche Zukunft mit Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung und einem „Haus Deutschland“, das unter einem europäischen Dach gebaut werden müsse. Das Presse-Echo am nächsten Tag war grandios. Der Bundeskanzler habe den Grundstein zur deutschen Einheit gelegt. Präsident Bush rief aus Washington an und gratulierte dem Kanzler zum Erfolg seiner Reise und zu seiner großen Rede. Noch nicht am 30. September (Prager Balkon), noch nicht am 9. November (Fall der Mauer), wohl aber in Dresden, wo die Führung der DDR ihren Staatsgast, den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, mit der eigenen Bevölkerung allein ließ und sich verdrückte, waren wir überzeugt, es mache überhaupt keinen Sinn, weitere Vereinbarungen mit DDR-Ministerpräsident Modrow zu treffen – mit einer Ausnahme, möglichst schnell die freien Wahlen durchzusetzen, die dann

auch am 18. März 1990 stattfanden. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen aktuellen Entwicklungen in Osteuropa will ich schließlich auch noch erinnern an den sensationellen Besuch von Michail Gorbatschow im Juni 1989 in Bonn und an die damals von Gorbatschow und Kohl unterzeichnete sowjetisch-deutsche Erklärung mit ihrer unzweideutigen Verpflichtungserklärung beider Seiten, in der es heißt, die Integrität und die Sicherheit jedes Staates und das Völkerrecht müssten uneingeschränkt geachtet werden, und jeder Staat habe das Recht, das eigene politische und soziale System zu wählen.

**Vertrauensbeweis** Nach meinem Rücktritt am 4. Juli 1993 vom Amt des Bundesinnenministers im Zusammenhang mit dem Antiterrorereinsatz in Bad Kleinen, wo ich Schwierigkeiten hatte, den Bundeskanzler vor meiner Pressekonferenz zu erreichen – er war zu dieser Zeit im Pfälzer Wald unterwegs ohne Handy und ohne Bodyguards – gab es zwischen uns eine gewisse Sendepause. Helmut Kohl war mit meinem Rücktritt nicht einverstanden, er wollte mich in meinem Amt halten – für diesen Vertrauensbeweis war ich ihm auch dankbar, ich wollte jedoch die Koalition vor unwürdigen, gegenseitigen Schuldzuweisungen bewahren und außerdem das Signal in die Öffentlichkeit senden, dass nichts vertuscht werde. Helmut Kohl war es dann auch, der ein Jahr später den Vorschlag von Wolfgang Schäuble akzeptierte, mich zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden vorzuschlagen. In dieser Zeit konnte ich Helmut Kohl bei seinem beeindruckenden Israel-Besuch im Juni 1995 begleiten, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, beim weltweit beachteten trilateralen Treffen des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Rabin und dem jordanischen König Hussein. Anschließend folgte das Zusammentreffen mit Arafat. Damals hofften wir auf eine neue positive Entwicklung im Friedensprozess. Am 4. November 1995 jedoch, wenige Monate später, wurde Rabin ermordet. Der Friedensprozess geriet erneut ins Stocken.

Ich wünsche Helmut Kohl von Herzen, dass sich sein Gesundheitszustand verbessert und dass der 85. Geburtstag Gelegenheit gibt, die großen Leistungen dieses Bundeskanzlers und einzigen Ehrenbürgers Europas erneut angemessen zu würdigen.

Rudolf Seiters

Der Autor (77) war auf seinem politischen Lebensweg lange mit Helmut Kohl verbunden. Unter Bundeskanzler Kohl war Seiters 1989 bis 1991 Kanzleramtsminister und dann bis 1993 Innenminister. Der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete (1969 bis 2002) und frühere Bundestagsvizepräsident (1998 bis 2002) ist seit 2003 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes.

LEBENS DATEN	
1930	Helmut Kohl wird am 3. April in Ludwigshafen geboren.
1946	Eintritt in die CDU. Ein Jahr später Mitgründer der Jungen Union in Ludwigshafen.
1950-1956	Studium der Geschichte und Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und in Heidelberg mit Promotion (1958). In dieser Zeit ist Kohl im CDU-Vorstand Rheinland-Pfalz.
1959-1976	Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz. Ab 1963 führt er die CDU-Landtagsfraktion.
1960	Heirat mit Diplom-Dolmetscherin Hannelore Renner. Aus der Ehe gehen zwei Kinder hervor.
1966-2000	Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Parteivorsitzender 1973-1998.
1969-1976	Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.
1976-2002	Mitglied im Bundestag. Von 1976 bis 1982 war Kohl Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.
1982	Im Oktober wird Kohl Bundeskanzler nach einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt (SPD).
1989	Öffnung der Berliner Mauer am 9. November. Kohl legt am 28. November ein Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor.
1990	Im März freie Volkskammerwahl in der DDR. Kurs auf Wiedervereinigung Deutschlands unter Kanzler Kohl mit Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Juli, deutsch-deutschem Einigungsvertrag und Zwei-plus-Vier-Vertrag mit den Siegermächten im September. Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober. Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember.
1991	Kohl wird im Januar erster gesamtdeutscher Kanzler nach der Bundestagswahl 1990 und bleibt bis zur Abwahl 1998 im Amt.
1991	Im Dezember beschließt Kohl mit elf anderen EU-Regierungschefs den Maastrichter Vertrag zur Europäischen Währungsunion.
2001	Tod von Ehefrau Hannelore. 2008 heiratet er Maike Richter. sko



Ein Markstein der Karriere: Helmut Kohl wird im Mai 1969 im Landtag in Mainz als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident vereidigt.

© picture-alliance/dpa





2016 wird sich auf deutschen Autobahnen einiges ändern. Dann wird eine Pkw-Maut fällig.

© picture-alliance/zb/Collage: Stephan Roters

## Novelle des Aktienrechts

**RECHT** Die Finanzierung von Aktiengesellschaften soll nach Willen der Bundesregierung „flexibilisiert“ werden. Der Bundestag beriet vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf (18/4349) in erster Lesung und verwies ihn zur Beratung in die Ausschüsse.

Demnach ist vorgesehen, dass Aktiengesellschaften künftig regulatorisches Kernkapital auch durch die Ausgabe von stimmrechtslosen Vorzugsaktien bilden sollen. Dazu soll laut Gesetzentwurf ein „angemessener Gestaltungsspielraum“ geschaffen werden.

Weiterhin sollen die Gesellschaft künftig auch als Schuldner einer Wandelschuldverschreibung in Anteile am Grundkapital umwandeln können. Bisher war dies nur dem Gläubiger möglich. Weitere Änderungen betreffen unter anderem die Beteiligungsverhältnisse bei nichtbörsennotierten Aktiengesellschaften. Sie sollen transparenter gestaltet werden.

Stephan Harbarth (CDU/CSU) begrüßt grundsätzlich den Gesetzentwurf. Im weiteren Verfahren müsse im weiteren Verfahren allerdings auch die Problematik des sogenannten Delistings eingegangen werden. Dies betonte auch Johannes Fechner (SPD). Hier müsse mehr für den Schutz von Minderheitsaktionären getan werden. Richard Pitterle (Die Linke) stellte die Notwendigkeit der Novelle in Frage. Zudem verwies er darauf, dass eine Vergütungsregelung für Manager fehlerhaft sei. Gerhard Schick (Bündnis 90 / Die Grünen) bezeichnete den Entwurf als „verpasste Chance“. Die geplanten Transparenz-Regelungen griffen zu kurz. **sc II**

# Mehr Geld für Straßen

**PKW-MAUT** Bundestag stimmt neuer Abgabe mit großer Mehrheit zu. Deutsche Halter werden entlastet

Die Pkw-Maut kommt. Nach monatelangen, teils emotionalen Diskussionen stimmte am Freitag der Bundestag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (18/3990, 18/4455) in geänderter Fassung zu. Für die Abgabe (Pkw-Maut) votierten in namentlicher Abstimmung 433 Abgeordnete, 128 stimmten dagegen. Danach wird ab 2016 eine Abgabe eingeführt, die gleichermaßen von Haltern von im Inland und im Ausland zugelassenen Pkw und Wohnmobilen für die Nutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen zu entrichten ist. Halter von in Deutschland zugelassenen Pkw sollen Entlastungen aus der Kfz-Steuer erhalten. Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/3991, 18/4448) dazu stimmte der Bundestag ebenfalls in namentlicher Abstimmung (438 dafür, 117 dagegen) zu. Bei den parlamentarischen Beratungen wurde vor allem eine neue Staffelung nach ökologischen Kriterien der Kurzzeitzugewinn für ausländische Halter erreicht. Diese

Neustaffelung soll zu Mehreinnahmen von 13,6 Millionen Euro führen. So geht die Regierung jetzt von Gesamteinnahmen von rund 513,6 Millionen Euro aus. Zudem wurde unter anderem die Löschrfrist für die gespeicherten Nummernschilder von drei Jahre auf ein Jahr verkürzt und eine ausführliche Evaluation nach zwei Jahren vorgesehen. Dafür hatte sich vor allem die SPD eingesetzt.

**»In Zukunft wird die Mobilität die Infrastruktur finanzieren.«**

Minister A. Dobrindt (CSU)

Strittig blieben zwischen der Koalition und der Opposition vor allem die Konformität des Gesetzentwurfes mit dem Europarecht sowie die Höhe der tatsächlichen Einnahmen. Für Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) gibt es „überhaupt keinen Zweifel“, dass die Abgabe europarechtskonform ist und erhebliche Einnahmen bringen wird. „In Zukunft finanziert Mobilität Infrastruktur“, sagte er. Es gebe jetzt auch für Pkw einen klaren Bezug zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dies sei ein Systemwechsel weg von der Steuer- hin zur Nutzerfinanzierung. So würden insgesamt 3,7 Milliarden Euro vom Haushalt des Bundesfinanzministers in den Haushalt des Verkehrsministers geleitet, wo sie ausschließlich für Investitionen in die Ver-

kehrsinfrastruktur genutzt würden. Neben den bisherigen Einnahmen durch die Mineralölsteuer und die Kfz-Steuer gebe es auch noch zusätzliche Einnahmen von 500 Millionen Euro aus der Maut. Insgesamt sei die Infrastrukturabgabe „sinnvoll, fair und gerecht“. Auch für den stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Fraktion, Arnold Vaatz (CDU), wird die Finanzierung der Infrastruktur gerechter. Bisher gebe es Nutzer, die kein Entgelt zahlen müssten. Das werde jetzt geändert. So würden die Lasten gerecht verteilt. Insgesamt werde die Infrastrukturfinanzierung damit auf eine solide und dynamische Grundlage gestellt. In Zukunft müsse jedoch auch privates Kapital zum Beispiel durch öffentlich-private Partnerschaften angeworben werden. Schließlich setze er sich dafür ein, dass die Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen beschleunigt würden.

**Kritik der Opposition** Völlig anderer Meinung waren die Redner der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen. Sie hielten den gesamten Gesetzentwurf für nicht beschlussfähig. Deshalb hatten sie auch nicht zugestimmt, dass die Koalition die Pkw-Maut schon vor Ostern abschließend beraten wollte. Es habe bei den parlamentarischen Beratungen großen Zeitdruck gegeben und zum Beispiel die Europarechtskonformität sei

noch nicht ausreichend geprüft, betonten die Oppositionsredner in der Geschäftsordnungsdebatte. Die Koalition setzte sich jedoch mit ihrer Mehrheit durch. Für Herbert Behrens (Die Linke) wird durch das Gesetz Deutschland „schwerer Schaden“ zugefügt. Die Nachbarn müssten Eintritt bezahlen, wenn sie Deutschland besuchen wollten. Dagegen würden die deutschen Autofahrer von der Zahlung befreit. Dies sei ein „Taschenspielertrick“, den die EU so nicht akzeptieren werde.

Für den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, ist es ein „peinlicher Tag“ für Deutschland. Die Stammtischparolen der CSU würden nun ins Gesetzblatt gehoben. Die Abgabe sei nicht europarechtskonform und ein bürokratisches Monster. Der größte Teil der Einnahmen würde für die Systemkosten gebraucht. Die Koalition könne froh sein, wenn damit eine „Schwarze Null“ bei den Maut-einnahmen erreicht würde. Sören Bartol, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, wies auf den Koalitionsvertrag hin. Dieser werde jetzt umgesetzt. Das zeige, dass die Koalition handlungsfähig sei. Auch er wies darauf hin, dass die

Investitionen in die Infrastruktur deutlich ausgebaut würden. „Dies können wir nicht allein auf Pump bezahlen, dies muss solide gegenfinanziert werden“, sagte er. Mit dem von der Koalition angebrachten Entschließungsantrag werde eine eindeutige Priorisierung der Verkehrsinvestitionen vorgeschlagen.

Diesem Entschließungsantrag (18/4460) der Koalition, in dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird, die Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur konsequent voranzutreiben, stimmte der Bundestag ebenfalls zu. Einen Änderungsantrag (18/4485) von Bündnis 90/Die Grünen, die Pkw-Maut sofort auszusetzen, wenn das Gesetz keinen Bestand vor dem Europäischen Gerichtshof haben sollte, lehnte der Bundestag ebenso ab wie einen Änderungsantrag der Linksfraktion „Keine Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland“ (18/806). Die Forderung der Grünen (18/4484), einen mautfreien Bereich von 30 Kilometern in Grenznähe zu schaffen, fand keine Zustimmung. Ebenso erging es einem Änderungsantrag der Bündnis 90/ Die Grünen (18/4486) zum Verkehrssteueränderungsgesetz. **Michael Klein II**

**»Die Koalition kann froh sein, wenn sie eine ‚Schwarze Null‘ erreicht.«**

Anton Hofreiter (Grüne)

## Lkw-Maut wird erweitert

**VERKEHR** Das Streckennetz für die Lkw-Maut wird erweitert. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (18/3923) stimmte der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (18/4454) vergangene Woche zu. Danach wird zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht für Lkws auf weitere rund 1.100 Kilometer vierstellige Bundesstraßen ausgedehnt und zum 1. Oktober 2015 die Mautpflichtgrenze von zwölf Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf 7,5 Tonnen abgesenkt werden.

Derzeit wird auf rund 12.800 Kilometer Bundesautobahnen und rund 1.200 Kilometer Bundesstraßen Lkw-Maut erhoben und die Mautpflicht besteht für Fahrzeuge ab einem zulässigen Gesamtgewicht von zwölf Tonnen. Aufgrund des neuen Wege-kostengutachtens wurden die Mautsätze zum 1. Januar 2015 gesenkt worden, dies führe zu einer Einnahmehücke von insgesamt rund 460 Millionen Euro im Zeitraum 2015 bis 2017, die mit der erweiterten Mautpflicht geschlossen werden soll. In einem von Bundestag angenommenen Entschließungsantrag (18/4463) der Koalitionen CDU/CSU und SPD fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, jährlich über die Verschiebung der Fahrleistungsanteile zwischen den vier Achs-Klassen zu berichten und die Daten der Mauterhebung nur für die Verkehrslenkung zu nutzen. Nicht durchsetzen konnte sich die Linksfraktion mit einem Änderungsantrag (18/4462), Omnibusse, die nicht im Linienverkehr eingesetzt werden, in die Maut einzubeziehen. **mik II**

Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



## Nüchterner Blick auf den Klimaschutz

**AKTUELLE STUNDE** Kritik der Opposition an Regierungsplänen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes

„Wir sind gezwungen, uns ehrlich zu machen.“ Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) rief im Bundestag zum nüchternen Blick auf den Klimaschutz auf. Er hatte die Dauerdebatte soeben durch Vorschläge zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes bei Kohlekraftwerken und zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) belebt. Damit setzten sich vergangene Woche die Parlamentarier in einer von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuelle Stunde auseinander.

Ihr Vizefraktionschef Oliver Krischer stufte die Eckpunkte als „Taschenspielertrick“ ein: „Damit schlägt die Bundesregierung eine weitere Säule der Energiewende weg.“ Es sei nicht nachvollziehbar, dass „hochmoderne Gaskraftwerke stillstehen und gleichzeitig Kohlekraftwerke boomen“. Krischer beschimpfte dem Gabriel-Vorschlag, „bestenfalls homöopathische Wirkung“ zu erzielen. Klar sei: „Wir brauchen den Strukturwandel in der Braunkohle.“ Gabriel versicherte, dass es „auf gar keinen Fall einen Domino-Effekt“ bei der Braunkohle geben werde. Er habe einen „verkräftbaren Vorschlag“ gemacht. Er wolle einen Strukturwandel, aber „keine Strukturabbrüche in der Kohle“, die zu Arbeitslosigkeit führen. Bei der KWK setze sein Papier nicht nur auf den Ausbau, sondern

„erstmal auch auf die Bestandssicherung“, sagte Gabriel. Wenn es bei den propagierten Zielen zur Minderung des Schadstoffausstoßes bleibe, koste das drei Milliarden Euro pro Jahr. Das müsse den Stromkunden gesagt werden. Joachim Pfeiffer (CDU) nahm für die Union in Anspruch, die Klimaziele „effizient und bezahlbar“ erreichen zu wollen. Er

warnte vor einem „klimapolitischen Nullsummenspiel“, wenn in Deutschland Emissionen vermindert würden, um dann an anderer Stelle in Europa emittiert zu werden. Pfeiffer beschrieb das „Zieldreieck“ bei der Energiewende: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltschutz. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) sah voraus, dass es mit den Vorgaben in Gabriels

Papier „nicht so kommen“ werde. „Es war klar, dass die Belegschaften Alarm schlagen.“ Sie bemängelte, dass aus den Kohle-Vorschlägen des Ministers nicht hervorgehe, ob die „ältesten Dreckschleudern unwirtschaftlich gemacht“ werden. Zudem hätten die Betreiber der Kohlekraftwerke ein „erhebliches Erpressungspotenzial“ durch ihre Milliarden-Klagen gegen den Aumausstieg aufgebaut.

Dirk Becker (SPD) strich heraus, dass mit Gabriels KWK-Eckpunkten „die wirtschaftlichen Bedingungen für die Altanlagen erhalten“ blieben. Das gebe den Stadtwerken Sicherheit, die ja vielfach die Betreiber seien. Es mache Sinn, dass zugleich die „hocheffiziente“ KWK-Technologie weiter ausgebaut werde. Becker richtete an die Grünen den Hinweis, es sei nicht eine Debatte über den Kohleausstieg nötig, sondern über den Kohlendioxid-Ausstieg. Der Klimawandel könne nur gelingen „wenn man die Menschen mitnimmt – auch die Beschäftigten“ **Franz Ludwig Averdunk II**



Der Ausstoß von Kohlekraftwerken soll reduziert werden.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Zwist um Hinkley

**ATOM** Im Streit über bewilligte Beihilfen für neue Atommeiler in Großbritannien fordert die Opposition die Bundesregierung zur Klage auf



Stein des Anstoßes: Das englische Atomkraftwerk Hinkley Point – hier Block B – soll einen dritten Meiler bekommen. Die EU hat staatliche Subventionen für den Bau erlaubt.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com

Von Deutschland kann Österreich keine Hilfe erwarten. Jedenfalls nicht bei seiner Klage gegen die Atombeihilfe in Großbritannien. Nachdem die Europäische Kommission im vergangenen Herbst den britischen Plan gebilligt hatte, den Bau zweier neuer Reaktorblöcke in Hinkley Point massiv zu subventionieren, hatte Österreich angekündigt, diese Beihilfe vor dem Europäischen Gerichtshof auf ihre Zulässigkeit überprüfen zu lassen.

Die Oppositionsfractionen im Bundestag, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, wollen die Bundesregierung ebenfalls auf Widerstand dagegen einschöpfen. In der vergangenen Woche hat das Parlament zwei entsprechende Anträge (18/4215, 18/4316) debattiert. Sie wurden zur Beratung an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Die Bundesregierung schätzt die Klageaussichten Österreichs als wenig Erfolg versprechend ein; übrigens im Gegensatz zu Luxemburg, das Österreich beisporgern will. In der Bundestagsdebatte wies die Unions-Abgeordnete Barbara Lanzinger (CSU) auf die deutsche Regierungsposition hin. Es sei in der Europäischen Union Konsens, dass die EU-Staaten selbst über ihren Energiemix entscheiden. Sie halte zwar die Subvention auch nicht für die beste Lösung, führte Lanzinger aus. Aber die erneuerbaren Energien würden ja auch

subventioniert. „Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen“, meinte die CSU-Politikerin und deutete an, dass die weitere Ökostromförderung ebenfalls für überflüssig hält.

Die Atomkraftgegnerin Nina Scheer (SPD) mühte sich im Parlament redlich, die Regierungsposition zu rechtfertigen. Sie zog sich schließlich darauf zurück, dass die Wahl des Energiemixes eine mitgliedstaatliche Entscheidung sei. Insofern sei es problematisch, zu versuchen, die Nutzung der Atomenergie in Europa zu beenden, indem man die Entscheidung der Kommission auf dem Weg der Klage angreife. Aber, fügte sie hinzu: Es sei auch „ein mitgliedstaatliches Armutszeugnis“, weiter in die Atomenergie zu investieren und sie zu subventionieren. Hubertus Zdebel (Die Linke) forderte, die Beihilfe dahin zu befördern, wo sie hingehöre: „in den Papierkorb.“ Denn sie sei ein

»Jeder Mitgliedstaat kann frei über seinen Energiemix entscheiden.«

Barbara Lanzinger (CSU)

„Schlag gegen die Energiewende“. Die Beihilfebewilligung durch die Kommission öffne die Tür für andere Regierungen, „die den unverantwortlichen Weg in die Atomenergie gehen wollen. Polen, Tschechien und andere Länder stehen bereits in den Startlöchern“. Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) wertete die Genehmigung der Beihilfe für Hinkley Point als Hinweis darauf, dass die EU-Kommission mit der Energieunion einen weiteren Ausbau der Atomenergie in ganz Europa vorbereite. „Die Beihilfebewilligung ist der Einstieg in eine europäische Subventions-

politik für Atomenergie“, urteilte sie und warf der Bundesregierung vor, dies einfach hinzunehmen – „keine Klage, keine öffentliche Äußerung“.

Auch wenn die Regierungskoalition Großbritannien offenbar keinen Druck machen will, gibt es Gegenwind aus Deutschland. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben eine Beschwerdekampagne gegen die britische Atombeihilfe gestartet. Sebastian Sladek, Vorstand der EWS, berichtete vor zwei Wochen von mehr als 50.000 Beschwerden, die beim Unternehmen eingegangen waren. Am 27. März zählte die Kampagne bereits 66.104 Beschwerden. Die EWS, inzwischen ein bundesweit agierendes Ökostromunternehmen, geht auf eine Bürgerinitiative zurück, die Sladeks Eltern Michael und Ursula nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl gegründet hatten.

Es gibt aber auch rechtlichen Beistand für Österreich aus Deutschland. Die Großkanzlei Becker-Büttner-Held hat ein Rechtsgutachten über die britische Atombeihilfe vorgelegt. Die Anwältin Dörte Fouquet schätzt die Rechtslage in dem von der österreichischen Regierung in Auftrag gegebenen Gutachten ganz anders ein als die deutsche Bundesregierung. „Die Argumentation Großbritanniens führt zu einer Verdrehung der Altmark-Kriterien, um einen wirtschaftlich nicht tragfähigen Fördervertrag und seine Finanzierung aus staatlichen Mitteln zu rechtfertigen“, schreibt sie. Die Altmark-Kriterien sind die

»Diese Beihilfe ist ein Schlag gegen die Energiewende.«

Hubertus Zdebel (Die Linke)

Rechtsgrundlage, die es Mitgliedstaaten erlaubt, Beihilfen zu geben. Entweder muss das im gemeinsamen europäischen Interesse geschehen oder das „begünstigte Unternehmen muss mit der Erfüllung klar definierter gemeinschaftlicher Verpflichtungen betraut sein“. Das sieht Fouquet aber nicht erfüllt.

Die von London versprochene Einspeisevergütung für Atomstrom geht jedenfalls deutlich über das hinaus, was deutsche Investoren in Windräder oder Solaranlagen in Anspruch nehmen können. Über die Dauer von 35 Jahren garantiert die Regierung einen Festpreis von 12,8 Cent pro Kilowattstunde Atomstrom. Dazu kommt ein Inflationsausgleich. Zudem gewährt die britische Regierung eine großzügige Kreditbürgschaft und verpflichtet alle künftigen Regierungen dazu, Schadenersatz zu leisten, wenn doch einmal eine Mehrheit für einen

Atomaustritt zustande kommen sollte. Die Regierung in London hat auf die Klage Österreichs ziemlich dünnhäutig reagiert. Im Januar machte sie der österreichischen Botschaft in London klar, dass Wien damit die „bilateralen Beziehungen“ auf eine schwere Probe gestellt habe. London drohte mit Klagen, die „starke innenpolitische Auswirkungen“ haben würden. Die Kernenergie spaltet nicht nur Atomkerne, sondern auch Europa.

Dagmar Dehmer

Die Autorin ist Redakteurin beim Tagesspiegel in Berlin.

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Kein Stopp bei Privatisierungen

**HAUSHALT** Die Bundesregierung muss den Verkauf der bundeseigenen Liegenschaften nicht sozialverträglich gestalten. Der Bundestag lehnte am Freitag einen Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke (18/2882) und einen Antrag der Grünen (18/3044) mit der Forderung einer sozialverträglichen Privatisierung in namentlicher Abstimmung ab. Das Plenum folgte dabei einer Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/3873).

Ein neuer Antrag der Linksfraktion (18/4419) mit dem Titel „Privatisierung von Bundesliegenschaften stoppen – Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig reformieren“ wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Darin fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf, eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu etablieren, indem sie in einem ersten Schritt ein Verkaufsmoratorium für Liegenschaften dieser Bundesanstalt verhängt, solange und soweit Liegenschaften betroffen sind, die zu Wohnzwecken genutzt werden. Weiter soll die Regierung einen Gesetzentwurf zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung und des BImA-Gesetzes mit dem Ziel einbringen, eine Veräußerung von bundes-

eigenen Grundstücken abweichend vom Vollwert-beziehungsweise Höchstpreisverfahren für die Fälle zu ermöglichen, in denen Wohnungsbestände und für Wohnungsbau oder Gemeinwohlzwecke geeignete Liegenschaften betroffen sind. Derartige Veräußerungen sollen laut Antrag künftig nur mit Einwilligung des Bundestages erfolgen dürfen, wobei der Verkaufswert höchstens das Zwölfwache der ortsüblichen erzielbaren jährlichen Nettomiete umfassen darf.

Der Wohnungsmarkt ist seit vielen Jahren vielerorts angespannt, heißt es zur Begründung. Insbesondere in den Großstädten würden die Mieten kräftig anziehen. Bezahlbare Wohnraum für Menschen mit kleinem Einkommen sei knapp. Deshalb solle wenigstens der Bund sich nicht mit seinen Immobilien an der Mietpreistreiberie beteiligen, sondern im Rahmen seiner Möglichkeiten dämpfend eingreifen. Immerhin verfüge die BImA über 26.000 Objekte, 500.000 Hektar Grundstücksfläche sowie bundesweit 39.000 Wohnungen. Während die Bundesländer und Kommunen vielerorts händelnd Grundstücke für soziale Wohnzwecke suchten, verkaufe der Bund grundsätzlich zu Höchstpreisen an jeden Käufer, der das beste Angebot vorlege.

mk II

### Schöner Bauen in Deutschland

**BAU** „Es geht nicht nur um die Quantität beim Bau neuer Wohnungen, sondern auch um die Qualität.“ Das betonte Reiner Nagel, der Vorstandsvorsitzende der Bundesstiftung Baukultur, in der vergangenen Woche im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Anlass des öffentlichen Fachgesprächs war der Baukulturbericht 2014/2015, den die 2006 errichtete Stiftung Bundestag und Bundesregierung Ende 2014 vorgelegt hatte.

Ein Viertel aller Bundesbürger sei nicht zufrieden mit der Gestaltung von Straßen, Plätzen und Gebäuden, erklärte Nagel, der sich dabei auf Befragungen von Kommunen berief. Ästhetik und Gestaltung müssten daher in Zukunft viel stärker berücksichtigt werden, sei es beim Bau neuer Wohnungen oder der Sanierung von Altbeständen. Dies gelte auch für die öffentliche Infrastruktur, also den Bau von Straßen, Lärmschutzwänden oder Brücken.

„Im öffentlichen Raum kann man mit wenig Aufwand großen Nutzen erzielen“, urteilte Nagel. So sei es wichtig, für Grünflächen in den zunehmend verdichteten Städten zu sorgen. Selbst ein „Westentaschenpark“ könne eine Wohngedung deutlich aufwerten. Bezugnehmend auf die 30 Handlungsempfehlungen im

Baukulturbericht forderte der Stiftungsvorsitzende die Kommunen auf, die Bürger frühzeitig und deutlich stärker als bisher in die Planung einzubeziehen. Außerdem sollte die öffentliche Hand als Bauherr eine Vorbildfunktion bei baukulturellen Standards wahrnehmen.

Heidrun Blumh (Die Linke) und Christian Kühn (Bündnis 90/Die Grünen) forderten die Bundesregierung auf, die Handlungsempfehlungen ernst zu nehmen und umzusetzen. „Wir müssen erreichen, dass wir nicht nur für die Menschen bauen, sondern auch mit ihnen“, betonte Blumh. Kühn kritisierte, dass die Bundesregierung bisher keine Stellungnahme zu dem Bericht abgegeben habe. Dieser sollte aber „nicht in den Bücherregalen der Abgeordneten und Ministerien verschwinden“.

Volkmar Vogel (CDU) bekräftigte die Forderungen Nagels: Ästhetische Aspekte müssten mit der technischen Umsetzung in Einklang stehen, um die Akzeptanz von Bauten bei der Bevölkerung zu stärken. Ulrich Hampel (SPD) lobte, dass die Stiftung 2015 mehr Mittel, nämlich 1,4 Millionen statt bisher 1,3 Millionen Euro, zur Verfügung habe. Neben den Bundesmitteln müsse langfristig aber auch eine Finanzierung durch Dritte sichergestellt werden.

juh II

### Mehr Schutz für die Sparrer

**FINANZEN** Harmonie fast pur – und der fraktionsübergreifende Befund, dass die Absicherung der Sparrer in Deutschland noch ausgeprägter geworden ist. Dies kennzeichnete vergangene Woche im Bundestag die abschließende Debatte über die EU-Richtlinie zu Einlagensicherungssystemen. Der Bundestag votierte für das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz (18/3786, 18/3992). Die Fraktion Die Linke enthielt sich der Stimme, die übrigen Fraktionen stimmten zu.

Künftig müssen auch die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem angehören. Doch das entspricht schon weitgehend der bisherigen Praxis, wie bei der Debatte im Parlament deutlich wurde.

„Es geht um Verbraucherschutz, die Bürger wissen, dass ihre Einlagen sicher sind“, sagte Alexander Radwan (CSU). Er zeigte sich dankbar, dass „die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten gelungen ist“ – mit Blick eben auf die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Für Axel Troost (Die Linke) geht das Gesetz in die richtige Richtung, sei aber „kein großer Wurf“. Manfred Zöllmer (SPD) sprach von einer „neuen Stufe der Finanzmarktstabil-

tät“. Die Wahrscheinlichkeit einer Finanzkrise sei nun „sehr viel geringer“ geworden. Gerhard Schick (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, die Einlagensicherungssysteme dürften sich nicht gegenseitig Kredite geben. Durch den Verzicht auf eine solche Vernetzung bleibe eine „gute EU-Chance ungenutzt“.

Sparrer werden nun im Schadensfall innerhalb von sieben Tagen ausgezahlt. Bisher betrug diese Frist 20 Tage. Außerdem soll für verbesserte Informationen gesorgt werden. Die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die bisher über eigene Sicherungssysteme verfügten, waren von der Zugehörigkeit zu einer gesetzlichen Entschädigungsmöglichkeit befreit. Die bisherigen Vorsorgetöpfe können allerdings als Einlagensicherungssystem amtlich anerkannt werden. Der Anlegerschutz umfasst 100.000 Euro pro Institut, geht in einigen Fällen aber über diese Grenze hinaus. So sind Gelder für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Einzahlung über einen Betrag in Höhe von 500.000 Euro geschützt, soweit die Einzahlung mit bestimmten Lebensereignissen zusammenhängt. Genannt werden etwa der Verkauf einer Privatimmobilie oder die Auszahlung einer Lebensversicherung.

fla II

## Streit um Waldbewirtschaftung

**LANDWIRTSCHAFT** Grünen-Antrag auf Neuregelung abgelehnt. Koalitionsfraktionen sehen Gefahren durch Monopole bei Bundesländern

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben in namentlicher Abstimmung mit 448 Nein-Stimmen bei 115 Ja-Stimmen die Forderung nach einer schnellen Neuregelung der kooperativen Waldbewirtschaftung abgelehnt. „Wir brauchen keine Nachhilfe der Opposition“, sagte Kordula Kovac (CDU) am vergangenen Donnerstag in der Debatte über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Bundeswaldgesetzes (18/2876). Darin hatte die Fraktion gefordert, dass den öffentlichen Forstbetrieben der Bundesländer die Vermarktung von Nadelstammholz aus den Staatsforsten und den Privat- und Kommunalwäldern gestattet bleibt. Die Grünen reagierten damit auf einen Beschlusstwurf vom 17. Dezember 2013 des Bundeskartellamts zum Verwaltungsverfahren zur Rundholzvermarktung gegen das Land Baden-Württemberg, der nach

Ansicht der Fraktion die Auflösung der etablierten Strukturen zur Folge hat. Das Kartellamt monierte, die marktbeherrschende Stellung des landeseigenen Landesforstbetriebes würde zur Verzerrung des Wettbewerbs führen.

Dies wies Kordula Kovac nicht gänzlich von der Hand. Sie hielt aber entgegen, dass es in den Bundesländern sehr unterschiedliche Formen der Bewirtschaftung gebe. „Gerade für die kleinen Waldbesitzer ist eine solche Unterstützung Gold wert“, weil diese sich eine professionelle Bewirtschaftung nicht leisten könnten. Es müsse nicht unbedingt verändert werden, was sich über Jahre bewährt habe. Allerdings wolle die Union auch nicht über die Bedenken des Bundeskartellamtes hinweggehen: „Wettbewerb in der Forstwirtschaft soll möglich sein, aber nicht um jeden Preis“. Kovac kündigte an, dass Bundeslandwirtschafts-

minister Christian Schmidt (CSU) Vorschläge auf den Weg bringen werde, um das bestehende System zu erhalten.

**Kritik** Als „Schweigen im Walde“ klagte Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) die Haltung der Bundesregierung an. „Die Zeit drängt, bevor funktionierende Strukturen zu Bruch gehen“, warnte er. Seit Mitte Oktober liege der Grünen-Antrag vor, „aber sie haben sich nicht geregt“. Ebner betonte, dass die Holzvermarktung erst am Wegesrand anfangen. Die vorgelagerten Dienstleistungen der staatlichen Forstämter würden indes Waldbesitzern, Unternehmen und der Natur nützen, weil diese im Sinne der Nachhaltigkeit wirtschafteten. Kritisch bewertete Petra Crone (SPD) die Haltung der Grünen. Die Fraktion würde sonst immer die Regulierung von Monopolen fordern. Ganze 60 Prozent des Rund-

holzaufkommens vertreibe die Landesforstgesellschaft Baden-Württemberg. Das sei ein beachtliches Monopol, wenn der Wert für eine den Markt beherrschende Schwelle bei 40 Prozent liege. „Wer Holz verkauft, ist Marktteilnehmer und kann keine Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen“. Für die SPD erklärte Crone, dass die Fraktion einer Änderung des Bundeswaldgesetzes nicht ablehnend gegenüberstehe, wenn es fachlich gut begründet sei. Die Linke will, dass der Waldbesitzer die der Gesellschaft gestreut bleibt. „Deshalb wird eine professionelle Unterstützung gebraucht“, sagte Kirsten Tackmann. Die Pflege und die Bewirtschaftung des Waldes als ein Teil der Daseinsvorsorge würden zudem über die pure Holznutzung hinausreichen. „Es geht bei der forstlichen Betreuung um die vielen Schritte, die vor der Vermarktung entscheidend sind“, sagte sie.



Waldbauern stehen für nachhaltiges Wirtschaften.

© picture-alliance/dpa

Deshalb stimme die Linksfraktion dem Antrag der Grünen zu, „denn es geht nicht nur um die Gesellschaft, sondern auch um die Forstangestellten und die Besitzer, die Rechtssicherheit brauchen“.

Jan Eisel II

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**AUFGEKEHRT**

**Früher war alles besser**

Ich bin noch keine 60 und ich bin auch nicht nah dran. Und erst dann möchte ich erzählen, was früher einmal war“, sangen „Die Toten Hosen“. Hugo Egon Balder, gern als Urgestein des deutschen Unterhaltungsfernsehens tituliert, ist inzwischen 65 Jahre alt und redet sehr gerne darüber, was früher einmal war. „Früher“, so verkündete er in einem Interview mit dem „Stern“, „hatten wir Sex, Drugs and Rock'n'Roll. Heute haben wir Raucherbot, Frauenquote, Laktoseintoleranz.“ Ein neuer Puritanismus greife um sich, kritisierte er. Und weil früher eben alles besser war, kehrt Balder mit seiner neuen Talkshow „Der Klügere kippt nach“ gleich zu den Wurzeln der Fernsehgeschichte zurück. Live aus einer Kneipe auf Sankt Pauli will er sich bei Bier und Schnaps mit seinen Gästen entspannt – und im Verlauf der Sendung vielleicht auch enthemmt – dem launigen Tresengespräch hingeben.

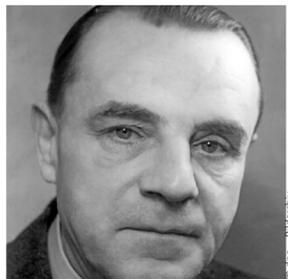
War da was? Genau! Schon Anfang der 1950er Jahre köpft Werner Höfer Sonntag für Sonntag in seinem „Internationalen Frühschoppen“ zusammen mit Journalisten aus aller Welt solche Unmengen an Weinflaschen, als fürchteten sie eine kommende Prohibition. Zu allem Überfluss qualmte die illustre Runde das Fernsehstudio dermaßen mit Zigaretten- und Pfeifenrauch zu, dass man sich allein beim Zuschauen ein Lungenkarzinom hätte einhandeln können.

Bleibt abzuwarten ob Balder genügend trinkfeste Gäste findet. Die Generation der Rock'n'Roller ist mit Joschka Fischer ja angeblich aus dem Rampenlicht getreten und Rainer Brüderle wird es sich zweimal überlegen, ob er sich vor laufender Kamera noch einmal zu einem Gespräch über Sex and Drugs an der Bar hinreißen lässt. *Alexander Weinlein*

**VOR 65 JAHREN...**

**Abgeordnete geben sich Geld**

**31.3.1950: Diätengesetz beschlossen**  
Immer wenn die Diäten der Bundestagsabgeordneten erhöht werden, gibt es ein Rauschen im Blätterwald. Nicht selten schwankt dann die Stimmung zwischen Unverständnis und Empörung. Zuletzt 2014, als Bundespräsident Joachim Gauck zögerte, das entsprechende Gesetz zu unterzeichnen. Damals, im Feb-



Erich Köhler (CDU) war Bundestagspräsident, als die Diäten 1950 eingeführt wurden.

ruar 2014, hatten die Abgeordneten eine Diätenerhöhung in zwei Schritten um rund zehn Prozent beschlossen. Seit dem 1. Januar 2015 beträgt die Abgeordnetenentschädigung 9.082 Euro. 1950 waren die Zahlen natürlich noch deutlich kleiner. Schlecht verdienten die Parlamentarier dennoch nicht. Und auch Empörung gab es damals schon, als der Bundestag am 31. März erstmals ein Diätengesetz beschloss.

Laut Grundgesetz haben die Abgeordneten „Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung“. Und die sah im Jahr 1950 so aus: Die Aufwandsentschädigung betrug 600 D-Mark. Diese war damals noch steuerfrei. Außerdem wurde ein Tagegeld für jeden Sitzungstag von 30 D-Mark beschlossen und monatlich ein „allgemeiner Kostenersatz“ von 100 D-Mark gezahlt. „Abgeordneter zu sein, ist nun endgültig zu einem lohnenden Beruf geworden“, kommentierte „Der Spiegel“ und rechnete vor, dass die Parlamentarier unter Berücksichtigungen weiterer Zulagen und Pauschalen sogar 1.900 D-Mark beziehen konnten. Zum Vergleich: Ihre englischen Amtskollegen bekamen 1.000 D-Mark, ein Arbeitnehmer in der Bundesrepublik verdiente durchschnittlich 243 D-Mark im Monat. *Benjamin Stahl*



**ORTSTERMIN: BEGRÜßUNG DER IP-STIPENDIATEN**



Eindrücke von der Begrüßung der Stipendiaten: Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Bild rechts unten, Mitte) hieß die jungen Menschen willkommen. © Deutscher Bundestag/Anke Jacob

**»Hoffnung auf Verständigung nicht aufgeben«**

Sie sind wieder da. Seit Anfang März bevölkern mehr als 100 junge Leute zusätzlich die Gebäude des Bundestages. Es sind die Teilnehmer am Programm des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS). Vergangenen Donnerstag wurden die 116 Frauen und Männer – keiner älter als 30 Jahre – aus 35 Ländern in der Technischen Universität Berlin durch deren Präsidenten Christian Thomsen und die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau (Die Linke) offiziell begrüßt. Bis Ende Juli werden sie in den Bundestagsbüros ihrer „Paten-Abgeordneten“ arbeiten, die Wahlkreise besuchen und an Veranstaltungen der politischen Stiftungen teilnehmen.

„Willkommen in meiner Heimatstadt Berlin“, sagte die Bundestagsvizepräsidentin zu Beginn ihrer Ansprache und zeigte sich erfreut, dass das IPS nun schon zum 29. Mal stattfindet. Zugleich erinnerte sie an die Anfänge 1986, als sich elf junge Amerikaner im Deutschen Bundestag in Bonn eingefunden hätten. „Mehr als 2.200 jungen Menschen haben seitdem das Programm wahrgenommen“, sagte Pau.

In diesem Jahr kann das IPS einen Rekord vermelden: 35 Länder sind dabei – so viele wie noch nie. Neu sind Griechenland und die Türkei, aber auch Länder aus dem arabischen Raum, wie Ägypten, Libanon, Marokko, Tunesien und die Palästinensischen Gebiete. Höhepunkt der Eröffnungsveranstaltung war schließlich die Vorstellung der Heimatländer durch die Stipendiaten selbst – moderiert vom Unionsabgeordneten Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU), dem zuständigen Berichterstatter im Bundestag. Dabei wurde Tanz, Gesang, Schauspiel und viel gute Laune geboten. Aber auch ein Konflikt offensichtlich.

Gleich zu Beginn kam das erste Mal Gänsehaut auf, als die Teilnehmer aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn das Ende des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren thematisierten und gemeinsam zu „Wind of Change“ von den Scorpions schunkelten – leuchtende Feuerzeuge inklusive.

Die besten Tänzer fanden sich im weiteren Verlauf der Veranstaltung unter den arabischen Stipendiaten und de-

nen aus Aserbaidschan und Kasachstan. Aus deutscher Sicht erstaunlich: Es waren nicht unbedingt die Frauen, sondern eher die Männer, die besonders elegant die Hüften schwangen.

Die Supermächte Russland und USA fanden sich zu einer Super-Performance zusammen. Schauspielerei durchaus ansprechend zeigten sie, wie in den Nachrichtensendungen beider Länder Scharfmacher immer wieder Kleinigkeiten zu riesigen Meinungsverschiedenheiten auf der Bühne der TU nicht zueinander, sehr zum Ärger der israelischen Stipendiaten. Moderator Schulte-Drüggelte forderte jedoch, die Hoffnung auf Verständigung nicht aufzugeben. „Vielleicht“, so der Unionsabgeordnete, „sieht es ja am Länderabend in vier Monaten anders aus.“ *Götz Hausding*

**PERSONALIA**

**>Paul Neumann † Bundestagsabgeordneter 1965-1983, SPD**

Am 11. März starb Paul Neumann im Alter von 85 Jahren. Der kaufmännische Angestellte aus Stelle/Kreis Harburg trat 1948 in die SPD ein und stand von 1971 bis 1977 an der Spitze des Unterbezirks Lüneburg-Harburg. Neumann, 22 Jahre Ratsherr in Stelle, amtierte dort von 1962 bis 1965 als Gemeindedirektor und von 1968 bis 1971 sowie von 1986 bis 1996 als Bürgermeister. Von 1958 bis 1971 gehörte er dem Kreistag in Harburg an. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion von 1975 bis 1983 engagierte sich im Bundestag in allen fünf Wahlperioden im Verteilungsausschuss.

**>Rudolf Sprung † Bundestagsabgeordneter 1969-1994, CDU**

Rudolf Sprung starb am 18. März im Alter von 89 Jahren. Der promovierte Volkswirt, leitende Mitarbeiter im Bundesfinanzministerium sowie Vizedirektor der Europäischen Investitionsbank in Brüssel, wurde 1960 CDU-Mitglied. Von 1971 bis 1991 war er Vorsitzender des Kreisverbands Goslar und von 1988 bis 1992 Landesvorsitzender seiner Partei in Braunschweig. Von 1983 bis 1987 amtierte Sprung als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft. Im Bundestag arbeitete er vorwiegend im Finanz- sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

**>Marga Elser Bundestagsabgeordnete 1998-2005, SPD**

Am 30. März wird Marga Elser 70 Jahre alt. Die Betriebswirtin aus Lorch im Ostalbkreis schloss sich 1972 der SPD an, war von 1980 bis 1988 Ortsvereinsvorsitzende und stand von 1988 bis 2001 an der Spitze des SPD-Kreisvorstands Ostalb. Von 1980 bis 1998 war sie Mitglied des Lorcher Stadtrats und von 1990 bis 1998 Kreisabgeordnete. Im Bundestag arbeitete Elser im Gesundheitsausschuss sowie im Innenausschuss mit.

**>Heinrich Fink Bundestagsabgeordneter 1998-2002, PDS**

Heinrich Fink vollendet am 31. März sein 80. Lebensjahr. Der protestantische Geistliche, Universitätsprofessor und Rektor der Berliner Humboldt-Universität von 1990 bis 1992, wurde über die PDS-Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Deutschen Bundestag gewählt. Fink gehörte dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung an und war kultur- und wissenschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

**>Erwin Marschewski Bundestagsabgeordneter 1983-2005, CDU**

Am 31. März begeht Erwin Marschewski seinen 75. Geburtstag. Der Jurist aus Recklinghausen schloss sich 1965 der CDU an. Er war stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDU Ruhrgebiet und Mitglied im CDU-Präsidium Nordrhein-Westfalen. Von 1969 bis 1999 gehörte er dem Rat seiner Heimatstadt und von 1975 bis 1983 der Landtagsversammlung Westfalen-Lippe an. Außerdem war er Kreisabgeordneter. Marschewski, von 1991 bis 2002 innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion und seit 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge, war Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Fraktion und von 2009 bis 2013 stellvertretender Vorsitzender der G10-Kommission. Im Bundestag engagierte er sich vorwiegend im Innen- sowie im Rechtsausschuss.

**>Heinz Wiese Bundestagsabgeordneter 1998-2002, seit 2013, CDU**

Heinz Wiese wird am 3. April 70 Jahre alt. Der aus Ehingens stammende Lehrer trat 1967 der CDU bei, war von 1971 bis 1981 Mitglied des Deutschlandrats der Jungen Union und ist seit 1986 Ortsvorsitzender der CDU Ehingens. Dazu amtiert er seit 1973 als Beisitzer im Kreis- und Bezirksvorstand. Seit 2005 ist Wiese außerdem Beisitzer im CDA-Bundesvorstand. Seit 1971 gehört er dem Stadtrat von Ehingens und seit 1978 auch dem Kreistag des Alb-Donau-Kreises an. Von 1994 bis 2009 amtierte er als ehrenamtlicher stellvertretender Oberbürgermeister Ehingens. In der 18. Legislaturperiode ist Wiese Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**>Claus Grobecker Bundestagsabgeordneter 1970-1983, SPD**

Am 5. April vollendet Claus Grobecker sein 80. Lebensjahr. Der aus Bremen stammende Buchdrucker trat 1960 der SPD bei, gehörte von 1972 bis 1985 dem Landesvorstand seiner Partei an und war von 1967 bis 1970 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Grobecker, stets Direktkandidat des Wahlkreises Bremen West, arbeitete im Bundestag in allen Wahlperioden im Haushaltsausschuss mit, an dessen Spitze er 1981/82 stand. Von April bis Oktober 1982 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Von 1983 bis 1985 war er Bremer Senator für Arbeit sowie von 1986 bis 1991 Finanzsenator. *bmh*

**LESERPOST**

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. April.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist an der Zeit, einmal danke zu sagen. Für die Treue, mit der viele von Ihnen nun schon seit Jahren, ja sogar Jahrzehnten die Redaktion von „Das Parlament“ begleiten.

Dank auch für die konstruktive Kritik, die uns regelmäßig in Form von Leserbriefen erreicht. Wir versuchen, damit sehr gewissenhaft umzugehen und ihre Anregungen im Rahmen der Möglichkeiten tatsächlich umzusetzen.

Deshalb gilt weiterhin die Bitte: Schreiben Sie uns, was ihnen gefällt,

aber natürlich auch, was wir an der Zeitung besser machen können.

Und wenn Sie sich über einen Politiker, eine Partei oder ein Gesetzesvorhaben geärgert haben, dann dürfen Sie uns das auch mitteilen. Streit, Debatten und Diskussionen gehören zu einer lebendigen, lebhaften Demokratie dazu. Das wollen wir unterstützen und Ihnen an dieser Stelle Platz einräumen.

Für diese und für kommende Ausgaben wünschen wir Ihnen weiterhin viel Spaß beim Lesen!

Ihre Redaktion

**Digital Natives im Bundestag**

**PARLAMENT ERLEBEN** Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. zum zwölften Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein. Eine Woche lang – vom 7. bis 13. Juni 2015 – werden die Jugendlichen hinter die Kulissen parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadtjournalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Zeitung.

„Digital Na(t)ives – Eine digitale Generation erobert die Gesellschaft“ lautet der Titel der Veranstaltung in diesem Jahr. Die Teilnehmer werden sich mit Chancen, Herausforderungen und Risiken einer zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen auseinandersetzen und die Antworten der Politik aus Sicht der jungen Generation hinterfragen.

Bewerben können sich junge Medienmacher aus ganz Deutschland im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Jugendmedienworkshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich auf der Homepage der Jugendpresse auf [www.jugendpresse.de/](http://www.jugendpresse.de/) April 2015. *PA*

**SEITENBLICKE**



**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 20. – 24.4.2015

Nachtragshaushalt 2015 (Do)  
Verfassungsschutz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundesaußenminister

## Die Nachbarschaftspolitik der EU richtet sich gegen niemanden



Frank-Walter Steinmeier  
Bundesminister (\*1956)

Die Europäische Union steht jetzt vor dem Abschluss dreier Assoziierungsabkommen mit Ländern in ihrer östlichen Nachbarschaft: mit Georgien, mit der Republik Moldau und mit der Ukraine. Die Abkommen sind wichtig. Sie sind wichtig für unsere Nachbarn, aber nicht weniger wichtig für Europa und unser Verhältnis zur europäischen Nachbarschaft.

Wohl kaum ein Abkommen der EU hat so viel internationale Aufmerksamkeit erfahren wie das zwischen der EU und der Ukraine. Bei unserer heutigen Debatte im Deutschen Bundestag der Bundestagspräsident hat gerade darauf hingewiesen ist eine Delegation der ukrainischen Rada zu Gast. Verehrter Herr Parlamentspräsident, lieber Volodymyr Groysman, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem ukrainischen Parlament dasselbe will ich für die anwesenden Botschafter der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau sagen, seien Sie uns alle herzlich willkommen!

Die Aufmerksamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, von der ich sprach, rührt natürlich zuallererst daher, dass sich große Hoffnungen auf diese Abkommen richten, über die wir jetzt entscheiden: die Hoffnungen der Menschen in der Ukraine zum Beispiel auf Wachstum und Arbeit nach langer Stagnation, auf eine moderne und transparente Demokratie nach Korruption und nach Misswirtschaft, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Es hat lange gedauert, bis die Verhandlungen

überhaupt eröffnet wurden. Dann wurde sechs Jahre lang zwischen der Europäischen Union und der ukrainischen Führung verhandelt, dann die Kehrtwende unter Janukowytsch wir erinnern uns alle, und jetzt hat die ukrainische Regierung durch ihre Zustimmung zum Assoziierungsabkommen besiegelt, dass sie gemeinsam mit der Europäischen Union an dieser besseren Zukunft arbeiten will. Nun ist es an den Staaten der Europäischen Union, ihre Seite des Versprechens zu bekräftigen. Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, werbe ich heute um Ihre möglichst breite Zustimmung in diesem Deutschen Bundestag.

Die Aufmerksamkeit für dieses Abkommen ist aber natürlich auch deshalb so groß, weil es im Zusammenhang steht mit einer dramatischen politischen Krise, die seit über einem Jahr nicht nur die Ukraine überschattet, sondern die Friedensordnung, wenn ich das so sagen darf, in ganz Europa. Gerade jetzt, wo wir vor dem Abschluss dieser drei Abkommen stehen, gilt es, deutlich zu sagen: Nicht die Intensivierung einer Partnerschaft ist die Ursache für die Zuspitzung des Konflikts, sondern Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine. Nicht der Weg der Kooperation hat uns in die Krise geführt, sondern der Weg der Konfrontation. Und weitere Konfrontation führt uns nicht hinaus, sondern weiter hinein in diesen Konflikt, und deshalb müssen wir sie vermeiden.

Deshalb sage ich immer wieder, auch gerne heute erneut und auch gerade an unsere russischen Nachbarn: Die Nachbarschaftspolitik der EU ist gegen niemanden gerichtet.

Wir wollen eine gute Zusammenarbeit nicht nur mit unseren Nachbarn, sondern auch mit den Nachbarn unserer Nachbarn. Alle 28 europäischen Außenminister haben das kürzlich in Riga deutlich zum Ausdruck gebracht. Vor allem ist es unsere gemeinsame Überzeugung hier in Deutschland, in der Regierung und sicherlich

auch im Parlament. Auch deshalb sind wir so sehr um eine politische und nicht um eine militärische Lösung des Ukraine-Konflikts bemüht. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sie gelingt.

Eigentlich haben wir seit über 40 Jahren eine Grundlage, die es uns ermöglicht, die Vorgänge zu beurteilen. Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung darf ich zitieren

und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit ... ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen ... So heißt es wortwörtlich in der KSZE-Schlussakte von 1975, die mit der Zustimmung Russlands zustande gekommen ist. Deshalb sage ich: Nur auf dieser gemeinsamen Basis können wir den akuten Konflikt entschärfen, entlang der konkreten Vereinbarung des Minsker Abkommens. Nur so kann die Basis für eine neue Zukunft unserer Beziehungen auch mit Russland geschaffen werden. Am Bemühen unsererseits wird und darf es auch nach Enttäuschungen und nach Rückschlägen nicht fehlen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber zurück zu den Assoziierungsabkommen. Diese drei Assoziierungsabkommen stellen die Beziehungen der Europäischen Union zu Georgien, Moldau und der Ukraine wirklich auf eine neue Stufe. Sie werden zu einem völlig neuen Grad an politischer Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Verflechtung führen. Aber nicht nur das; die Abkommen bringen für unsere drei Partnerländer auch große Aufgaben mit sich, an deren Erfüllung in den kommenden Jahren zu arbeiten sein wird. Das wird mühsam, keine Frage. Der Prozess der Assoziierung verlangt von der Ukraine, von Georgien und von der Republik Moldau tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen. Aber ich weiß eben auch: Die Hoffnungen, die die Menschen in diesen Prozess legen – diese Hoffnungen setzen auch Kräfte frei. Das können wir jetzt schon in einigen der Län-

der sehen.

Die Republik Moldau hat im letzten Jahr den Visa-Liberalisierungsprozess geradezu in Rekordzeit abgeschlossen.

Georgien hat Justiz, Verwaltung und Grenzmanagement in bemerkenswerter Weise modernisiert.

Und die Ukraine ist trotz des Konfliktes im eigenen Land zu Reformen bereit, sei es im Energiebereich oder bei der Korruptionsbekämpfung. Präsident Groysman hat mir gegenüber, aber, wie ich vermute, auch gestern im Auswärtigen Ausschuss den Fahrplan für die Reformen noch einmal erläutert. Wir wollen nicht vergessen: Schon Ende 2014 wurde ein erstes Reformgesetzpaket verabschiedet.

Wir haben Interesse an dem Weg der Reformen – als Europäische Union und als deutsche Bundesregierung. Vor allen Dingen ist das allerdings im Interesse der drei Länder selbst. Deshalb wünsche ich Ihnen – das sage ich den drei Botschaftern und den anwesenden Parlamentsvertretern –, dass Ihnen die notwendige politische Unterstützung in Ihren Ländern nicht versagt bleibt. Denn eines bleibt am Ende auch wahr: Wir können diesen Reformprozess vonseiten der deutschen Regierung und der Europäischen Union unterstützen und werden das auch tun, aber getrieben werden muss er vom politischen Willen in den drei Ländern selbst.

Wenn der Weg gelingt dann können diese drei Assoziierungsabkommen auch über die Partnerländer hinaus Wirkung entfalten. Auch unseren drei anderen östlichen Partnern Armenien, Aserbaidschan und Belarus, die keine Assoziierung mit der EU anstreben, wollen wir mit individuellen Angeboten gerecht werden. Auch in diesem Fall will ich betonen: Die Hand, die wir Armenien, Aserbaidschan und Belarus reichen, ist zugleich auch in Richtung Russland ausgestreckt. Denn die Europäische Union will nicht nur starke Einzelbindungen; wir wollen eine gute, stabile Nachbarschaft in und mit der gesamten Region. Das wird auch der Leitgedanke auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Riga sein. Größtmögliche Stabilität und Kooperation in einem möglichst großen Raum –

darin ist uns allen gelegen: der EU, unseren östlichen Nachbarn und hoffentlich Russland auch.

Ich bin jedenfalls überzeugt: Die Aufgaben, die vor unseren Nachbarn liegen, lassen sich ohnehin nicht lösen, wenn sie vor die Wahl zwischen Ost und West gestellt werden. Auch der Wiederaufbau der Ukraine wird nicht auf einem Bein gelingen – so dringend notwendig die Unterstützung des Westens auch sein wird.

Eine bessere Zukunft für unsere Nachbarn liegt nicht im Entweder-oder, sondern im Sowohl-als-auch. Deshalb unterstützen wir als deutsche Bundesregierung nachdrücklich die trilateralen Gespräche zwischen der

Ukraine, Russland und der EU. Wenn nach Auslaufen des augenblicklich noch geltenden Moratoriums zum Jahresende die Streitigkeiten über Handelsbeziehungen und Vereinbarkeit von Handelsregelungen nicht erneut aufbrechen sollen, dann rate ich – auch der Europäischen Kommission – dringend dazu, den Trilog endlich fortzusetzen und die Gespräche nicht weiter zu vertragen.

Ich komme zum Ende. Die Lage ist ernst. Europas Friedensordnung ist ins Wanken geraten. Jetzt geht es um Verantwortung, die wir, die Staaten der EU, unsere Nachbarn und auch Russland tragen. Die drei Abkommen, die vor uns liegen, können einen Beitrag zu Europas Friedensordnung sein. In dieser Verantwortung wollen wir nicht nur hier über sie abstimmen und sie unterzeichnen, sondern vor allen Dingen wollen und müssen wir sie in den kommenden Jahren mit Leben erfüllen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Die Lage ist ernst.  
Europas Friedensordnung ist ins Wanken geraten.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Andrej Hunko, DIE LINKE:

## Es ist ein radikal neoliberales Abkommen



Andrej Hunko (\*1963)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der renommierte US-amerikanische Politologe John Mearsheimer hat in seinem vielbeachteten Aufsatz „Putin reagiert“ die Verantwortung für den Konflikt in der Ukraine vor allen Dingen dem Westen zugeschoben. Er benennt zwei zentrale Gründe dafür: erstens die NATO-Osterweiterung, zweitens die EU-Osterweiterung. Diese As-

soziierungsabkommen, die wir heute diskutieren, sind Teil dieser Osterweiterung.

Herr Steinmeier, Sie sagen, es dürfe kein Entweder-oder geben. Die Geschichte des Jahres 2014 hat aber gezeigt, dass dieses EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine als Entweder-oder angelegt war. So hat es auch Kommissionspräsident Barroso gesagt. Wir lehnen das Entweder-oder ab, und wir lehnen deshalb auch dieses EU-Assoziierungsabkommen ab.

Die drei Assoziierungsabkommen haben zwei Dimensionen: einmal das ist der größere Teil eine wirtschaftspolitische Dimension, aber auch eine sicherheitspolitische, eine militärische Dimension. In allen Abkommen ist die tiefere Integration dieser Staaten in das europäische Sicherheitssystem angelegt. Auch das ist ein Problem, und das ist eine der Sorgen, die auch Russland in diesem Fall hatte.

Aber die wichtigere und auch größere Dimension ist die wirtschaftspolitische Dimension. Es geht nicht nur um Ost gegen West, EU oder Russland, sondern es geht auch darum, dass diese Abkommen, wirtschaftspolitisch betrachtet, radikal neoliberale Abkommen sind. Es gibt dort ganz viele Bekenntnisse zur freien Marktwirtschaft, etwa in der Präambel. Aber vergeblich sucht man in diesen Abkommen nach Bekenntnissen etwa zur sozialen Marktwirtschaft oder nach einem Bezug auf das europäische Sozialstaatsmodell, das ja auch ein Kern europäischer Werte ist. Wir lehnen diese radikal neoliberalen Abkommen ab.

Im Kontext der Installierung dieser Abkommen, zum Beispiel in der Ukraine, sind ja schon viele Reformen eingefordert worden, zum Beispiel die drastische Erhöhung der Gas- und Strompreise oder der Wasserpreise für Privathaushalte. Der Tagesspiegel bezif-

fert die durchschnittliche Erhöhung der Kosten für einen Zweipersonenhaushalt in der Ukraine, die zum 1. April 2015 in Kraft treten soll, auf 88 Prozent. Am 1. April dieses Jahr! Die WirtschaftsWoche schreibt dazu ich zitiere:

Den Ukrainern bleibt nicht mehr viel zum Leben. Während es der Bevölkerung immer schlechter geht, können Oligarchen wie Staatspräsident Petro Poroschenko nicht klagen. Die Gewinne seiner Schokoladenfabriken haben sich verachtacht.

Auch seinen Freunden und Rivalen geht es nicht schlecht. Die Oligarchen kontrollieren das Bankensystem, die Stromversorgung und die Ölgesellschaften des Landes.

Wir haben vor wenigen Tagen gesehen, dass auch einzelne Oligarchen wie Kolomojskyj Privatarmeen haben, die sie einsetzen. Das darf nicht sein. Auch im Zuge der Diskussion um das Assoziierungsabkommen müssen diese Privatarmeen aufgelöst werden, ebenso wie die freiwilligen Bataillone, die ja auch zum Teil von Kolomojskyj finanziert werden.

Erinnern wir uns einmal an die dramatische Entwicklung in der Ukraine: das Assoziierungsabkommen, die blutigen Unruhen auf dem Maidan, der verfassungswidrige Umsturz, die Gegenbewegung, die Sezession der Krim, der Krieg im Osten, der Versuch, das militärisch zu lösen, und natürlich die Reaktion Russlands – ich will das ja nicht verschweigen. All das, glaube ich, sollte uns einmal innehalten und überlegen lassen, ob wir nicht eine andere Ostpolitik anvisieren sollen,

eine Ostpolitik, die nicht auf Konfrontation mit Russland setzt, und die vor allen Dingen wirtschaftspolitisch auf Entwicklung, auf Kooperation und nicht auf neoliberale Abkommen setzt. Ich glaube, eine solche Ostpolitik wäre dringend notwendig. Ich fordere Sie auf, eine solche Debatte in der Europäischen Union anzustoßen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Franz Josef Jung, CDU/CSU:

## Abkommen ist ein Signal an freiheitsliebende Menschen



Franz Josef Jung (\*1949)  
Wahlkreis Groß-Gerau

Zunächst eine Vorbemerkung: Herr Hunko, ich will das, was Sie hier gerade eben als Schuldzuweisung an den Westen, was die Frage der Konfliktsituation in der Ukraine anbelangt, gesagt haben, mit allem Nachdruck zurückweisen.

Die Assoziierungsabkommen, die hier heute zur Abstimmung stehen, sind ein deutliches Signal an die freiheitsliebenden, an die europäisch gesinnten Menschen in der Ukraine, in Moldau und in Georgien. Deshalb werden wir diesen Assoziierungsabkommen auch zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Ratifizierung dieser drei Assoziierungsabkommen treffen wir heute, denke ich, auch eine historische Entscheidung. Es geht um die Stärkung der politischen, der wirtschaftlichen und der kulturellen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau. Und, meine Damen und Herren, es ist ein selbstbestimmter Weg, den diese Nationen hier im Hinblick auf Europa gewählt haben.

Der Bundesaußenminister hat darauf hingewiesen – das ist die Grundlage der Vereinbarungen der KSZE -: Es geht um die Selbstbestimmung der Völker. Und wenn die Völker hier eine klare Entscheidung für Europa treffen, dann sollten wir diese Entscheidung heute mit Nachdruck unterstützen.

Es geht auch um gleichberechtigte Beziehungen zu diesen Na-

tionen, die ehemals in den Machtbereich der Sowjetunion gehört haben. Damit verbunden ist nicht nur der zollfreie Zugang zu den Märkten der Europäischen Union, sondern auch die Übernahme der rechtlichen und wirtschaftlichen Standards der Europäischen Union. Ich denke, wir als Deutsche, aber auch als Europäer übernehmen eine große Mitverantwortung, damit dieser Weg der schrittweisen Annäherung an Europa ein Erfolg wird.

**Mit der Ratifizierung dieser Abkommen treffen wir eine historische Entscheidung.**

Meine Damen und Herren, insofern sind diese drei Abkommen der Europäischen Union mit Ländern außerhalb der Europäischen Union auch ein Stück weit einzigartig. Das Schlüsselband in diesem Prozess ist die Ukraine. Deshalb müssen wir, wie ich denke, uns immer wieder daran erinnern, dass die Aussetzung dieses Abkommens durch den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janu-

kowitsch zu den Maidan-Demonstrationen geführt hat, bei denen sich Tausende Menschen in bitterer Kälte für Freiheit, für Demokratie, für Europa eingesetzt haben und Hunderte ihr Leben verloren haben. Wir dürfen diese Menschen nicht im Stich lassen und müssen heute in diesem Sinne eine positive Entscheidung für Freiheit und Europa treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider ist auch wahr, dass Russland bisher alles getan hat, um den Prozess der Annäherung an die EU in diese Ländern zu erschweren. Es geht jetzt in der Ukraine darum, dass das Abkommen Minsk II in allen Teilen entsprechend umgesetzt wird. Diese Assoziierungsabkommen das will ich ebenfalls unterstreichen richten sich gerade nicht gegen Russland. Vielmehr geht es um eine engere Verknüpfung der Wirtschaftsräume. Hierbei bleibt die Hand nach Russland ausgestreckt. Es gibt die Vereinbarung zwischen der Europäischen Union, der Ukraine und Russland, den wirtschaftlichen Teil des Abkommens bis zum Ende dieses Jahres auszusetzen.

Ich denke aber, es ist auch richtig hier will ich auf das verweisen, was die Bundeskanzlerin auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos formuliert hat, dass wir einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland von Lissabon bis Wladiwostok anstreben. Aber dazu gehören

immer zwei Seiten. Deshalb sage ich: Es geht hier nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Unsere Hand bleibt weiterhin ausgestreckt. Es ist kein Signal gegen Russland, sondern es ist ein Signal für Freiheit und Europa, aber auch für eine Zukunftsperspektive in Europa und darüber hinaus. Deshalb, glaube ich, sind diese drei Abkommen so einzigartig und wichtig. Aus diesem Grund sollten wir ihnen heute auch zustimmen, meine Damen und Herren.

Nachdem ich das mit Blick auf Russland so formuliert habe, will ich noch einmal unterstreichen: Das Abkommen Minsk II muss in all seinen Teilen eingehalten werden. Das gilt insbesondere für den Waffenstillstand, der bisher nicht in allen Bereichen gewährleistet ist. Zwar wissen wir: Es gibt eine Strecke von immerhin 500 Kilometern, auf der die Waffen im Wesentlichen schweigen. Aber es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen, die zu beenden sind. Es geht auch um den Rückzug der schweren Waffen und insbesondere um die Gewährleistung der Kontrolle durch die OSZE. Die Separatisten müssen sicherstellen, dass die OSZE die unmittelbare Kontrolle hat, damit es zu einer friedlichen Entwicklung kommt. Wir wollen damit natürlich auch den Reformprozess beschleunigen.

Besonders unterstreichen will ich das, was das ukrainische Parla-

ment, die Abgeordneten und Präsident Groysman, bereits beschlossen hat. Es sind schon Reformen auf den Weg gebracht worden. Jetzt geht es in der Ukraine darum, dass die Reformen, die beschlossen worden sind, in der Verwaltung umgesetzt werden, damit die Menschen spüren, dass sich etwas verbessert. Es geht nicht nur darum, Gesetze zu beschließen, sondern sie müssen auch ihre Umsetzung finden. Das ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt, bei dem wir der Ukraine helfen müssen, damit sich die Situation vor Ort konkret verbessert.

Meine Damen und Herren, vorrangig geht es um die wirkungsvolle Bekämpfung der Korruption, eine Reform des Justizsystems, die Gewährleistung einer funktionierenden Verwaltung und eine Verfassungsreform mit dem Ziel der Dezentralisierung. Hierbei sollen

die Regionen eingebunden werden. Ich halte es für richtig, dass die Macht der Oligarchen zurückgedrängt wird. Die Oligarchen haben in diesem Staat immer noch viel zu viel politischen Einfluss.

Dass Präsident Poroschenko dafür gesorgt hat, dass der Oligarch Kolomojskyj als Gouverneur abgesetzt wird, halte ich für ein Signal in die richtige Richtung. Die Macht der Oligarchen in der Ukraine muss zur Verbesserung der Situation der Menschen vor Ort zurückgedrängt werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, dass sich die Menschen in der Ukraine vom politischen Wandel eine sichtbare Verbesserung erhoffen. Wir stehen an ihrer Seite, wenn es darum geht, diese Reformprozesse konkret umzusetzen. Wir sollten unsere Leistungen mit den Reformanstrengungen der Ukraine verbinden, um so zu ei-

ner schnelleren Verbesserung der Situation vor Ort beizutragen.

Das, was für die Ukraine gilt, gilt im Hinblick auf die europäische Anbindung auch für Moldau und Georgien. Diese Länder der Östlichen Partnerschaft verdienen ebenfalls unsere Unterstützung. Moldau ist nach dem letzten Regierungswechsel, bei dem es zu einer Minderheitsregierung gekommen ist, in keiner einfachen Situation. Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist es richtig, das Assoziierungsabkommen hier und heute zu ratifizieren, um auch dort den Prozess in Richtung von Freiheit, Europa und unseren gemeinsamen Werten weiter zu fördern und zu unterstützen.

Seit der Rosenrevolution hat Georgien seine Beziehungen zur Europäischen Union kontinuierlich ausgebaut. Tiflis hat fortlaufend an Reformen in Politik und

Wirtschaft gearbeitet, die von der Europäischen Union im Rahmen der Östlichen Partnerschaft unterstützt worden sind. Georgien wird mit dem Abkommen weiter in den Binnenmarkt integriert. Weiteren Fortschritten im Bereich der Justiz und auf den Gebieten von Freiheit und Sicherheit wird der Weg geebnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen drei Assoziierungsabkommen haben wir die Chance, den drei Ländern eine Perspektive im Hinblick auf Europa zu eröffnen. Wir müssen allerdings feststellen: Wir beraten diese drei Abkommen in einer besonderen Situation. Ich unterstreiche: Wenn diese Länder – die Ukraine, Moldau und

Georgien – sich in freier Selbstbestimmung enger an die Europäische Union binden wollen, wenn sie unsere Werte teilen wollen, wenn sie die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessern wollen,

wenn sie damit auch Europa politisch stabiler machen wollen, dann sollten wir heute mit möglichst breiter Mehrheit diesen drei Assoziierungsabkommen für eine freiheitliche, für eine demokratische, für eine euro-

päische Entwicklung in der Ukraine, in Moldau und in Georgien zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Manuel Sarrazin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Transformationskräfte müssen vorangebracht werden



Manuel Sarrazin (\*1982)  
Landesliste Hamburg

Nach 1989 haben wir Europäerinnen und Europäer das große, das einmalige Glück gehabt, dass eine solche Umwälzung der Welt für uns, die wir jetzt in der Europäischen Union sind, fast komplett friedlich abgelaufen ist – fast komplett friedlich: Die Toten von Vilnius werden wir nämlich auch nicht vergessen.

Das Glück, bei einer solchen Umwälzung für Stabilität in unserer Nachbarschaft sorgen zu können, die es vorher nicht gegeben hat, dieses Glück verdanken wir einem Konzept der Europäischen Union, das da lautet: Wir wollen Transformation durch Werte. Dazu gehören: Demokratie, freier Markt, Rechtsstaatlichkeit. Dieses Konzept ist die Grundlage für die Be-

ziehungen der Europäischen Union zu ihrer Nachbarschaft, und es ist – daran wird sich trotz allen Unterstellungen vom Kreml und von sonst wo nichts ändern – richtig.

Dieses Konzept baut darauf, dass wir Frieden und Stabilität in unserer Nachbarschaft haben werden, wenn wir Anreize schaffen für Transformation in diesen Ländern: Transformation, die aufhört mit Oligarchie, Transformation, die den Zustand beendet, dass mit der Ökologie und der sozialen Situation der Menschen im Land schlecht umgegangen wird. Diese Transformation soll die Menschen ermächtigen, über die Zukunft ihrer Länder selber zu entscheiden.

Herr Hunko, auf dieses Konzept hat der Kreml keine andere Antwort als Militär. Das können Sie doch nicht verteidigen! Stehen Sie – bei aller Kritik, die ich Ihnen zubillige – ein für das friedliche Konzept der Europäischen Union!

Im Januar 2007 lag das Verhandlungsmandat des Europäischen Rates vor. Seit 2007 steht die Assoziierung mit der Ukraine – übrigens als Ablösung der Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen, die wir mit allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach 1989 geschlossen haben – auf der Tagesordnung. Zu behaupten, das sei die Provokation gewesen, die

dann sieben Jahre später zu einem Krieg geführt hat, ist meiner Ansicht nach schlichtweg nicht logisch.

Das andere, was auch wichtig ist: Es war in der Ukraine ein Konsens zwischen allen politischen Parteien, die Assoziierung mit der Europäischen Union zu suchen. Es war in der Ukraine ein Konsens zwischen allen politischen Parteien aus unterschiedlichen Gründen; aber niemand hat jemals gesagt: Wir dürfen das wegen Russland nicht machen. – Sogar Herr Putin wurde vor einigen Jahren zitiert mit den Worten: Wenn die Ukraine in die EU aufgenommen würde, hätte ich kein Problem damit.

Wenn Sie von einem Entweder-oder-Spiel reden, möchte ich ganz deutlich sagen: Das Entweder-oder-Spiel ist vom Kreml aufgemacht worden.

Die Assoziierung steht nicht dem Freihandel zwischen der Ukraine, zwischen Moldau, zwischen Georgien und Russland entgegen. Es ist das Konzept der Eurasischen Wirtschaftsunion, was einer Assoziierung entgegensteht. Den Status quo der Freundschaft der Ukraine und des Handels der Ukraine mit Russland stellt das Assoziierungsabkommen nicht infrage.

Ich glaube, dass wir diese freie Entscheidung würdigen müssen. Ich glaube, dass es an die Grundlage der Werte der Europäischen Union ginge, wenn wir die freie Entscheidung der Länder, über de-

ren Assoziierung wir heute abstimmen, ignorieren würden. Wir würden damit an etwas rütteln, was seit 1989 eines der entscheidenden Prinzipien war, nämlich: Ihr dürft euch in unsere Richtung orientieren; aber wir verlangen von euren Ländern Reformen im Sinne von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und natürlich auch gutnachbarschaftlichen Beziehungen. Aber natürlich kann man nicht sagen: Weil der Nachbar diese Beziehungen infrage stellt, dürft ihr euch nicht mehr assoziieren. – Das ist ein Fehlschluss; davon bin ich überzeugt.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir müssen alles dafür tun, um die Ukraine und die Region zu stabilisieren. Die Assoziierungsabkommen können ein Schritt auf diesem Weg sein. Sie müssen umgesetzt werden, und zwar nach und nach in einem demokrati-

schen und transparenten Prozess im Land nicht einfach nur von oben nach unten. Das Gleiche gilt für Moldau und für Georgien. Die neue Regierung in Moldau macht uns in dieser Hinsicht wirklich Sorgen.

Ich bin auch davon überzeugt, dass wir früher oder später die Transformationskräfte in all diesen Ländern auf der politischen Bühne nur dann wirklich entscheidend voranbringen können, wenn es nicht länger ein Tabu ist, über eine EU-Perspektive für diese Länder zu reden. Ohne eine EU-Perspektive, denke ich, werden wir eine erfolgreiche Transformation dieser Länder nicht bis zum letzten Schritt erreichen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)



Ein zerstörtes Haus in der Ostukraine

Franz Thönnies, SPD

## Minsker Vereinbarungen müssen umgesetzt werden



Franz Thönnies (\*1954)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Die Entscheidungen, um die es heute geht, haben ihre Grundlage in der seit Mai 2009 von der EU und ihren Mitgliedstaaten verfolgten Politik des Auf- und Ausbaus einer Östlichen Partnerschaft mit den Ländern Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Moldau, Ukraine und Weißrussland.

Diese Partnerschaftspolitik war zentral darauf ausgerichtet, das Alltagsleben der Menschen in diesen Ländern Stück für Stück zu verbessern, Wohlstand und Lebensstandard in einem friedlichen Miteinander zu erhöhen. Dazu gehörten die Öffnung der Märkte, politische Reformen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, eine intensivere Einbindung in die Zivilgesellschaft, Schritte zur Angleichung von Standards in verschiedenen Bereichen der Verwaltung und bei Fragen in den Bereichen Energie, Umwelt- und Klimaschutz, die Stärkung der Menschenrechte so-

wie die Bekämpfung der Krake Korruption. Mittel und Instrument sollten die Assoziierungsabkommen, begleitet von umfassenden Freihandelsabkommen, sein.

Nun kann keiner der politischen Handelnden auf dem europäischen Kontinent behaupten, während des knapp fünfjährigen Prozesses jeden Tag alles richtig und nichts falsch gemacht zu haben. Diese Feststellung ergibt sich schon allein aus der Tatsache, dass Aserbaidschan, Armenien und Weißrussland kein Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Aber sie ergibt sich auch aus der Tatsache, dass der Weg von der Aufnahme der Verhandlungen bis zum jetzigen Abschluss und zur Ratifikation der Assoziierungsabkommen mit Georgien, Moldau und der Ukraine nicht frei von Konflikten dieser Länder und der Europäischen Union mit dem größten Nachbarn im Osten, nämlich mit Russland, war.

Handelsauseinandersetzungen, gewalttätige Konflikte, Drohungen bis hin zu kriegerischen Handlungen, der Bruch des Völkerrechts durch Russland und der Verstoß gegen OSZE-Prinzipien, die Drohung mit und die Anwendung von Gewalt gegen die Ukraine haben uns in Europa in eine Situation geführt, in der die Gefahr einer neuen Spaltung nicht mehr unrealistisch erscheint. In dieser Situation sind jetzt alle gehalten, Beiträge zur Deeskalation in der Praxis wie in der Rhetorik und zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Deshalb ist in der aktuellen La-

ge in Europa nach wie vor das oberste Gebot, alles dafür zu tun, dass die Minsker Vereinbarungen der vier Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Russlands, der Ukraine und Deutschlands zum Waffenstillstand und zur friedlichen Konfliktlösung Schritt für Schritt nachprüfbar umgesetzt werden, und zwar von allen, die darin als Akteure genannt wurden – hüben wie drüben.

Dennoch ist der heutige Tag wie der 16. September des vergangenen Jahres, als das Europaparlament den Assoziierungsabkommen zugestimmt hat, ein Tag der Freude und der Perspektive – einer Perspektive, für die sich die Menschen in den Ländern Georgien, Moldau und der Ukraine engagiert haben, für die sie bei Wahlen gestimmt haben, einer Perspektive der größeren Nähe zur Europäischen Union, zu mehr Wohlstand und mehr Freiheit. Diese Perspektive muss nicht bedeuten, dass die bisher existierenden engen internationalen Verbindungen und Wirtschaftsbeziehungen aufgegeben werden müssen, sondern sie kann mit dazu beitragen, zusammen von einer gemeinsamen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu profitieren.

Moldau hat den Prozess der Assoziierung sehr intensiv mit der EU betrieben. Im Juni/Juli 2014 erfolgten Unterzeichnung und Ratifizierung. Das Gleiche gilt für Georgien. Seit April 2014 gilt die Visafreiheit. Dennoch gibt es enge Beziehungen zu Russland. Es gibt die Energieabhängigkeit, die Abhängigkeit mit Blick auf den Export moldauischer landwirtschaftlicher Produkte, und außerdem gewährleisten 600 000 bis 800 000 moldauische Gastarbeiter in Russland 20 Prozent des moldauischen Bruttoinlandsproduktes. Hier sind auch die russischen Handelsrestriktionen, die wir zu Recht kritisieren, und nicht zuletzt die offene Transnistrienfrage zu nennen.

Bei allem Bekenntnis zu Europa müssen wir dennoch die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl realisieren und sagen: Hier gilt es, mehr gute Arbeit zu leisten und für eine klare Unterstützung bei den zukünftigen Reformen zu sorgen, damit mehr Zuspruch gewonnen wird.

Georgien ist sehr ambitioniert, insbesondere bei der Stärkung des Rechtsstaates und der Korruptionsbekämpfung. Doch auch hier

gibt es Streitigkeiten innerhalb der Regierung, die nicht gerade Stabilität vermitteln.

Meine Besuche in der Ukraine haben mir in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder deutlich gezeigt, wie stark die Europabegeisterung der Menschen ist und wie stark ihr Wille ist, nach 20 Jahren der Korruption und der Ausbeutung durch ein korruptes Staatswesen endlich einen guten Weg in Richtung Europa zu gehen.

So geschunden das Land durch die Konfliktlage und die kriegerische Auseinandersetzung ist, so ungebrochen ist der breite Wunsch der Menschen, den Weg nach Europa zu gehen.

Nun gilt es, die Herkulesaufgabe der inneren Reformen trotz aller äußeren Widrigkeiten zielstrebig voranzutreiben, und zwar mit konkreter Implementierung. An Unterstützung soll es dabei nicht mangeln. Die Menschen dürfen nicht noch einmal enttäuscht werden. Denn mit der Zustimmung des ukrainischen Parlamentes zum Assoziierungsabkommen ist man ein Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger eingegangen; dafür hat die Maidan-Bewegung monatelang gekämpft, und dafür haben Menschen ihr Leben gelassen.

Die Herausforderungen sind enorm. Die Erwartungen im Inneren und von außen sind groß. Auf der Agenda stehen die konsequente Umsetzung der Beschlüsse von Minsk, eine Verfassungsreform, der Aufbau eines Rechtsstaates, die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols nicht zuletzt durch die Entwaffnung aller staatlich nicht legitimierten Personen und Truppen, der Kampf gegen Korruption und die Begrenzung der Macht der Oligarchen. Zu welchen Konflikten das führen kann, haben wir gerade bei der Entmachtung von Kolomojskij gesehen.

Zu nennen ist aber auch die ökonomische Realität: ein Wirtschaftseinbruch um circa 15 Prozent in 2014, 1,2 Millionen verlorene Arbeitsplätze, 2 bis 3 Millionen Menschen ohne Arbeit, 50 Euro Durchschnittsrente, 130 bis 160 Euro Durchschnittseinkommen, Steuersätze von 20 Prozent, 8 Millionen registrierte Beschäftigte, 12 Millionen Rentnerinnen und Rentner. In dieser Relation erkennt man das Spannungsverhältnis.

Die Finanzministerin, Frau Jaresko, sagt schon jetzt, die 40 Milliarden US-Dollar vom IWF und von der EU würden nicht ausreichen, und Gunter Deuber von der Raiffeisen Bank International in Wien prognostiziert gar einen Bedarf von 200 Milliarden US-Dollar in den kommenden Jahren.

Wenn man sich das Ganze an-

schaut, dann erkennt man: Es geht jetzt darum, dass die Reformen die Menschen überzeugen müssen. Es müssen gute Reformen sein, die auch wahrnehmbar sind. Dazu gehört auch der soziale Dialog zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und der Zivilgesellschaft, der in allen drei Assoziierungsabkommen gefordert wird. Es ist notwendig, die einzelnen Reformschritte gemeinsam zu diskutieren und zu beraten. Die Gespräche mit Gewerkschaftsvorsitzenden und mit der Führung des Arbeitgeberverbandes bei meinem Besuch in der Ukraine vor einigen Tagen haben mir deutlich gemacht, dass hier durchaus noch Spielraum nach oben ist.

Wenn jetzt Finanzströme von Kiew in die Regionen fließen, weil diese mehr Verantwortung tragen sollen, dann müssen eine entsprechende Kontrolle und ein entsprechendes Monitoring stattfinden. Die neugewählten Kommunalpolitiker müssen dafür unsere Unterstützung bekommen.

Wir alle bleiben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier gefordert, unsere guten Kontakte in einen weiteren, intensivierten Erfahrungsaustausch einzubringen, damit sich Gutes aus den genannten Assoziierungsabkommen entwickeln kann.

Abschließend ist auf die gemeinsame Verantwortung für die friedliche Entwicklung in diesem gesamten geografischen Raum nicht zuletzt aufgrund der genannten Verflechtungen hinzuweisen. Ich denke hier an folgende Passage in der Minsker Vereinbarung der vier Staats- und Regierungschefs:

Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien der OSZE.

Ich komme zum Schluss. Deshalb gilt es, diesen Satz zusammen mit den Assoziierungsländern, der EU und Russland verantwortungsvoll durch gemeinsame Dialoge umzusetzen. Dazu gehört es auch, die Bestrebungen zur Liberalisierung mit den drei Ländern, aber auch mit Russland zu intensivieren, damit die Menschen sich begegnen und die vielfältigen Lebensweisen kennenlernen können und damit Fehlinformationen und eine falsche Informationspolitik den Frieden in Europa nicht gefährden. Stimmen wir dem Assoziierungsabkommen zu! Mit Verantwortung zur Verantwortung durch Verantwortung!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Proteste auf dem Maidan im Herzen Kiews im Februar 2014

© dpa

Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE

## Die Abkommen treiben die Spaltung Europas voran



Wolfgang Gehrcke (\*1943)  
Landesliste Hessen

Man muss schon über die Ziele sprechen – verständigen kann man sich nicht unbedingt –, wenn man diese Abkommen beurteilen will. Ich möchte Ihnen die Ziele der Linken vorstellen und begründen, weswegen wir glauben, dass die

Abkommen nicht in eine vernünftige Richtung führen.

Unser Ziel ist nach wie vor die Verfolgung der Idee von Michail Gorbatschow eines gemeinsamen Hauses Europa. Dieses Ziel haben wir doch einmal zusammen gehabt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie: das gemeinsame Haus Europa. Wir glauben und wollen, dass in diesem gemeinsamen Haus jeder seinen Platz findet. Es sind viele Zimmer zu vergeben. Da werden auch die Bevölkerungen der Ukraine, Moldawiens und Georgiens und die Bevölkerungen vieler anderer Länder ihren Platz finden. Die Einrichtung des anderen muss uns nicht gefallen und auch nicht die Art, wie er die Feten in seinen Räumen feiert. Aber wir müssen in einem gemeinsamen Europa zusammenleben wollen; das muss

die Zielsetzung sein.

Wir haben versucht, uns Gedanken darüber zu machen, ob diese drei Abkommen zu einem gemeinsamen Haus Europa hinführen oder davon wegführen. Ich sage Ihnen: Diese drei Abkommen vertiefen die Spaltung in Europa. Deswegen werden wir ihnen nicht zustimmen.

Ich meine die Spaltung zwischen oben und unten – das kann man anhand der Abkommen nachvollziehen –, die Spaltung zwischen Ost und West, eine Spaltung, die wir endlich überwinden müssen, statt sie wieder zuzulassen.

Man wartet da auf Signale. Ich habe in Ihrer Rede, Herr Jung, und auch in der Rede des Außenministers gehört – die Grünen haben dazu nichts gesagt; das ist typisch –, dass für Sie Sicherheit in Europa

nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich sein kann. Das haben wir Ihnen immer vorgetragen. Ich freue mich ja, dass Sie auch etwas von der Linken lernen. Von uns kann man viel lernen, wenn man genau hinhört.

Fragen Sie doch einmal, ob Ihre Politik in diese Richtung angelegt ist. Ich sage Ihnen eins: Wenn Sie den Mut gehabt hätten, die Debatte über die Assoziierung mit dem Vorschlag zu verbinden, einige Sanktionen gegen Russland aufzuheben, wenn Sie beides miteinander gekoppelt hätten, dann hätten Sie einen Schritt in diese Richtung gemacht und wir hätten trotz aller Bedenken vielleicht zustimmen können.

Das haben Sie nicht gemacht. Sie haben im Gegenteil die Sanktionen gegen Russland verschärft. Deswegen sage ich Ihnen: Sie reden von Verständigung; dafür finden Sie unseren Beifall. Ihre praktische Politik aber bedeutet eine Verschärfung der Situation in Europa; das finde ich schlimm. Hier möchte ich eine andere Regelung haben.

Ich bin es leid, dass jeder hier von Visafreiheit redet. Wir reden

seit ein paar Jahren darüber. Aber wenn es dazu kommt, sich für diese Visafreiheit zu entscheiden, blockiert die CDU/CSU jeden Schritt in diese Richtung.

Sie reden zwar davon, aber handeln anders: Das ist Ihre Politik. Diese sollten Sie endlich überwinden.

Ich möchte gern, dass Sie in Richtung eines gemeinsamen Hauses Europa einen Weg finden, um die schweren sozialen Verwerfungen oder zumindest die sozialen Auseinandersetzungen, die in der Ukraine mit Sicherheit kommen werden, unblutig zu überwinden und humanitäre Hilfe in Europa gemeinsam zu gestalten. Ich möchte auch, dass endlich mehr Demokratie gewagt wird. Es ist kein gutes Zeichen, wenn in Moldawien kurz vor den Wahlen eine unliebsame Partei einfach verboten wird.

Hätte diese Partei kandidieren können, wäre es in Moldawien zu einem anderen Ergebnis gekommen. Auch das gehört zu einem gemeinsamen Kampf für Demokratie in Europa dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Manfred Grund, CDU/CSU:

## Russland hat sich vom Westen verabschiedet



Manfred Grund (\*1955)  
Wahlkreis Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I

Die Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien sind gut für die Menschen in diesen Ländern und sind gut für das Zusammenleben und das Zusammenwachsen im gemeinsamen Haus Europa.

Das Bild vom „gemeinsamen Haus Europa“ geht auf eine Rede Michail Gorbatschows aus dem Jahre 1987 zurück, in der er wörtlich sagte:

Europa ist ... ein gemeinsames Haus, wo Geografie und Geschichte die Geschehnisse von Dutzenden von Ländern eng miteinander verwoben haben.

Er sagte weiter: Doch nur zusammen, gemeinschaftlich und indem sie die vernünftigen Regeln der Koexistenz befolgen, können die Europäer ihr Haus bewahren ... es besser und sicherer machen ... Genau das wollen und das sollen die Assoziierungsabkommen bewirken: unser gemeinsames Haus Europa bewohnbarer, besser und sicherer machen. Ganz wichtig: Diese Abkommen sind nicht gegen Russland gerichtet. Russland ist Europa. Wir sind Nachbarn im gemeinsamen Haus Europa. Wir sind überzeugt, dass Russland der wichtigste Nachbar der Europäischen Union bleibt und Sicherheit in Europa nur mit Russland, aber auch nur unter Mitwirken Russlands zu erreichen ist.

Was aber ist passiert, dass aus dem von Gorbatschow vorgeschlagenen Ausbau des gemeinsamen Hauses Europa unter Wladimir Putin der Casus Belli, ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, wird, nur weil die Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet hat?

Bis 2012 hat Wladimir Putin mehrfach versichert, dass er sich selbst einer EU-Mitgliedschaft der

Ukraine nicht widersetzen würde. In 2004 hat er es als damaliger russischer Präsident wörtlich so ausgedrückt:

Wenn die Ukraine der Europäischen Union beitreten will, können wir das nur begrüßen.

Und weiter: Russland könne davon nur profitieren.

Mit seiner Wiederwahl in 2012 hat Wladimir Putin seine Position aber radikal verändert; nicht wir haben uns verändert, sondern Putin hat seine Position verändert. Im August 2013 erklärte Putin, „Schutzmaßnahmen“ durchführen zu wollen, sollte die Ukraine das Assoziierungsabkommen unterzeichnen. Die Moskauer Zeitung Wedomosti schrieb kürzlich in einem Kommentar, dass sich Putin für die Meinung Europas nicht mehr interessiert. Wörtlich hieß es:

Vielmehr ist nun die Entscheidung gefallen, sich vom Westen zu verabschieden.

Mit anderen Worten, Herr Kollege Gehrcke: Putin kündigt die Wohnung Russlands im gemeinsamen Haus Europa. Wir bedauern die Selbstisolation Russlands unter Präsident Putin, werden aber gemeinsam mit der Ukraine, Georgien und der Republik Mol-

dau an diesem gemeinsamen Haus Europa weiterbauen.

Warum sind die Assoziierungsabkommen für diese Transformationsländer so wichtig? Diese Abkommen sind vor allem eines: Sie sind Reformprogramme für die Modernisierung dieser Länder. Ihr Inhalt geht über Freihandel und wirtschaftliche Integration hinaus. Sie sind Instrumente, um die Länder Osteuropas an europäische und weltweite Standards von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gutem Regierungshandeln heranzuführen.

Damit soll den Menschen in der Ukraine, in Moldau und Georgien vor allem eines geboten werden: wirtschaftliche und demokratische Perspektiven. Denn in der Ukraine, in Moldau und Georgien haben die Menschen Jahrzehnte des Verfalls, der Stagnation, der Korruption und der Perspektivlosigkeit erlebt. Diese Menschen wollen eine Chance. Sie wollen eine Perspektive. Sie wollen Frieden und Wohlstand anstatt Willkür und Oligarchenherrschaft. Sie wollen die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Sie wollen Rechtssicherheit, den Schutz der Schwachen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Genau dabei sollen die Assoziierungsabkommen helfen. Dafür haben junge Menschen auf dem Maidan in Kiew gekämpft. Dafür hat sich eine Mehrheit der Moldauer bei den Parlamentswahlen am 30. November letzten Jahres entschieden. Und genau daran werden wir das Handeln der Re-

gierungen dieser Länder messen. Eines will ich ausdrücklich festhalten: Oligarchen gehören für uns weder in die Politik noch in die Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, Wladimir Putin hat die Europäische Union einmal mit einem erloschenen Stern verglichen, dessen Licht durch das All strahlt, jedoch nicht mehr wärmt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Europäische Union ist von überzeugender Strahlkraft und hoher Attraktivität. Die europäische Sonne wärmt heute in ihrer Peripherie noch viel stärker als im Zentrum.

Wer ein Beispiel dafür sucht, findet es in der vorbildhaften demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche unser Nachbarland Polen in den letzten 20 Jahren durchlaufen hat. Kollege Gehrcke, Putin fürchtet sich nicht vor NATO und Europäischer Union. Er fürchtet sich vor dem Modell Polen, ausgedehnt auf die Ukraine vor seiner Haustür. Er fürchtet, dass Demokratie und Wohlstand – all das, was er seinem eigenen Land vorenthält – in der Ukraine Platz greifen würde. Die Menschen in der Ukraine, in Moldau und Georgien wollen an diese Wohlstandsentwicklung Anschluss finden, damit für sie das gemeinsame Haus Europa sicherer, wohnbarer, besser wird. Wir können ihnen dabei heute besonders helfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Marieluise Beck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Die drei Länder bezahlen für ihre Entscheidung



Marieluise Beck (\*1952)  
Landesliste Bremen

In den vergangenen Jahren sind viele Assoziationsabkommen abgeschlossen worden, aber keines hatte – und das zu Recht – eine so große politische Aufmerksamkeit. Denn wir gehen mit diesen Assoziationsabkommen einen weiteren Schritt hin zur Überwindung von Jalta. Diese Spaltung Europas durch die Vereinbarungen von Jalta ist eine erzwungene gewesen. Es hat nach

1945 nicht die friedliche Situation gegeben, in der alle Länder, die sich jenseits der westlichen Grenzen befanden, diese Spaltung hingenommen hätten. Es hat den Aufstand in Ungarn 1956 gegeben, es hat Prag 1968 gegeben.

Wir standen auf der anderen Seite und mussten zuschauen, wie diese Volks- und Freiheitsbewegungen mit Militär zurückgeschlagen worden sind. Vielleicht müssen wir sogar eines Tages noch einmal darüber sprechen, dass ein Teil unserer heutigen Republik, die damalige DDR, bei der Niederschlagung des Volksaufstandes 1968 mitbeteiligt war. Das hat also auch eine historische Dimension. Wer auf dem Maidan war und wer in der Ukraine unterwegs ist – auch in Odessa, in Charkiw und Mariupol –, sieht mehr europäische Fähnchen, als wir je bei uns in Europa sehen. Warum? Weil die Menschen in ihr Unglück rennen wollen, vor dem Sie von der Linke sie bewahren wollen?

Oder weil die Menschen mit Europa die Chance auf soziale Gerechtigkeit und ein Ende von Willkür und Ausgeliefertsein verbinden? Was Ausgeliefertsein und die damit verbundene Ohnmacht bedeutet, können Sie in dem großartigen russischen Film *Leviathan* sehen: die Ohnmacht der kleinen Bürger gegen Funktionäre und Oligarchen, die schlichtweg wie eine Mafia den Staat und die Menschen ausplündern. Das wollen die Menschen in der Ukraine nicht mehr.

Ja, sie sind enttäuscht worden. Sie sind auch von der Orangen Revolution enttäuscht worden, weil die oligarchischen Strukturen sich unter Orange weiter fortgesetzt und festgesetzt haben.

Alle drei Länder, über die wir heute sprechen – Moldau, Georgien und die Ukraine –, bezahlen derzeit für die Entscheidung der freien Hinwendung zu Europa mit Abspaltungen ihres Landes, an denen Russland tätig

mitgewirkt hat.

Wir werden sehen, wie die Ukraine unter diesen Bedingungen – Krieg in einem Teil des Landes, Unwissenheit, ob der Krieg weitergehen wird oder ob wir nicht in vier Wochen über Mariupol, Charkiw oder Odessa sprechen, die unter dem Deckmantel separatistischer Bewegungen eingenommen worden sind, von denen wir aber wissen, dass es russisches Militär ist – die fast unmöglichen Reformaufgaben angeht, die wir dem Land vorgeben und den Menschen zu Recht abverlangen. Das ist fast eine Mission Impossible, aber es ist alternativlos, weil die Menschen in der Ukraine, auch in Moldau und Georgien ihre Erwartungen erfüllt sehen wollen. Europäische Union bedeutet Freiheit, auch Freiheit von Willkür, Wohlstand und Rechtsstaatlichkeit. Ich kann vor Gericht gehen und Recht bekommen, auch gegen jemanden, der reicher und mächtiger ist. All das muss, auch wenn es unter diesen Bedingungen fast unmöglich ist, eingelöst werden.

Das gekränkte Imperium tut alles, um die Schritte in die Freiheit nicht nur zu behindern, sondern zum Scheitern zu bringen, weil es vor dem Erfolg die allergrößte Furcht hat. Der Erfolg dieser Re-

formen ist die größte Gefahr für Putin. Denn auch viele Menschen in Russland wissen, dass sie unter demokratischen und freiheitlichen Bedingungen ein viel besseres Leben haben könnten.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Wir sagen zu Recht: Wir wollen keine militärische Lösung. Wir wissen, dass der Kreml bereit ist, Militär einzusetzen und dies bereits getan hat. Wenn wir das sagen, dann ist das ein Versprechen, dass wir mit allen unseren Kräften und ohne auf unsere Schatullen zu schauen, den schwierigen Weg dieser drei Länder, der von Russland weiter torpediert werden wird, trotzdem mit allen Kräften, in aller Ernsthaftigkeit und mit sehr viel Geduld unterstützen. Wir wissen auch, dass das sehr viel materielle Unterstützung bedeuten wird.

Wir haben ein Versprechen abgegeben. Wir geben es mit der Abstimmung auch heute ab, und dieses Versprechen einzulösen, sind wir den Menschen dort, wo bereits viele für die Freiheit ihr Leben gelassen haben – was es in unserem Nachkriegseuropa bisher noch nicht gegeben hat –, schuldig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Andrea Lindholz, CDU/CSU:

## Deutschland muss aktiver Spieler sein



Andrea Lindholz (\*1970)  
Wahlkreis Aschaffenburg

Im Jahr 2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Das Komitee wollte vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise in Europa den Fokus auf den wichtigsten Effekt der EU lenken: die erfolgreiche Durchsetzung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa.

Angesichts des Krieges in der Ukraine müssen wir heute aber konstatieren, dass die EU ihrem Friedensanspruch zumindest im Rahmen der Östlichen Partner-

schaft nicht gerecht werden konnte. Das ist keine Schuldzuweisung, sondern eine schlichte Tatsachenfeststellung. Es gehört zur Wahrheit, dass nicht alle Menschen in der Ukraine und Moldawien die Annäherung an die EU wollen.

Genauso gehört es aber zur Wahrheit, dass sich die große Mehrheit der Ukrainer, der Georgier und der Moldawier in demokratischen Wahlen für Europa entschieden hat, und zwar trotz der massiven Drohungen und Interventionen aus Russland. Auf dem Maidan in Kiew riskierten Tausende Ukrainer sogar ihr Leben, getrieben von dem Wunsch nach Demokratie und Freiheit – Werte, für die Europa gemeinsam einstehen muss. Als überzeugte Europäer unterstützen wir diese Entscheidungen, und als überzeugte Demokraten bewundern wir diesen starken Willen.

Ebenfalls gehört zur Wahrheit, dass Deutschland kein neutraler Akteur in diesem Konflikt ist, sondern ein aktiver Spieler sein muss. Als Schlüsselkraft in Europa kommt Deutschland eine beson-

dere Bedeutung zu.

So unsicher der Erfolg des Minsker Abkommens erscheint, es stellt heute die einzige Option dar, das Blutvergießen in der Ostukraine dauerhaft zu beenden. Alle Seiten, Russland, die Rebellen und auch die Ukraine, müssen das erkennen.

Die deutsch-französische Friedensinitiative ist auch ein Stück der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für Europa. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte vertrauen wir Europäer in der Sicherheitspolitik nicht alleine militärischen Mitteln.

Die Assoziierungsabkommen, die wir gleich beschließen wollen, sind in dieser Hinsicht ein Teil der europäischen Sicherheitspolitik. Es liegt in unserem ureigenen Interesse, dass sich die Anrainerstaaten der EU unseren Werten annähern und auch die Chance bekommen, sich nachhaltig zu stabilisieren. Es ist richtig und legitim, dass Europa sie aktiv bei den notwendigen Reformen unterstützt.

Die Abkommen sollen in der Ukraine, in Georgien und Molda-

wien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freien Handel fördern. Europa hilft diesen drei Staaten mit dem Abbau von Handelshemmnissen, durch eine enge Kooperation in der Außenpolitik sowie bei der Modernisierung des Justizsystems und in Grundrechtsfragen. Als Anreiz für die Reformen stellt die EU bis 2020 rund 15,4 Milliarden Euro im Rahmen der Nachbarschaftshilfe zur Verfügung. Diese Unterstützung ist keine milde Gabe, sondern sie ist eine Investition in eine friedliche Zukunft Europas. Die erfolgreiche Umsetzung der Abkommen wäre ein Sicherheitsgewinn für ganz Europa.

Entscheidend für den Erfolg der Abkommen wird auch der Kampf gegen Korruption und für Rechtsstaatlichkeit sein. Nur wenn die Menschen ihrem Staat vertrauen können, werden stabile Demokratien entstehen.

Die Weltordnung, die vor 25 Jahren mit dem Fall der Mauer unterging, scheint sich in Osteuropa wieder aufzurichten: Zwei konkurrierende Gesellschaftsmodelle ringen dort um Einflusszonen. Niemand von uns kann aber ernsthaft einen zweiten Kalten Krieg wollen.

Russland hat mit der Annexion der Krim und mit der Destabilisierung der Ostukraine die europäische Friedensordnung massiv beschädigt und viel Vertrauen zer-

stört. Dieser Bruch des Völkerrechts lässt sich nicht entschuldigen, und es wird Jahre dauern, das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen. Trotzdem muss sich die EU mit Russland arrangieren. Zu einem neuen und stabilen Modus Vivendi mit Russland werden wir nur dann finden, wenn wir unsere unveräußerlichen Werte konsequent vertreten. Anderenfalls verlieren sie und damit auch die EU ihre Glaubhaftigkeit und ihre Stabilität.

Zur Glaubhaftigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört, dass wir den Wunsch der Menschen nach Demokratie und Freiheit aktiv unterstützen. Ich freue mich für die Ukraine, für Georgien und für Moldawien, dass der Deutsche Bundestag heute dem Willen der großen Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger entsprechen kann, ich glaube, ebenfalls mit großer Mehrheit, und eine Annäherung an die Europäische Union nun ermöglicht. Wir wollen sie auch künftig aktiv unterstützen, und ich bitte Sie alle daher heute, diesen drei Abkommen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.

Verbindliche politische Regeln im Sport / 97. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 26. März 2015

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Politische Rahmenbedingungen für den Sport setzen



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Alle vier Jahre legen Sportlerinnen und Sportler bei Olympia den Eid ab, fair zu sein, Regeln zu achten und ritterlichen Geist zu zeigen. Das ist der Anspruch. Die Wirklichkeit ist aber so, dass Sie gerade den Entwurf eines Anti-Doping-Gesetzes einbringen, nach dem Motto: Wer im Sport betrügt, soll fliegen, und zwar in die JVA. Sie legen die Latte ziemlich hoch und fordern oberflächlich Mittel, die schon in vielen anderen Bereichen gescheitert sind.

Ich finde: Wer über die Sportlerinnen und Sportler spricht, darf über die Veranstalter nicht schweigen. Reden wir also über Korruption in den Chefetagen der großen Sportverbände, insbesondere beim Internationalen Olympischen Komitee und dem Weltfußballverband. Bestechung, Vetternwirtschaft und Intransparenz sind die Merkmale der weltgrößten Festspiele. Ich finde, das ist des Sportes nicht würdig.

Olympia und die Fußballweltmeisterschaften, die Orte weltweiter Freude und Begeisterung sowie weltweiten Mitfiebers, liegen in den Händen von Systemen, die wir staatlicherseits aufs Schärfste bekämpfen müssten. Das können wir nicht wollen. Das müssen wir ändern.

Die Liste der Demokratien, die sich gegen eine Bewerbung entschieden haben, wird immer länger. Ein aktuelles Beispiel sind die Olympischen Winterspiele 2022. München ist gegen die Austragung. Die Schweiz hat sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Nor-

wegen sagte gleich ab. Es ist eben leider kein Wunder, dass die besten Partner von IOC und FIFA heute undemokratische Regime sind. Brot und Spiele als Geschenk von Diktatoren, korrupten Vereinen und globalen Playern in der Wirtschaft – das sage ich noch einmal – können wir nicht wollen. Das müssen wir ändern.

Wir wollen den Sport und die Spiele zurück. Die Funktionäre des Sports müssen für Strukturformen sorgen. Als Demokratinnen und Demokraten müssen wir Angebote für Spiele machen, die dem olympischen Geist zur Ehre gereichen. Deswegen bin ich froh, dass sich Hamburg für die Austragung der Olympischen Spiele 2024 bewirbt. Dann können wir zeigen: Es geht auch anders.

Hamburg ist eine gute Wahl. Denn dann können wir zeigen: Es geht ökologisch. Es geht nachhaltig. Es geht transparent. – Wir als Politikerinnen und Politiker haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger wieder für den Sport zu begeistern. Das geht aber nur gemeinsam mit den Sportorganisationen. Deswegen haben wir ein

Konzept für eine moderne internationale Sportpolitik vorgelegt. Wir wollen mehr Demokratie und Transparenz. Ich stelle, ehrlich gesagt, erstaunt fest, dass unsere Fraktion die einzige ist, die ein solches Konzept in den

Deutschen Bundestag einbringt.

Was schlagen wir vor? Erstens. Die Vergabeverfahren um Sportgroßveranstaltungen müssen modernisiert werden. Natürlich entscheiden der DOSB und der DFB weiterhin autonom. Wir brauchen aber eine Richtschnur, die die verbindliche Beteiligung von Menschenrechtsorganisationen und von Umweltschutzorganisationen sicherstellt. Das ist, ehrlich gesagt, eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Zweitens: die Steuerpflicht. Die überwiegende Zahl der Verbände ist in der Schweiz angesiedelt. Dort gibt es gesunde Luft und minimale Steuersätze.

Doch obwohl sie nur als Vereine eingetragen sind, wird niemand bestreiten können, dass IOC und

FIFA international tätige Wirtschaftsunternehmen sind. Für Fernseheinnahmen und Sponsoringgelder sind Steuern zu zahlen. Das ist doch selbstverständlich, und auch das gehört dazu.

Drittens. Die Bundesregierung muss stärker gegen Korruption und Intransparenz im Sport vorgehen. Deutschland hat da eine besondere Verantwortung, weil wir ein starker Player sind und die internationale Korruption im Sport seit den 80er-Jahren eben auch maßgeblich durch deutsche Funktionäre mitbewirkt und bestimmt worden ist. Es ist eine historische Tatsache: Korruption und Doping waren leider auch die widerlichen Begleiter deutscher Sportpräsenz auf internationaler Ebene, in Ost und in West.

Das ist unser Anspruch. Was tun die Verbände?

Ja, es gibt die Olympic Agenda

2020 mit 40 Empfehlungen. Aber: Bedauerlicherweise hat sich an der Grundstruktur des IOC nichts geändert. Deswegen kann von einer echten Reform keine Rede sein.

Ja, es gibt eine externe Untersuchung der Korruption bei der FIFA. Aber: Sonderermittler Garcia schmeißt hin, und Katar bekommt dann doch seine Winter-WM. Auch das kann nicht der Maßstab sein, den wir unterstützen.

Ja, in den internationalen Gremien des Sports sitzen zahlreiche Vertreter aus Deutschland. Aber: Eine wirkliche Initiative für einen glaubwürdigen Neuanfang geht von dort nicht aus. Ich bin froh, dass da einige sitzen, die den Mund aufmachen. Ich bin froh, dass einige Deutsche dabei sind. Aber trotzdem treten wir auf der Stelle, was eine echte Reform angeht. Auch das muss sich ändern.

Vor einigen Wochen hatte ich ein sehr gutes Gespräch mit Nachwuchssportlerinnen und -sportlern der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Für diese Sportlerinnen und

Sportler kommt übrigens, wie für uns Grüne auch, ein Sportboykott von Olympia oder WM nicht infrage, selbstverständlich nicht. Sie sagen uns ganz klar: Machen Sie eine gute Politik. Wir wollen bei sauberen und transparenten Spielen auftreten. Wir wollen uns als Sportlerinnen und Sportler auf unseren Sport konzentrieren und nicht auf das, was Sie politisch machen; aber wir wollen Sie unterstützen. Diese jungen Sportlerinnen und Sportler haben ein Recht darauf, dass wir politische Rahmenbedingungen setzen.

Wenn wir Olympische Spiele in Deutschland wollen, wenn wir Olympische Spiele oder Fußballweltmeisterschaften in demokratischen Staaten wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir dafür sein können, und zwar ohne jedes Wenn und Aber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE))

**Wir treten auf der Stelle, was eine echte Reform angeht. Auch das muss sich ändern.**

**Reden wir also über Korruption in den Chefetagen der großen Sportverbände.**



Hamburg wird sich um die Austragung der Olympiade 2024 bewerben.

Eberhard Gienger, CDU/CSU

## Überhöhte Erwartungen an den falschen Adressaten



Eberhard Gienger (\*1951)  
Wahlkreis Neckar-Zaber

Der Antrag der Grünen vermengt bereits im Titel zwei verschiedene Ebenen miteinander: auf der einen Seite die internationale Politik und Diplomatie und auf der anderen Seite die gesellschaftlichen Akteure rund um den Sport. Der Antrag richtet den Fokus auf Kernfragen der Sportpolitik, nämlich: Wo verlaufen die Grenzen zwischen Sport und Politik? Welche gesellschaftspolitischen Aufgaben vermag der Sport auf nationaler und auf internationaler Ebene zu übernehmen, und welche Aufgaben verbleiben, nicht zuletzt wegen des fehlenden Mandats der Sportorganisationen, im originären Kompetenzbereich von Politik und Demokratie? Vermischt man, wie im Antrag der Grünen, die beschriebenen Ebenen, richtet man sich mit überhöhten Erwartungen an die falschen Adressaten oder verwechselt gar die Maßstäbe mit den Möglichkeiten der Akteure. Dann können Sport und Politik die internationalen Herausforderungen nicht bewältigen und die Missstände nicht beseitigen.

Betrachten wir zunächst einmal den organisierten Sport für sich. Nimmt man die Autonomie des Sports ernst, können sich die unabhängigen und meist nicht in Deutschland ansässigen Weltverbände nur selbst ein sportpolitisches Regelwerk verschreiben.

So hat zum Beispiel das IOC mehr als 200 Mitglieder oder die FIFA 209 Mitglieder. Das sind mehr Mitgliedsverbände als die Vereinten Nationen an Mitgliedsstaaten haben. Das deutsche Stimmgewicht in diesen Gremien ist demzufolge überschaubar, wenn auch nicht ganz unbedeutend.

Laut Transparency International werden in mehr als 100 Ländern der Welt die Menschenrechte, die Pressefreiheit und andere Grundsätze missachtet, die Umwelt nicht ausreichend geschützt und die Korruption nicht hinreichend bekämpft. Die Weltverbände des Sports stellt das regelmäßig vor das Dilemma, sich bei den beschriebenen Mehrheitsverhältnissen auf gemeinsame Grundsätze zu einigen. Gleichwohl finden sich in den Statuten des IOC und der FIFA Hinweise zu friedlichen internationalen Beziehungen oder auch Aspekten wie Good Governance, um zwei Beispiele zu nennen. Hier muss aber gesagt werden, dass bei derartigen Vorhaben und internationalen Beschlüssen die Vereinten Nationen auch regelmäßig scheitern.

An dieser Stelle kommt man schließlich zu den konkreten sportpolitischen Handlungsmöglichkeiten und der moralischen Verantwortung von autonomen Sportverbänden, zum Beispiel im Rahmen der Organisation von Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen. Es ist klar, dass wegen eines zweiwöchigen Wettbewerbs wie den Olympischen Spielen in einem aus unserer Sicht problematischen Ausrichterland die politischen Verhältnisse nicht über Nacht geändert werden können. Eine solche Erwartung werden die internationalen Verbände nie erfüllen können.

Der Sport hat vor allem deshalb eine gesellschaftspolitische Macht und Ausstrahlungskraft. Damit ist der Sport nicht von seiner Verantwortung entbunden. Alles, was unmittelbar mit dem Sportereignis zu tun hat, fällt in den Verantwortungsbereich der Organisatoren des Weltverbandes und der Gastgeber. Hier müssen zum Beispiel auch Mindeststandards eingehalten werden. Es kann nicht hingegenommen werden, dass in einem der reichsten Länder der Welt wie Katar jedes Jahr mit 400 Todesfällen von Wanderarbeitern gerechnet werden muss. Dies ist absolut nicht hinnehmbar. Auch Korruption bzw. Manipulation innerhalb der Sportfamilie muss aufgeklärt und bekämpft werden.

Die internationale Sportgemeinschaft muss sich letztlich zusammenfinden und Lösungen erarbeiten. Ich finde, die IOC-Reformagenda 2020 stimmt mich in diesem Punkt sehr viel optimistischer, wenngleich noch sehr viel Arbeit bevorsteht. Frau Göring-Eckhardt, ich finde, man muss dem IOC und den Mitgliedern die Chance geben, einmal zu beginnen. Der Anfang ist jedenfalls gemacht.

Kommen wir zu einer weiteren Frage, zur Aufgabe und Verantwortung der Politik und der Demokratie. In Abgrenzung zu dem Antrag der Grünen haben wir bereits einiges auf den Weg gebracht, umgesetzt oder auch geplant.

Ein jährlicher Bericht über die Maßnahmen und Fortschritte der internationalen Sportverbände, wie im Antrag gefordert, ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, sondern der Weltverbände. Mit der 5. UNESCO-Weltsportministerkonferenz von 2013 in Berlin und der unterzeichneten Erklärung hat die Bundesregierung neue Maßstäbe in der internationalen Sportpolitik gesetzt. Mittlerweile haben wir mit Stolz zur Kenntnis genommen, dass die dortigen Beschlüsse auch Veränderungen aufseiten des Sports angestoßen haben, Stichwort Reformagenda 2020 des IOC. Der Sportausschuss wird im April eine Delegationsreise in die Schweiz unternehmen und dort mit maßgeblichen Vertretern der internationalen Sportverbände zusammentreffen. Die Ergebnisse werden nach unserer Rückkehr im Sportausschuss diskutiert und sportpolitische Konsequenzen gezogen.

Mit Blick auf die Zeit will ich nur noch einen Punkt benennen, der vor allem für Deutschland relevant ist. Wie unser Sportminister vor kurzem sehr treffend ausgeführt hat, hilft es nicht weiter, immer nur anderen Ländern und deren Verhältnissen ob berechtigt oder unberechtigt Fehler zu unterstellen. Wir können selbst mit einer innovativen, weltoffenen, vom Bürger getragenen und nachhaltigen Olympiabewerbung ein Zeichen setzen. Das haben wir bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland erfahren. Erst am letzten Samstag hat sich der organisierte Sport für Hamburg als Bewerberkandidat für die Olympischen Spiele ausgesprochen. Hier können wir zeigen, dass es auch

anders geht und dass wir uns selbst konstruktiv einbringen. Hier haben sich die Grünen auf Bundesebene diesen Entscheidungen in den Bewerbungsgremien entzogen. Hier, lieber Kollege Mutlu, hätten die Grünen durchaus die Möglichkeit gehabt, die wichtigen Punkte ihres Antrags tatsächlich anzusprechen. Ich würde dazu sagen: Chance vertan!

Im Übrigen wurde der Sportausschuss des Deutschen Bundestages erst im Kontext der Olympischen Spiele 1972 in München ins Leben gerufen. Und was, wenn nicht eine Olympiakandidatur, fällt in unseren Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich?

Deutschland kann, wie ich finde, mit einer Bewerbung um die Olympischen Spiele 2024 auch die internationalen Reformbewegungen kraftvoll vorantreiben. Lassen Sie uns deswegen die Bewerbung begleiten und sie kritisch, aber durchaus konstruktiv unterstützen! Vielleicht sollten sich die Grünen ein Beispiel an den Hamburger Kollegen nehmen; denn sie haben das rechtzeitig erkannt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. André Hahn, DIE LINKE:

## Gigantismus muss Einhalt geboten werden



André Hahn (\*1963)  
Landesliste Sachsen

Ich bin den Grünen für diesen Antrag dankbar; denn er gibt uns die Möglichkeit, unmittelbar im Umfeld der vom DOSB beschlossenen Olympiabewerbung Hamburgs über verbindliche Regeln im internationalen Sport und über Kriterien für künftige Sportgroßveranstaltungen zu debattieren. Herr Kollege Gienger, im Gegensatz zu Ihnen meinen wir: Wir brauchen solche Regeln.

Aus Sicht der Linken muss dabei eines klar sein: Nach all den wahrlich nicht nur positiven Erfahrungen

der letzten Olympiaden und Fußballweltmeisterschaften darf es ein einfaches Weiter-so definitiv nicht geben.

Der Spitzensport hat generell durchaus positive Wirkungen auf den Breitensport. Bekannte und erfolgreiche Sportler können als Vorbilder dienen und motivieren gerade Kinder und Jugendliche, selbst sportlich aktiv zu werden. Dennoch muss man konstatieren: Die zunehmende Kommerzialisierung im Hochleistungsbereich hat dem Sport insgesamt geschadet. Immer mehr Vereine, aber auch viele Spitzensportler sind auf Sponsoren angewiesen. Diese unterstützen aber vor allem jene Sportarten, die im Fokus der Medien stehen. Andere kommen kaum noch über die Runden. Den Kommunen fehlt oft das Geld, um den Breiten- und Schulsport besser zu unterstützen.

Deshalb muss dem Gigantismus bei Sportgroßveranstaltungen endlich Einhalt geboten werden.

Denn alles geht auch ein Stück kleiner und deutlich bescheidener. Ökologische Nachhaltigkeit ist

ebenso wichtig wie die Einbeziehung der Bürger in die Entscheidung über eventuelle Austragungsorte.

Und Host-City-Knebelverträge wie in der Vergangenheit, meine Damen und Herren, darf es nicht mehr geben.

Die momentan nahezu uneingeschränkte Macht vor allem des Internationalen Olympischen Komitees und der FIFA muss endlich gebrochen werden. Und überhaupt: Müssen wirklich alle vier Jahre zu Olympia weltweit immer neue Sportanlagen aus dem Boden gestampft werden? Kann man nicht auch, wie zum Beispiel beim Weltcup, reihum bereits existierende Einrichtungen früherer Olympiastandorte nutzen?

Über diese und andere Fragen sollten wir in den kommenden Wochen und Monaten miteinander diskutieren.

Ich möchte die heutige Debatte dazu nutzen, im Sinne eines Diskussionsangebotes einige Kriterien zu benennen, anhand derer über eine Befürwortung oder Ablehnung von Sportgroßveranstaltungen

gen entschieden werden sollte. Denn für die Bürgerinnen und Bürger muss nachvollziehbar sein, warum wir für oder gegen eine bestimmte Sportveranstaltung sind. Die Diskussion um die Olympiabewerbungen der Städte München, Hamburg und Berlin zeigen, dass eine solche Verständigung über Kriterien wichtig ist. Wenn selbst traditionelle Wintersportorte wie Oslo – Frau Katrin Göring-Eckardt hat darauf hingewiesen – das Handtuch werfen und auf eine Bewerbung verzichten, dann muss das nachdenklich stimmen.

Fakt ist und bleibt: Sportgroßveranstaltungen üben eine große Faszination auf Zuschauerinnen und Zuschauer aus; sie sind Höhepunkte im Leben der Athleten und können wichtige Werte in die Gesellschaft vermitteln. Die Grundidee der olympischen Bewegung ist auf Völkerverständigung, auf einen friedlichen Wettstreit von Athletinnen und Athleten aus unterschiedlichen Ländern gerichtet. Vor allem die Paralympics und andere Wettkämpfe der Behindertensportbewegung geben wichtige und nachhaltige Impulse hin zu einer inklusiven Gesellschaft, für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und die Beseitigung von Barrieren im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.

Fakt ist aber auch: Sportgroßveranstaltungen standen und stehen immer wieder im Spannungsfeld zwischen großer Begeisterung und öffentlicher Kritik. Das galt für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Peking, Vancouver, London und Sotschi ebenso wie für die Fußballweltmeisterschaften in Südafrika und Brasilien und deren Vergabe an Russland und Katar. Die grundsätzliche Kritik, das habe ich eingangs schon angesprochen, trifft vor allem die dahinterstehenden Organisationen, insbesondere das IOC, die FIFA und auch die UEFA, die als von Korruption durchdrungen wahrgenommen werden und deren funktionären Profitgier vorgeworfen wird. Aber es geht natürlich auch um die politisch Verantwortlichen in den Austragungsorten. Dahinter steht ein generelles Unbehagen gegenüber dem zunehmenden Einfluss kommerzieller sowie politischer Interessen auf die Vergabe und den Ablauf von Sportveranstaltungen, und die Linke teilt diese Kritik ganz ausdrücklich.

Die olympischen Ideale und die Freude am Sport treten immer weiter zurück hinter die Interessen von Großkonzernen, die medien-trächtige Sportveranstaltungen vor

allem zur Platzierung von Werbung nutzen und die als Ausstatter bei Stadionbauten oder als sonstige Dienstleister möglichst hohe Gewinne einfahren wollen. Diese Dominanz von Profitinteressen öffnete zunehmend die Tür für Manipulationen und auch für Korruption. Die Linke will Profitinteressen bei der Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen zurückdrängen und wieder an die ursprüngliche olympische Idee anknüpfen.

Wir schlagen fünf Kriterien für eine Befürwortung oder eine Ablehnung von Sportgroßveranstaltungen vor:

Erstes Kriterium sind für uns die sozialen und kulturellen Standards. Soziale Kriterien müssen sowohl bei der Bewerbung als auch bei der Durchführung von Sportgroßveranstaltungen eine entscheidende Rolle spielen. Ohne Bürgerentscheid darf es keine Olympischen Spiele geben.

Sowohl bei Infrastrukturmaßnahmen als auch bei den verschiedenen Kommunikationswegen muss auf die Barrierefreiheit geachtet werden. Ebenso wichtig ist es, dass es akzeptable Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzvorschriften in den potenziellen Austragungsorten gibt und dass diese auch eingehalten werden. Hier stimme ich Herrn Kollegen Gienger ausdrücklich zu.

Zweites Kriterium sind die Menschen- und Bürgerrechte. Bei der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen müssen insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte des UN-Sozialpaktes sowie die Kernarbeitsnorm der Internationalen Arbeitsorganisation strikt eingehalten werden.

Der Umstand, dass durch ein Sportgroßereignis medial auf Missstände im jeweiligen Land aufmerksam gemacht wird, sollte positiv genutzt werden. Die Chance auf Austragung eines bedeutenden Sportereignisses kann auch bessere Möglichkeiten schaffen, um eine gesellschaftliche Öffnung und einen nachhaltigen Bewusstseinswandel zur Verbesserung der Menschenrechtslage im jeweiligen Land zu bewirken.

Drittes Kriterium ist die Gewährung nachhaltiger Standards. Sportgroßveranstaltungen haben immer auch ökologische Auswirkungen. Diese entstehen zum einen durch die Infrastrukturmaßnahmen, durch den Ressourcenverbrauch und durch eine erhöhte Mobilität und zum anderen durch das erhöhte Abfallaufkommen. Bereits vorhandene Sportstätten und Einrichtungen sollten maxi-

mal genutzt werden, für alle Neubauten müssen umfassende Nutzungskonzepte entwickelt werden, und in die jeweilige Bauplanung ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung zwingend zu integrieren.

Viertes Kriterium sind die ökonomischen und finanziellen Standards. Sowohl die Bewerbung als auch die Durchführung einer Sportgroßveranstaltung sind zum Teil mit erheblichen Kosten verbunden. Es ist zwingend notwendig, die Kosten transparent und öffentlich zu benennen. Dazu zählen auch die Bewirtschaftungskosten, die nach dem Sportgroß-

eignis auf die öffentliche Hand zukommen.

Fünftes Kriterium ist das Verhalten der Sportorganisationen; denn häufig sind die hinter der Sportveranstaltung stehenden Institutionen wie die FIFA und das IOC ich habe es gesagt der eigentliche Angriffspunkt für Kritik. Hier muss endlich ein Bewusstseinswandel stattfinden, und die im Dezember 2014 beschlossene Agenda 2020 des IOC könnte dazu ein erster wichtiger Schritt sein.

Ich bin das haben Sie sicherlich gemerkt – persönlich durchaus ein Anhänger der olympischen Idee. Diese Idee ist in den zurückliegen-

den Jahren und Jahrzehnten aber leider pervertiert worden. Deshalb habe ich großes Verständnis für alle Kritikerinnen und Kritiker, in meiner eigenen Fraktion genauso wie in der gesamten Gesellschaft. Deshalb begrüßen wir als Linke alles, was eine öffentliche Diskussion über diese Thematik befördert, und wir werden uns daran aktiv beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Michaela Engelmeier, SPD:

## Die Debatte muss geführt werden



Michaela Engelmeier (\*1960)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir beraten heute den Antrag der Grünen für verbindliche politische Regeln im internationalen Sport. Dies ist eine durchaus wichtige Debatte, die wir hier in diesem Hohen Haus unbedingt führen müssen. Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der Grünen formulieren in ihrem Antrag, dass der internationale Sport in einer Glaubwürdigkeitskrise steckt. Sie bezeichnen die Vergabe der Fußballweltmeisterschaften nach Russland und Katar als Fehlentscheidung. Da bin ich ganz bei Ihnen.

In Sotschi haben wir gesehen, wie die Initiativen für um Lohn betrogene Arbeiter nach den Veranstaltungen oft ins Leere liefen. Genau wie in Sotschi darf die katastrophale Situation in Katar, besonders die Lage der Wanderarbeiter, nicht schöngeredet werden.

Wegen Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Risiken sollte die FIFA Katar die WM entziehen. Auch ich plädiere dafür, diesen Schritt zu gehen.

Warum? Weil die FIFA mit ihrem Festhalten an Katar den Sport insgesamt, die weltweite Anerkennung und auch die Werte des

Sports wie Fairness, Toleranz und Gerechtigkeit ad absurdum führt. Das war aber leider schon alles, was ich an Ihrem Antrag so richtig gut finden kann.

Nicht gut finde ich hingegen, dass Sie den international organisierten Sport offensichtlich politisieren wollen. Denn Sie fordern, dass die Sportverbände an der Entwicklung von Formen der Bürgerbeteiligung mitwirken sollen. Sie fordern auch, dass der organisierte Sport auf die Abschaffung des Kafala-Systems in Katar hinwirken soll. Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Ich bin für Bürgerbeteiligung, und ich bin entschieden gegen das Kafala-System in Katar. Aber ich halte es und wir halten es für die unmittelbare Aufgabe der Politik, diese Probleme zu benennen und Lösungen zu finden, ohne dafür zwingend den Ball über die Bande des organisierten Sports zu spielen. In dieser Hinsicht ist Ihr Antrag leider nicht zufriedenstellend.

Ein weiterer Punkt: Mitglieder des Kabinetts sollen frühzeitig ankündigen, ob sie in das Austrichterland reisen. Was soll denn „frühzeitig ankündigen“ heißen? Das bedarf doch eigentlich einer Konkretisierung. Aber ehrlich, was für ein Beitrag zur Lösung der Probleme soll das denn sein? Eigentlich können Sie sich das doch sparen.

Sie wollen zwischen den EU-Staaten abstimmen, dass in Zukunft keine Steuerbefreiung bei internationalen Sportgroßveranstaltungen gewährt werden soll. Wie darf ich das verstehen? Planen

Sie, eine europäische Steuerunion durch die Hintertür einzuführen?

Sie schreiben außerdem, dass es Handlungsbedarf bei der Korruptionsbekämpfung im Sport gibt und dass die Bundesregierung diesen anerkennen soll. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, hier verweise ich besonders gerne auf den Koalitionsvertrag zwischen der Union und der SPD.

Denn dort haben wir festgehalten, dass Doping und Spielmanipulationen die ethisch-moralischen Werte des Sports zerstören, die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler gefährden und die Konkurrenten im Wettkampf sowie die Veranstalter, Fans und Zuschauer täuschen und schädigen. Deshalb schaffen wir weiter gehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping. Das Anti-Doping-Gesetz ist auf einem guten Weg, und die Planung zu einem Gesetz gegen Spielmanipulationen ist in vollem Gange.

Sie wollen auch, dass sich die Bundesrepublik dafür einsetzt, dass ökologische Standards in die Satzungen der internationalen Sportverbände aufgenommen werden. Nun einmal ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll denn da der Einsatz der Bundesregierung aussehen? Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass wir in der internationalen Sportpolitik neben der Autonomie des organisierten Sports auch besondere Rahmenbedingungen beachten müssen.

**Die FIFA führt mit ihrem Festhalten an Katar den Sport insgesamt ad absurdum.**

Fortsetzung auf nächster Seite

Hier gibt es ein internationales Problem, wie es zum Beispiel auch beim Kampf gegen den Klimawandel besteht, aber nur eine nationale Handlungsmacht.

Nun ziehen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, den Schluss, dass nur eine internationale Initiative das Problem der Vergabe internationaler Sportgroßveranstaltungen lösen kann. Die Verantwortlichkeit nur auf die Politik, die Sponsoren und den organisierten Sport zu schieben, ist meiner Meinung nach falsch und eher billig.

Genau wie beim Kampf gegen den Klimawandel können auch nationale Strategien eine positive Wirkung entfalten. Ein gutes Konzept für nachhaltige Veranstaltungen kann ein Vorbild sein, dem andere Staaten folgen. Darum ist es notwendig, dass die Politik den organisierten Sport bei seinen Re-

formbemühungen konstruktiv und kritisch begleitet. Das bedeutet, dass man die Bemühungen des organisierten Sports, zum Beispiel die IOC-Agenda 2020, genau betrachtet. Dort wird bereits ein ökologischer Standard gesetzt – ich zitiere –:

Städte, die bereits eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2022 abgegeben haben, sollen ermutigt werden, möglichst temporäre und/oder zerlegbare Anlagen zu nutzen.

Ein schönes Beispiel dafür ist Hamburg, die deutsche Bewerberstadt für die Olympischen und Paralympischen Spiele. An dieser Stelle übrigens herzliche Gratulation an die Hanseaten!

Hamburg plant ein rückbaubares Stadion. Überhaupt bieten die Olympischen und Paralympischen Spiele in Deutschland die Möglichkeit, ein gutes Konzept für

nachhaltige Spiele zu präsentieren und umzusetzen. Sportgroßveranstaltungen haben eine gesellschaftliche Funktion. Sie integrieren die Gesellschaft und tragen zur Identitätsbildung unseres Landes und unserer Bevölkerung bei. Die Unterstützung der Reformbemühungen des organisierten Sports durch die Politik ist notwendig. Dafür muss ein offener und vertrauensvoller Dialog zwischen Sport und Politik geführt werden; man braucht aber keine angeordneten Vorschriften. Denn um die Glaubwürdigkeit und Integrität des Sports zu erhalten, bedarf es eines Richtungswechsels: weg vom Gigantismus und hin zu nachhaltigen und fairen Spielen.

Eine nachhaltige Organisation bedeutet, den sozialen, umweltpolitischen, nachhaltigen und sportlichen Aspekten von Sportgroßveranstaltungen mehr Aufmerksam-

keit zu widmen. Die Akzeptanz der Bevölkerung für Sportgroßveranstaltungen hängt davon ab, dass die Menschen mitgenommen werden. Wir müssen sie vom positiven Effekt einer deutschen Bewerbung und Ausrichtung einer Sportgroßveranstaltung überzeugen. Das ist übrigens die Lehre, die wir aus der gescheiterten Bewerbung Münchens ziehen müssen. Denn da wurden die Bürger nicht mitgenommen, obwohl es ein ziemlich nachhaltiges Konzept gab. Mein lieber Özcan, auch die Grünen im Rat der Stadt München fanden das damals übrigens interessant. Ich will noch einmal betonen: Ein nachhaltiges Konzept für eine internationale Sportgroßveranstaltung in Deutschland bedarf der Bürgerbeteiligung. Eine Volksbeteiligung im Zuge einer Bewerbung, wie sie beispielsweise in Hamburg stattfinden soll, halte

ich für den geeigneten Mechanismus. Dadurch können alle wichtigen Akteure dieses Politikfeldes – der Bürger, der organisierte Sport und die Politik – den genannten Richtungswechsel zu nachhaltigen und gerechten Spielen wirklich mittragen und legitimieren.

Wir sagen ganz selbstbewusst: Die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg 2024 wären ein erster Schritt. Liebes IOC, wenn ihr eure Reformagenda 2022 wirklich ernst nehmt, ist das genau die Bewerbung, die wir brauchen. Ich kann nur alle Menschen in unserem Land aufrufen: Seien Sie ab heute Feuer und Flamme für die Olympischen und Paralympischen Spiele und vor allen Dingen Feuer und Flamme für Hamburg!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Anja Hajduk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dr. Frank Steffel, CDU/CSU:

## Transparenz und Dialog sind wichtig



Frank Steffel (\*1966)  
Wahlkreis Berlin-Reinickendorf

Liebe Frau Göring-Eckardt, auch wenn Sie mittlerweile etwas weiter hinten Platz genommen haben, möchte ich Ihnen sagen, dass ich Sie für Ihre differenzierte und zumeist sehr sachliche Argumentation sehr schätze. Heute war das, was Sie hier vorgetragen haben, allerdings außergewöhnlich oberflächlich, billig und ziemlich plump. Das war eine Verallgemeinerung, mit der wir in dieser Debatte überhaupt nicht weiterkommen.

Eine differenzierte Betrachtung beginnt damit, dass man FIFA, IOC und allen anderen Verbände nicht in einen Topf schmeißt. Beim IOC wird – übrigens unter einem deutschen Präsidenten – der schwierige Versuch unternommen, Veränderungen herbeizuführen und viele Länder im Bereich des Sports zu verändern. Die Gesellschaften in diesen Ländern verändern sich ja nicht etwa schneller – eher im Gegenteil.

Meine Damen und Herren, die FIFA hat 209 Mitglieder. Davon ist, wenn überhaupt, die Hälfte demokratisch. In 70 Ländern gibt es noch heute per Gesetz ein Verbot von Homosexualität. Der Sport kann einen Beitrag dazu leisten, dass darüber in diesen Gesellschaften diskutiert wird. Aber er wird die Gesetze in diesen Ländern nicht ändern können. In 57 Ländern dieser Erde gibt es die Todesstrafe, die wir Deutsche aus guten Gründen ablehnen. Wir können für die Veränderungen, die wir uns wünschen, werben; aber wir werden sie in diesen 57 Ländern nicht alleine durch den Sport herbeiführen. Von Frauenrechten und Minderheitenrechten, wie wir sie in Mitteleuropa kennen, können wir in den meisten Ländern dieser Erde nicht sprechen. Wir können nur daran arbeiten, dass es in diesem Jahrhundert zu vielen Veränderungen kommt, auch durch den Sport und auch durch die Sportverbände.

Wenn wir über die FIFA reden, eint uns sehr viel Kritik. Ich bin sehr sicher, dass es heute auch in der FIFA keine Entscheidung mehr mit drei Stimmen Mehrheit – 13 : 7 war das Ergebnis für Russland – geben würde, sondern eine Mehrheit für Spanien und Portugal, die sich damals auch beworben haben. Nur, zur Wahrheit gehört natürlich auch, dass die Eskalation, die wir heute in Russland erleben, zum Zeitpunkt der Entscheidung der FIFA

überhaupt nicht absehbar war.

Es war überhaupt nicht erkennbar, dass es zu einer militärischen Auseinandersetzung in Europa kommen würde. Insofern ist Ihre Forderung, die uns wahrscheinlich eint – wir brauchen Regeln, wir brauchen Standards, wir brauchen Verbände, die definieren, unter welchen Bedingungen sportliche Großereignisse auf diesem Planeten stattfinden können –, völlig berechtigt. Sie hat nur den falschen Adressaten; denn nicht die Bundesregierung kann das umsetzen – wir können alle dazu beitragen –, sondern die Sportverbände müssen ihre Standards diskutieren.

Nehmen Sie das Beispiel Katar: Ich halte es für einen absoluten Skandal und wundere mich über die Ruhe der Mitbewerber Japan, USA und Australien, dass sie akzeptieren, dass man sich um eine Fußballweltmeisterschaft, die im Sommer stattfinden soll, bewirbt und nach der Entscheidung skrupellos gesagt wird: Na, dann machen wir es eben kurz vor Weihnachten. – Das hat mit Transparenz und mit vernünftigen Entscheidungsprozessen nun überhaupt nichts zu tun.

Wahrscheinlich werden die USA und Japan und Australien ihre Chancen, die nächste Fußballweltmeisterschaft austragen zu dürfen, nicht schmälern wollen und sich deswegen bei diesem Thema so zurückhalten.

Wir sind uns einig, dass mitten in der Weihnachtszeit aus deutscher, europäischer, christlicher Sicht generell ein schwieriger Zeitpunkt für eine Fußballweltmeisterschaft ist; das wird uns wohl eint.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch: Die ganze Welt ist nicht Weihnachten unterwegs, sondern es gibt auch andere Feste in anderen Religionen. Aber dann, meine Damen und Herren, muss man das vor der Abstimmung sagen, es vor der Entscheidung zum Kriterium machen und darf nicht danach sagen: Jetzt verlegen wir das Ganze mal schnell in den November und in den Dezember.

Insofern sind wir gut beraten, von den internationalen Verbänden immer wieder Regeln einzufordern und auch lautstark – ich bin den Grünen dankbar für die Debatte, die wir heute hier führen können – zu artikulieren, welche Erwartung wir als deutsche Demokratie an Verbände haben, aber auch an Länder, die internationale Großsportereignisse ausrichten dürfen. Natürlich ist Hamburg der demokratische, der moralische, der sportpolitische, der gesellschaftliche Gegenentwurf zu anderen Orten, an denen wir Großveranstaltungen erlebt haben und in Zukunft erleben werden.

Ich rate uns sehr – da wäre übrigens auch die Linke gefordert, mal ihr eigenes Bild zu klären –, in der Frage Russland nicht doppelzüngig zu argumentieren: einerseits Maßstäbe einzufordern, dann aber einer Fußballmannschaft der Ukraine zuzumuten, dass sie möglicherweise in Moskau bei der Fußballweltmeisterschaft spielen muss, während ihre Verwandten von russischen Soldaten niedergeschossen werden.

Das muss dann auch kritisiert werden, lieber Herr Kollege Hahn. Das gehört dann auch zur Wahrheit: Dann kann man nicht dort weggucken, weil einem die russische Position aus politischen Gründen näher ist als vielleicht die mitteleuropäische oder die deutsche.

Insofern, meine Damen und Herren, empfehle ich Glaubwürdigkeit. Ich empfehle, dass wir uns sehr differenziert damit beschäftigen. Im Übrigen empfehle ich auch, Frau Göring-Eckardt, dass wir dann Deutsche in die Gremien schicken. Ich war sehr froh, dass Sie bei Ihrer Rede ab und zu Ihre Kollegin Roth angeschaut haben – ich hatte den Eindruck, das hat besänftigend auf Ihr Manuskript gewirkt, weil es natürlich richtig ist, dass Frau Roth sich in den Gremien engagiert, anders als die Grünen, die sich der Debatte über die Olympiabewerbung Deutschlands verweigern, an ihr nicht teilnehmen, aber vorher und hinterher schlaue Nachrichten verkünden; das ist sicherlich der falsche Weg. Transparenz ist wichtig, Dialog ist wichtig.

Beides setzt übrigens voraus, dass wir mit den Verbänden reden, dass wir mit den Verantwortlichen reden und für unsere Werte werben. Ich bin mir ganz sicher: Wir werden kontinuierlich in diesem Jahrhundert in den Sportverbänden eine Entwicklung haben, die auch in der Gesellschaft weitergeht: zu mehr Demokratie, zu mehr Menschenrechten, zu mehr Transparenz. Dazu soll und muss der Sport einen Beitrag leisten. Dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Detlev Pilger, SPD:

## Reform der FIFA ist unwahrscheinlich



Detlev Pilger (\*1955)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Sport ist eine der schönsten Nebensachen der Welt, begeistert Menschen, erhält die Gesundheit, verschafft Emotionen und dient der Integration und der Völkerverständigung. Welches Bild jedoch die Bevölkerung vielfach von sportlichen Großveranstaltungen hat und welche Befürchtungen damit verbunden werden, hat uns der Bürgerentscheid zur Olympiabewerbung in München

und Garmisch-Partenkirchen, aber auch in anderen europäischen Ländern deutlich gemacht.

Die Olympiade in Sotschi und die WM in Brasilien haben diese Einschätzungen weiter verstärkt: Dort wurden gigantische Sportstätten ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur gebaut; die Arbeitsbedingungen waren unmenschlich, und es gab wenige Nachnutzungskonzepte. In Brasilien wurden zum Teil Stadien für Zigttausende Besucher in biologisch hochsensiblen Gebieten gebaut, in denen heute nur wenige Hundert Menschen Sportveranstaltungen verfolgen. Diese Stadien sind schon heute dem Zerfall gewidmet.

Die Abgründe, die sich im Rahmen der WM-Vergabe in Katar auf-tun, sind jedoch wohl kaum zu überbieten.

Die Verantwortlichen haben immerhin „nur“ vier Jahre gebraucht, um zu erkennen, dass es im Sommer in der Wüste zu heiß

ist, um Fußball zu spielen. Beim Bau der Stadien werden Menschen und Arbeitsrechte nicht geachtet. Momentan sind mehr als 13 000 Gastarbeiter in Katar. Der Internationale Gewerkschaftsbund fällt 2014 ein vernichtendes Urteil – Zitat:

Ausländische Beschäftigte werden wie Sklaven behandelt.

Schuld daran sei das Kafala-System, bei dem die Arbeiter dem Arbeitgeber gehören: Er nimmt ihnen den Pass ab, lässt sie sechs Tage in der Woche zehn Stunden am Tag in der Hitze schuften, sodass bisher schon Hunderte Arbeiter auf den Baustellen gestorben sind. Appelle, Abhilfe zu schaffen, verhallen. Wo bleibt der Aufschrei der Würdenträger? Wo bleibt die längst überfällige Bildung einer unabhängigen Kommission, die die Zustände kontrolliert?

Damit nicht genug: Bereits heute steht die FIFA im Hinblick auf die WM 2018 vor einem weiteren hausgemachten Problem. Je näher

der Zeitpunkt der WM in Russland rückt, desto häufiger werden die Rufe nach einem Boykott laut. – Alles nichts Neues. Die Vergangenheit hat bereits vielfach gezeigt, dass die Unterdrückung der Opposition und die Verletzung der Menschenrechte keine Ausschlusskriterien für die Ausrichtung von sportlichen Großveranstaltungen sind. Mit diesem System wird billigend in Kauf genommen, dass sich politische Herrscher öffentlichkeitswirksam in Szene setzen.

Doch zurück nach Katar. Ich kenne niemanden, der die Vergabe der WM in den Wüstenstaat gutheißen würde. Aber ich kenne auch keine Scheichs, die die eigentlichen großen Gewinner dieser WM sind. Man erkennt das schlechte Gewissen der FIFA, die nun die die Spieler abgebenden Vereine mit den doppelten Summen entschädigt. Wenn sich alle Europäer einig wären, dann sollten sie diese WM boykottieren.

Dann soll das System Blatter doch mal eine WM ohne Spanier, Italiener, Engländer, Holländer, Franzosen und Deutsche spielen! Das wäre ein deutliches Zeichen.

Denn dass sich die FIFA von selbst reformiert, ist so unwahrscheinlich wie ein Wintereinbruch in Katar.

Mich und Millionen Fußballbe-

geisterte, die sich auf die Spiele vorbereiten und äußerst freuen, würde das zutiefst treffen. Aber den Preis würde ich zahlen und mich in dieser Zeit dann stattdessen auf den Advent und Weihnachten vorbereiten.

Wenn Großveranstaltungen ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen sollen, darf es zukünftig nicht mehr zu solchen Vergaben kommen.

Wir brauchen Vergaberichtlinien, die mit den Sportorganisationen diskutiert und abgesprochen werden. Dieser Katalog muss sich an ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausrichten und ein schlüssiges Nachnutzungskonzept ausweisen. Gelingt das nicht, verlieren solche sportlichen Großveranstaltungen zusehends an Akzeptanz und verfehlen das Gefühl einer sportlichen Weltfamilie. Zu dieser gehören auch die Hunderte von Gastarbeitern in Katar, die bereits auf den Baustellen ihr Leben gelassen haben und deren Familien nun ohne Ernährer überleben müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Özcan Mutlu, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Die WM 2022 muss verlegt werden



Özcan Mutlu (\*1968)  
Landesliste Berlin

Im Umgang mit Olympischen Spielen oder Fußballweltmeisterschaften verhalten wir uns ziemlich verrückt und widersprüchlich, wie auch die Debatte heute wieder gezeigt hat. Auf der einen Seite wissen wir um die strukturellen Probleme des internationalen Sports: Wir wissen um Korruption, Vetternwirtschaft, Intransparenz, die herrschende Großmannssucht und die Gigantomanie. Auf der anderen Seite sind wir aber auch Konsumenten dieser Sportevents. Die TV-Ein-

schaltquoten steigen und steigen, und wir treffen uns Tag und Nacht zum Public Viewing bald auch mit Glühwein zum Wüstenfußball 2022, was nur die wenigsten abschrecken wird. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Vielleicht kommt die FIFA ja noch zur Vernunft und schaut nicht mehr zu, wie in Katar Menschenrechte mit Füßen getreten und Menschen wie Sklaven auf Baustellen gehalten werden. Wir Grüne sagen ganz klar und deutlich: Die Verlegung der WM 2022 ist längst überfällig.

Meine Damen und Herren, transparente, saubere und nachhaltige Spiele sind möglich, wenn die Weltsportverbände wieder zu ihren Ursprüngen zurückfinden, statt sich von Kommerz und Korruption treiben zu lassen. Ob die FIFA und das IOC diesen Willen haben, darf im Allgemeinen bezweifelt werden. Peking, Sotschi, Russland und Katar sprechen für sich. Dabei haben sich die zahlreichen Länder im Rahmen der UNESCO-Weltsportministerkonferenz und der Berliner Erklärung auf klare und konkrete Regeln für

den internationalen Sport verständigt.

Deutschland kann mit der Hamburger Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 oder 2028 zeigen, dass nachhaltige und transparente Spiele in Demokratien sehr wohl möglich sind.

Bis dahin muss aber noch viel Wasser die Elbe herunterfließen. Wir wissen nämlich, dass sich der DOSB mit der Bewerbung Hamburgs für 2024 sehr viel vorgenommen hat vielleicht zu viel, zumal die Chancen für die Fußball-EM 2024 in Deutschland sehr groß sind.

Große Sorgen mache ich mir besonders auch um die Kostenentwicklung und die finanzielle Solidität der Bewerbungs- und Austragungsphase. Hier reicht ein kritischer Blick nach London. Mit circa 13,5 Milliarden Euro haben sich die Kosten der Londoner Spiele vervierfacht. Das kann und darf nicht der Weg von Hamburg sein.

Ich bin aber optimistisch. Dank der absehbaren grünen Beteiligung im Hamburger Senat bin ich

zuversichtlich, dass die Bewerbung einen guten Weg einschlagen wird. Bei dieser Gelegenheit wünsche ich der Hamburger Bewerbung viel Glück und viel Erfolg.

Ich möchte hier klarstellen, dass wir uns zu keiner Zeit gegen Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland ausgesprochen haben. Dass wir nicht als Feigenblatt zum DOSB gegangen sind, war auch keine Absage an das Gebaren des DOSB.

Ich habe bei der ganzen Debatte den Eindruck gewonnen, dass viele auch in diesem Raum hier das Ziel bescheidener Spiele in Hamburg mit uns teilen. Wir teilen die Absicht, dass die Menschen vor Ort frühzeitig in alle Planungsphasen einbezogen und mitgenommen werden. Wir wollen Spiele, bei denen der Sport und vor allem die Sportlerinnen und Sportler wieder im Mittelpunkt stehen.

Selbst beim IOC wächst mit der Agenda 2020 langsam ein Reformpflänzchen. Aber ich glaube das erst, wenn rote Teppiche und freie Vorfahrt für IOC-Mitglieder keine Vorbedingungen für Olympiabewerbungen mehr sind oder wenn Host-City-Verträge nicht wie in

Stein gemeißelt unverändert bleiben müssen.

Lieber Kollege Gienger, Frau Kollegin Engelmeier, Sie tun immer wieder so, als finde der Sport in einem politikfreien Raum statt. Das ist Unsinn. Der Sport findet nicht im politikfreien Raum statt, und das sollten Sie endlich einmal verstehen.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag möchten wir die Kräfte im organisierten Sport unterstützen, die mit uns die Vision eines besseren Sports und sauberer Spiele teilen. Ich möchte Sie einladen, diese Vision von sauberen, nachhaltigen und transparenten Spielen

mit uns voranzubringen, gerade weil der Sport eine so herausragende gesellschaftliche Funktion hat. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen egal, ob es dabei um Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg, die European Games in Baku oder die Fußball-WM in Katar geht. Das hat der Sport nötig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Saubere  
und  
nachhaltige  
Spiele  
sind  
möglich.**

Reinhard Grindel, CDU/CSU:

## Sport nimmt soziale Verantwortung im Land wahr



Reinhard Grindel (\*1961)  
Wahlkreis Rotenburg I – Heidekreis

Herr Kollege Pilger, Kritik an der FIFA ist berechtigt. Aber sie muss auch gerechtfertigt sein. Zur Fairness gehört es, auf den Umstand hinzuweisen, dass die FIFA bei der Fußballweltmeisterschaft von Brasilien acht Stadien verlangt hat. Die Entscheidung, zusätzlich auch in Manaus und noch an drei anderen Orten Stadien zu bauen, war eine Entscheidung der brasilianischen Regierung, die ich für falsch halte. Im Übrigen haben wir es in Russland mit dem gleichen Phänomen zu tun. Auch da wurden statt der verlangten acht Stadien zwölf gebaut. Die Schwierigkeiten, die Russland im Augenblick hat, sind

mit Sicherheit im Bereich des Baus von Stadien genauso groß wie im Bereich der Politik.

Frau Kollegin Göring-Eckardt, Sie haben gesagt: Hamburg ist eine gute Wahl. Das ist richtig. Aber niemand hat an dieser guten Wahl so wenig mitgewirkt wie die Bundestagsfraktion der Grünen.

Man muss es unseren Zuschauern einmal darstellen: Die gute Wahl für Hamburg ist unter anderem auf der Grundlage der Ergebnisse einer Expertenrunde beim DOSB getroffen worden. Da waren alle vertreten: Sportler, Olympiaexperten, Umweltverbände, Behindertenverbände, alle politischen Parteien, sogar die Linke, nur nicht die grüne Bundestagsfraktion.

Aber die Grünen waren vertreten, nämlich mit Frau Fegebank, der Landesvorsitzenden der Hamburger Grünen, die dort als Teil der Hamburger Delegation einen exzellenten Auftritt hatte.

Insofern sage ich Ihnen: Wir brauchen keine Leute, die von den Zuschauerrängen schlechte Stimmung verbreiten, sondern wir brauchen Leute, die auf dem Spielfeld mitmachen. Frau Fegebank hat das begriffen, Sie nicht. Das ist der große Unterschied.

Sie sprechen in Ihrem Antrag weniger – um nicht zu sagen: gar nicht – von der Autonomie des Sports, sondern Sie sprechen von Berichtspflichten. Ferner ist davon die Rede, der Sport sei anzuhalten, der Sport habe überprüft zu werden. Sie sprechen sogar von Sanktionen gegen den Sport.

Wissen Sie, was Sie wollen, klingt ein bisschen nach kompletter Kontrolle des Sports durch den Staat; das wäre Staatssport. Das, was Sie hier verlangen, ist – und das ist der Widerspruch – gerade in den Ländern an der Tagesordnung, bei denen Sie nicht wollen, dass dorthin sportliche Großveranstaltungen vergeben werden. Vielleicht denken Sie darüber noch einmal nach. Etwas weniger Kontrolle, etwas weniger staatlicher Einfluss, die Autonomie des Sports achten, auch das gehört zum Verhältnis von Politik und Sport, so wie es zumindest wir als Union haben.

Sie vergießen hier Krokodilstränen wegen der Bewerber für die Olympischen Winterspiele 2022. Gleichzeitig verlangen Sie eine Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

Aber ich will Ihnen schon auch ein bisschen in Abgrenzung zu

Frau Engelmeier entgegenhalten: Wenn man im Fall von München diese Form der Bürgerbeteiligung nicht durchgeführt hätte, sondern auf das Votum der von den Bürgern gewählten parlamentarischen und kommunalpolitischen Gremien vertraut hätte, dann hätten wir in meinen Augen jetzt sehr gute Chancen für eine Winterolympiade in München, einer Stadt, die den Anforderungen Ihres Antrages mehr entsprochen hätte als die Bewerberstädte Almaty oder Peking. Ich bin ganz sicher: Die leider manchmal etwas zu schweigsame Mehrheit der Bürger in München und Umgebung würde sich auf diese Spiele freuen. Es wäre in München auch anders gegangen und im Sinne der Menschen und der olympischen Idee vielleicht auch besser.

Ein letzter Gesichtspunkt. Sie mahnen den Sport in Ihrem Antrag sehr stark zur Corporate Social Responsibility, also zu sozialer Verantwortung. Sie formulieren das in einer Weise in Ihrem Antrag, die besagt, dass es da heute sehr viele Defizite gebe. Klaus-Dieter Fischer, der langjährige Präsident von Werder Bremen, der Ende letzten Jahres aus seinem Amt ausgeschieden ist und der in seinem Verein eine CSR-Abteilung mit über zehn Mitarbeitern geschaffen hat, ist gefragt worden, was für ihn der bewegendste Moment seiner Amtszeit war. Da hat er von der Blindenfußballabteilung bei Werder erzählt, die er einmal besucht hat. Er sprach davon, wie ein blinder kleiner Junge

zum ersten Mal mittrainiert hat und hinterher zu seiner Mutter gesagt hat: Mama, stell dir vor, ich habe Fußball gespielt.

Ich könnte Ihnen etwas zur Begeisterung von Mannschaften aus den Werkstätten für Behinderte sagen, die ihre Meisterschaften austragen. Mittlerweile schließen sich sogar ganze Teams Vereinen an, um dort im ganz normalen Spielbetrieb mitzumachen. Es gibt Hunderte von Flüchtlingskindern, die in diesen Tagen der Tristheit ihrer Unterkunft entfliehen, bei Vereinen Sport treiben, da glücklich sind und bei dieser Gelegenheit neue Freunde finden und auch Deutsch lernen.

Oder soll ich Ihnen von dem Strafgefangenen erzählen, der entlassen wurde und ein neues Umfeld gefunden hat – heraus aus seinem alten –, weil er im Gefängnis den Schiedsrichterschein gemacht hat? Vereine sind womöglich dankbar, wenn so einer zu ihnen kommt. Diese Vereine fragen eben nicht nur: Was hast du vor der Zeit im Gefängnis gemacht?

Es gibt Tausende von Beispielen, die deutlich machen, dass der Sport in unserem Land seine soziale Verantwortung wahrnimmt. Dafür brauchen sie, Herr Kollege Mutlu, keine Anträge der Grünen. Dafür braucht man ein gutes Selbstverständnis, ehrenamtliches Engagement und eben kein Miesmachen, sondern Mitmachen. Dazu fordere ich uns alle auf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer, SPD:

## Im Verhältnis Sport und Politik muss Balance gehalten werden



Axel Schäfer (\*1952)  
Wahlkreis Bochum I

Es ist gut, dass wir heute dieses Thema diskutieren. Es ist wichtig, fast am Ende dieser Debatte darauf hinzuweisen, dass es hier in vielen Punkten Übereinstimmung zwischen den Fraktionen gibt. Deshalb könnte ich eine Reihe von Punkten der

Kollegin Göring-Eckardt und des Kollegen Hahn durchaus unterschreiben, die SPD insgesamt sicherlich auch.

Ein Punkt wurde aber leider völlig ausgeblendet: So richtig Kritik an Verbänden ist, es darf die Selbstkritik nicht fehlen, also die Kritik am eigenen Parlament. Ich möchte deshalb daran erinnern, dass 1980 der Deutsche Bundestag von den damals Beteiligten ist niemand mehr im Saal den dümmsten Beschluss seiner Geschichte gefasst hat: Er hat die Sportverbände veranlasst, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren.

Dieser dumme Beschluss wurde vier Jahre später durch den ebenso dummen Beschluss der Volkskammer noch getoppt: Wie viele andere Staaten auch boykottierte die DDR die nächsten Spiele in Los Angeles. Das sollte uns eine Lehre

sein. Wenn es um das Verhältnis zwischen Sport und Politik geht, sollten wir immer die Balance wahren sowie auch über die eigenen Fehler, Schwächen und Erfahrungen reflektieren. Es war wichtig, dass man auch hierüber einmal redet.

Es ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, notwendig, auf Folgendes hinzuweisen: Man darf bei keinem Großereignis – so wie es damals der Sportausschussvorsitzende Peter Danckert in Bezug auf die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland sagte –, bei diesen wichtigen und auch wirklich schönen Spielen und Wettkämpfen, zu keinem Zeitpunkt den Eindruck haben, dass in unserem Land – durch die Regeln, die uns die FIFA oder das IOC aufoktroiert; die Host-City-Verträge wurden angesprochen – die Demokratie zum

Teil außer Kraft gesetzt wird. Das geht in Demokratien nicht.

Deshalb ist es wichtig, dass wir mit unseren Bewerbungen – das gilt auch für das, was wir jetzt im Hinblick auf Hamburg beschlossen haben – ein gutes Beispiel – auch was unser Verständnis in Europa und mit Europa angeht – geben, ohne dass wir den anderen Teilen der Welt vorschreiben wollen, wie etwas zu sein hat. Vielmehr sollten wir das im positiven Sinne machen.

Man muss auch im Deutschen Bundestag einmal darauf hinweisen, dass das Verhältnis zwischen Sport und Politik keine Einbahnstraße sein darf. Es ist gut und richtig, dass wir ehrenamtlich engagierte Funktionsträger haben. Das sind auf der einen Seite die Kollegen Gienger und Grindel sowie auf der anderen Seite die Kolleginnen Freitag und Engelmeier. Sie stehen in ihren Verbänden mit an der Spitze. Sie sind von ihren Wählerinnen und Wählern demokratisch legitimiert, haben entsprechende Verantwortung und können die Belange des Sports hier kompetent einbringen. Auch das gehört dazu. Des Weiteren ge-

hört dazu, dass wir als Politikerinnen und Politiker unsere Meinung öffentlich klar kundtun, wenn es um streitige Fragen geht.

Ich finde es wichtig, dass wir über Menschenrechte in Katar und auch über Diskriminierung in Sotschi reden. Das finde ich richtig. Genauso richtig finde ich es, dass einige von uns – das gilt für mich genauso – sagen: Wenn die FIFA jetzt einen neuen Präsidenten wählt, ist es gut, wenn sich die europäischen Verbände – es sind 54 – abstimmen und einen gemeinsamen Kandidaten kraftvoll unterstützen. Ich sage Ihnen – nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte – aber auch ganz offen: Ich wäre froh, wenn diese Abstimmung zu dem Ergebnis führen würde: Joseph Blatter ist weg. Es ist an der Zeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprach außerdem noch Johannes Steiniger (CDU/CSU).

leicht  
erklärt!

# Förderung der Medien-Kompetenz

## Was ist das?



### Medien



Was sind Medien?  
Medien sind verschiedene  
Kommunikations-Mittel.

Medien informieren Menschen.

Menschen können sich darüber  
austauschen.

Medien sind zum Beispiel:

- Internet,
- Fernsehen,
- Zeitung,
- Handy,
- Radio
- und vieles mehr.

Mit diesen Medien kann man viele  
Menschen erreichen.

Alle Menschen bekommen  
die gleichen Informationen.

Und das auf einmal.

In der schweren Sprache heißen  
diese Medien auch:  
Massen-Medien.



Medien dienen zur Kommunikation.  
Das heißt:  
Medien helfen, etwas zu verstehen.  
Oder sie zeigen, wie etwas geht.

Zum Beispiel:

Wenn ein Kind etwas  
Bestimmtes wissen möchte,  
kann es das nachlesen.  
Und zwar in einem Buch  
oder im Internet.



Kommunikation bedeutet:  
Menschen tauschen sich aus.  
Sie reden miteinander.

Zum Beispiel über:

- Nachrichten,
- Freizeit,
- Arbeit,
- Urlaub
- und vieles mehr.



Was bedeutet Kompetenz?

Ein anderes Wort dafür ist:  
Fach-Wissen.

## Gefahren von Medien



Kinder und Jugendliche benutzen sehr viele Medien.

Einige Medien sind sehr beliebt:

- Zum Beispiel:
- das Internet oder
  - das Handy.

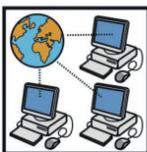


Kinder und Jugendliche müssen gut aufpassen.

Denn:  
Es gibt viele Gefahren.

Manche Medien geben Informationen.

Sie können auch unterhalten.



Zum Beispiel:  
Im Internet gibt es soziale Netzwerke.

Das bedeutet:  
Mit diesem Netzwerk kann man sich mit anderen Menschen unterhalten.

Das größte soziale Netzwerk heißt:  
Facebook.



Manche Menschen tauschen darüber Bilder aus.  
Oder sie verschicken Videos.

Das ist gefährlich.

Denn:  
Kinder und Jugendliche können abhängig werden.



Das bedeutet:  
Sie vergessen die Zeit.  
Und merken nicht, wie lange sie an dem Computer sitzen.

Auch andere Medien können abhängig machen.

- Zum Beispiel:
- ein Handy oder
  - ein Fernseher.



Eine andere Gefahr:  
Manche Informationen in den Medien sind nicht richtig.

Das bedeutet:  
Es kann sein,  
dass Un-Wahrheiten darin stehen.



Gut ist, wenn man die Informationen noch einmal prüft.

Zum Beispiel:  
Die Information in einem Buch nachlesen.



Das kann man in einer Bibliothek machen.

Ein anderes Wort für Bibliothek ist:  
Bücherei.

In einer Bibliothek stehen sehr viele Bücher.

Dort können sich Menschen Bücher ausleihen.

## Was bedeutet das Wort: Medien-Kompetenz?



Medien-Kompetenz bedeutet:  
Jemand kann Medien richtig benutzen.

Zum Beispiel:  
Kinder und Jugendliche müssen wissen, welche Medien es gibt.  
Und was das Medium alles kann.



Sie müssen die Medien richtig benutzen.

Das bedeutet:  
Es darf nicht abhängig machen.

Kinder und Jugendliche müssen wissen, wie sie das Medium benutzen können. Und wie sie damit arbeiten.



Zum Beispiel:  
Wie benutze ich ein Handy richtig?  
Oder:  
Wie gehe ich mit dem Computer um?

Kinder und Jugendliche müssen daran denken:  
Wenn Videos und Fotos im Internet verschickt werden, kann es Probleme geben.



Denn:  
Andere Menschen können diese Videos und Fotos anschauen.  
Und damit schlimme Sachen machen.

## Der Bundestag

Politiker von CDU/CSU und SPD möchten Kindern und Jugendlichen helfen.



Denn:  
Es sollen keine schlimmen Sachen mit den Videos und Fotos gemacht werden.

Die Bundes-Regierung fördert verschiedene Projekte.  
Sie unterstützt Fachleute.



Fachleute sind zum Beispiel:  
- Lehrer oder  
- Erzieher.

Die Fachleute überlegen, wie sie Kinder und Jugendliche schützen.

Zum Beispiel:  
vor schlimmen Internet-Seiten.

Es gibt schon sehr gute Internet-Seiten.



Für Kinder und Jugendliche.  
Diese Seiten sind geschützt.  
Das bedeutet:  
Auf diesen Internet-Seiten kann nichts Schlimmes passieren.



Es wurden auch schon verschiedene Jugend-Schutz-Programme erstellt.  
Dort können Kinder und Jugendliche etwas lernen.

Und zwar:  
Wie sie richtig mit den unterschiedlichen Medien umgehen.

Die Politiker möchten auch etwas für die Schulen machen.

Zum Beispiel:  
In den Grund-Schulen soll auch das Schulfach Informatik unterrichtet werden.



Das bedeutet:  
Grund-Schüler bekommen von den Lehrern gezeigt, wie sie mit dem Computer umgehen.

Und wie sie das Internet sicher benutzen können.

Auch sollen in Schulen mehr Medien benutzt werden.

Zum Beispiel:  
Lernen am Computer.



Dadurch bekommen die Schüler wichtige Informationen.

Sie werden über die Probleme und die Gefahren aufgeklärt.

Lehrer müssen die Schüler gut begleiten.

Wenn die Schüler an Computern oder mit dem Internet lernen.

Die Politiker möchten auch:  
Schüler sollen schneller mit dem Internet arbeiten können.



Denn:  
Einige Computer und die Internet-Verbindungen sind sehr langsam.

Das ist schlecht für das Arbeiten.



Auch Erwachsene müssen aufpassen.  
Wenn sie im Internet sind.

Denn:  
Es gibt Hacker,  
die schlimme Sachen machen.

Das Wort Hacker kommt aus der englischen Sprache.  
Und wird so aus-gesprochen:  
Hecker.

Ein Hacker ist eine Person, die gerne mit technischen Geräten arbeitet.

Zum Beispiel mit einem Computer.

Ein Hacker schaut sich alles ganz genau an.



Und findet heraus,  
wie es funktioniert.

Manche Hacker können sich zum Beispiel in andere Computer einschalten.

Und können die Daten von fremden Menschen lesen und bearbeiten.

Dadurch können viele schlimme Sachen gemacht werden.

Die Daten sind dann nicht mehr sicher.



Ein Hacker kann zum Beispiel:

- Strom ausschalten,
- den Flug-Verkehr stören,
- den Straßen-Verkehr behindern oder
- Lebensmittel zerstören.

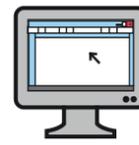
Das kann er alles über einen Computer machen.



Viele Menschen haben davor Angst.

Denn:  
Es ist schon viel passiert.

Fast die Hälfte der deutschen Firmen waren Opfer.



Viele Hacker machen das zum Beispiel weil:

- Sie Macht über die Menschen wollen.

Es ist wichtig, Daten zu sichern.  
Und richtige Computer-Programme auf dem Computer zu haben.

Diese Programme sollen vor Hackern schützen.



Im Parlament soll besprochen werden, was noch gegen Daten-Missbrauch getan werden kann.

Man spricht dabei von einem: IT-Sicherheits-Gesetz.

Zum Beispiel soll das Gesetz bewirken:

- dass Daten noch besser gesichert werden,
- dass Menschen melden müssen, wenn sie merken, dass ein Hacker Daten gestohlen hat.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache:  
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:  
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung  
„Das Parlament“ 13/2015